

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

67. Sitzung

Hannover, den 14. September 2005

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Einzig (abschließende) Beratung:
Immunität von Abgeordneten - Beschlussempfehlung des Ältestenrates - Drs. 15/21787640
Beschluss7640

Tagesordnungspunkt 2:

Aktuelle Stunde7640

a) **Herrschen statt regieren: Verfassungsgerichte stoppen Wulff'sche Allmachtsfantasien** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/21957640
Wolfgang Jüttner (SPD)7640, 7642
Carsten Lehmann (FDP)7642
Ralf Briese (GRÜNE)7644
David McAllister (CDU)7645
Christian Wulff, Ministerpräsident7647

b) **Niedersachsen muss umsteuern - weg vom Öl!**
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/21977649
Stefan Wenzel (GRÜNE)7649
Hermann Dinkla (CDU)7650, 7651
Hans-Dieter Haase (SPD)7651
Dr. Philipp Rösler (FDP)7653
Hans-Joachim Janßen (GRÜNE)7654
Hans-Heinrich Sander, Umweltminister7654

c) **Rot-Grün gescheitert: Neuanfang in Deutschland - gut für Niedersachsen.** - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 15/ 21997656
Bernd Althusmann (CDU)7656, 7657
Sigmar Gabriel (SPD)7657, 7663
Dr. Philipp Rösler (FDP)7659

Stefan Wenzel (GRÜNE) 7660, 7661
Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr 7661, 7664
David McAllister (CDU) 7664

d) **Für das eigene Land werben - Klassenfahrten in Niedersachsen** - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 15/2200 7665
Hans-Werner Schwarz (FDP) 7665, 7669
Ingrid Eckel (SPD) 7666
Karl-Heinz Klare (CDU) 7667
Ina Korter (GRÜNE) 7667, 7669
Bernhard Busemann, Kultusminister 7669

Tagesordnungspunkt 3:

27. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 15/2160 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/2202 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2204 7671

Tagesordnungspunkt 4:

Entwurf eines Gesetzes über Änderungen im öffentlichen Gesundheitsdienst - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 15/2140 7671
Ausschussüberweisung 7671

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung:
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2005 (Haushaltsgesetz 2006 - HG 2006) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 15/2111 7671
Ausschussüberweisung 7704

und

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2006 -
Gesetzesentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP
- Drs. 15/2170 7671
Hartmut Möllring, Finanzminister .. 7671, 7676, 7703
Wolfgang Jüttner (SPD)
..... 7678, 7679, 7683, 7684, 7704
David McAllister (CDU) 7688, 7695
Klaus Rickert (FDP)..... 7696
Stefan Wenzel (GRÜNE)..... 7699, 7700
Bernd Althusmann (CDU) 7704
Ausschussüberweisung 7704

Tagesordnungspunkt 7:

Zweite Beratung:

Programmierte Wählertäuschung: Christian Wulff muss mit Ehrlichkeit und Offenheit vor die niedersächsischen Wählerinnen und Wähler treten und finanzielle Wirkungen für den Landeshaushalt vor der Bundestagswahl benennen -
Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/2010 -
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 15/2179..... 7704
Heinrich Aller (SPD) 7704, 7712
Hartmut Möllring, Finanzminister .. 7706, 7712, 7713
Klaus Rickert (FDP)..... 7709
Stefan Wenzel (GRÜNE)..... 7710
Heinz Rolfes (CDU)..... 7710
Beschluss..... 7714
(Erste Beratung: 66. Sitzung am 24.06.2005)

Tagesordnungspunkt 8:

Zweite Beratung:

Steuergerechtigkeit erhalten - Für den Erhalt der Steuerfreiheit von Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschlägen Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/2008 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 15/2180 7713
Günter Lenz (SPD)..... 7714, 7715, 7718
Heinrich Aller (SPD) 7715
Bernd Althusmann (CDU) 7719
Klaus Rickert (FDP)..... 7719
Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr 7721
Enno Hagenah (GRÜNE)..... 7722
Beschluss..... 7723
(Erste Beratung: 66. Sitzung am 24.06.2005)

Zur Geschäftsordnung:

Bernd Althusmann (CDU)..... 7716
Wolfgang Jüttner (SPD)..... 7717
Ursula Helmhold (GRÜNE) 7718
Jörg Bode (FDP)..... 7718

Nächste Sitzung..... 7723

Vom Präsidium:

Präsident	Jürgen Gansäuer (CDU)
Vizepräsident	Ulrich Biel (SPD)
Vizepräsidentin	Ulrike Kuhlo (FDP)
Vizepräsidentin	Silva Seeler (SPD)
Vizepräsidentin	Astrid Vockert (CDU)
Schriftführer	Lothar Koch (CDU)
Schriftführerin	Georgia Langhans (GRÜNE)
Schriftführer	Wolfgang Ontijd (CDU)
Schriftführerin	Christina Philipps (CDU)
Schriftführer	Friedrich Pörtner (CDU)
Schriftführerin	Isolde Saalman (SPD)
Schriftführerin	Bernadette Schuster-Barkau (SPD)
Schriftführerin	Brigitte Somfleth (SPD)
Schriftführerin	Irmgard Vogelsang (CDU)
Schriftführerin	Anneliese Zachow (CDU)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Christian Wulff (CDU)	Staatssekretärin Dr. Gabriele Wurzel, Staatskanzlei
Minister für Inneres und Sport Uwe Schünemann (CDU)	Staatssekretär Dr. Roland Koller, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Finanzminister Hartmut Möllring (CDU)	Staatssekretär Dr. Lothar Hageböling, Niedersächsisches Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit Dr. Ursula von der Leyen (CDU)	Staatssekretär Gerd Hoofe, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kultusminister Bernhard Busemann (CDU)	Niedersächsisches Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Walter Hirche (FDP)	Staatssekretär Joachim Werren, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Hans-Heinrich Ehlen (CDU)	Staatssekretär Gert Lindemann Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann	Staatssekretär Dr. Jürgen Oehlerking, Niedersächsisches Justizministerium
Minister für Wissenschaft und Kultur Lutz Stratmann (CDU)	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP)	Staatssekretär Dr. Christian Eberl, Niedersächsisches Umweltministerium

Beginn: 10.41 Uhr

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zu der ersten Sitzung nach der Sommerpause sehr herzlich und eröffne die 67. Sitzung im 24. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 15. Wahlperiode.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich zu erheben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 7. Juli 2005 verstarb der ehemalige Abgeordnete des Niedersächsischen Landtages, Herr Jochen Patzschke, im Alter von 72 Jahren. Jochen Patzschke gehörte dem Niedersächsischen Landtag von 1970 bis 1994 als Mitglied der SPD-Fraktion an. Während dieser Zeit war er Mitglied im Ältestenrat, im Kultusausschuss, im Ausschuss für Haushalt und Finanzen sowie im Ausschuss gemäß Artikel 12 der Verfassung. Herrn Patzschke wurde das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, das Verdienstkreuz Erster Klasse des Niedersächsischen Verdienstordens sowie das Große Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens verliehen.

Am 23. August verstarb der ehemalige Abgeordnete Dr. Georg Josef Maria Folz im Alter von 84 Jahren. Herr Dr. Folz gehörte dem Niedersächsischen Landtag von 1967 bis 1970 als Mitglied der CDU-Fraktion an. Er war in den Ausschüssen für Gesundheitswesen, für Zonengrenzfragen, für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte sowie im Ausschuss für Haushalt und Finanzen tätig.

Am 26. August verstarb der ehemalige Abgeordnete Dr. Hans-Rainer Frede im Alter von 73 Jahren. Herr Dr. Frede war von 1978 bis 1982 Mitglied der SPD-Fraktion des Niedersächsischen Landtages. Während dieser Zeit war er Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr sowie Mitglied im Unterausschuss Fremdenverkehr. Herr Dr. Frede wurde mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Wir werden die Kollegen in guter Erinnerung behalten. - Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest und komme zu

einigen Anmerkungen, die die Tagesordnung betreffen.

Die Einladung und die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegen Ihnen gedruckt vor. Für die Aktuelle Stunde liegen vier Beratungsgegenstände vor. Es liegen zwei Dringliche Anfragen vor, die morgen früh ab 9 Uhr beantwortet werden.

Im Ältestenrat sind für die Beratung einzelner Punkte bestimmte Redezeiten gemäß § 71 unserer Geschäftsordnung vereinbart worden. Diese pauschalen Redezeiten sind den Fraktionen und den Abgeordneten bekannt. Sie werden nach dem im Ältestenrat vereinbarten Verteilerschlüssel aufgeteilt.

Nun möchte ich eine neue Vereinbarung mitteilen, die Sie bitte bei Ihren terminlichen Planungen berücksichtigen wollen: Der Tagesordnungspunkt 4 soll direkt überwiesen werden. Die Mittagspause beginnt deshalb etwa 30 Minuten früher. Die Nachmittagssitzung beginnt daher auch 30 Minuten früher. Ich bitte Sie herzlich, sich darauf einzustellen.

Ich gehe davon aus, dass die vom Ältestenrat vorgeschlagenen Regelungen für die Beratungen verbindlich sind und dass darüber nicht mehr bei jedem Punkt abgestimmt zu werden braucht. - Ich stelle fest, dass das Haus mit diesem Verfahren einverstanden ist.

Die heutige Sitzung soll gegen 19.10 Uhr beendet werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie noch auf eine Ausstellung hinweisen: In der Portikushalle ist die von Herrn Professor Manfred Zimmermann, dem ich sehr herzlich dafür danke, konzipierte Ausstellung „Das Kosovo - Impressionen eines zerrissenen Landes“ zu sehen. Ich empfehle diese Ausstellung Ihrer Aufmerksamkeit.

Im Rahmen der Initiative „Schulen in Niedersachsen online“ werden in den kommenden drei Tagen vier Schülerinnen und Schüler der Beireis-Realschule in Helmstedt wiederum live aus dem Landtag berichten. Als Patin wird die Justizministerin Frau Heister-Neumann erste Ansprechpartnerin der Nachwuchsjournalisten sein.

Wie Sie sicherlich bemerkt haben, sind Sie heute Morgen mit einem etwas veränderten Klingelton zur Sitzung gerufen worden. Der neue Klingelton zum Sitzungsbeginn sowie zu den Abstimmungen

steht im Zusammenhang mit einer kompletten Erneuerung der Übertragungs- und Aufzeichnungsanlage. Wir haben in diesem Kreis oft darüber diskutiert. Ich hoffe, dass die Probleme mit der Akustik nunmehr der Vergangenheit angehören.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir haben sie gestern bei der Veranstaltung „Landesgeschichte im Landtag“ schon geprüft. Alle Anwesenden - es waren immerhin mehr als 400 - waren der Meinung, dass das jetzt wohl in Ordnung ist.

An der Bedienung der Saalmikrofone - das möchte ich gerne noch sagen - ändert sich für Sie nichts. Ich bitte aber alle Rednerinnen und Redner, sich vor den Mikrofonen so zu positionieren, dass sie - es steht hier so - über die Mikrofone hinweg sprechen.

Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass für Hörbehinderte eine mobile Empfangsanlage zur Verfügung steht. Die dafür benötigten Kopfhörer werden bei Bedarf ausgehändigt.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr, wird erinnert.

Es folgen nun geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin. Bitte schön!

Schriftführerin Georgia Langhans:

Es haben sich entschuldigt: von der Landesregierung die Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, Frau von der Leyen, bis 17 Uhr, von der Fraktion der CDU Herr Nerlich und Frau Zachow vormittags sowie von der Fraktion der FDP Frau Peters.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Tagesordnung ein. Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 1:

Einzige (abschließende) Beratung:

Immunität von Abgeordneten - Empfehlung des Ältestenrates - Drs. 15/2178

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen. Die Fraktionen haben vereinbart, dass zu diesem

Punkt nicht gesprochen wird. - Ich höre keinen Widerspruch und lasse daher gleich abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Dann rufe ich auf den

Tagesordnungspunkt 2:

Aktuelle Stunde

Ich hatte bereits gesagt, dass dazu vier Beratungsgegenstände vorliegen. Ich rufe zunächst auf:

a) **Herrschen statt regieren: Verfassungsgerichte stoppen Wulff'sche Allmachtsfantasien** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/2195

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Jüttner. Bitte schön!

Wolfgang Jüttner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Konstituierung des Landtages vor zweieinhalb Jahren haben die Herren McAllister und Rösler hier den Eindruck erweckt, als wollten sie als Lichtgestalten des Parlamentarismus in die Geschichte eingehen

(Zurufe von der CDU: Sind sie doch auch!)

und faire Bedingungen für die Opposition, solide Beratung, einfach etwas ganz Neues schaffen.

(Dr. Harald Noack [CDU]: Bisher war es richtig!)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Die Lichtgestalten sind zu Sternschnuppen verglüht.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN - Unruhe bei der CDU)

In der Tat sind hier neue Regeln eingeführt worden. Aber sie sind das Gegenteil vom üblichen

parlamentarischen Beratungsstil. Der wird hier mit Füßen getreten.

(Beifall bei der SPD)

Die Argumente der Opposition werden missachtet, die kritischen Rechtseinwendungen des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes werden ignoriert, es wird auf Zeit gesetzt und alles durchgepaukt. Meine Damen und Herren, Ihr Bemühen, dieses Land in ein CDU-Land umzugestalten, ist augenscheinlich; das scheint dahinter zu stecken. Aber es gibt Gott sei Dank noch Institutionen, die etwas von Demokratie und Legalität verstehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Am 27. Juli entschied das Bundesverfassungsgericht: Ihre Novelle des Polizeigesetzes ist mit dem Grundgesetz unvereinbar und deshalb nichtig.

Am 6. September entschied der Staatsgerichtshof: Ihr Mediengesetz wird beanstandet. Es ist mit dem Grundgesetz und der Niedersächsischen Verfassung nicht vereinbar und wird für nichtig erklärt.

Meine Damen und Herren, wir alle kennen den Spruch: Auf hoher See und vor Gericht weiß man nie, wie es ausgeht. - Aber in diesem Fall ist es etwas anderes. Zwei Verfassungsgerichtsurteile: Zwei Lehrstunden in Sachen Demokratie, zwei einstimmige Gerichtsentscheidungen, zweimal wurden Ihre Gesetze für verfassungswidrig erklärt. Diese Niederlagen, meine Damen und Herren, sind kein Zufall. Sie waren vorhersehbar. Es gab hinreichende Warnungen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie waren gewarnt, aber die Regierung Wulff hat das Verfassungsrecht mit Füßen getreten. Bei der Kopftuchdebatte im Jahr 2004 waren die Rechtsstaatsinstinkte des Ministerpräsidenten augenscheinlich noch intakt. Er hat unsere verfassungsrechtlichen Bedenken aufgenommen, seinen Bildungsminister ausgebremst und sich die verfassungspolitische Blamage erspart.

Und beim Polizeigesetz? - Aus dem Verfassungsministerium heraus wurde gewarnt, doch die Justizministerin hatte nicht das Rückgrat, die in ihrem Haus erarbeitete eindeutige Position zu vertreten. Die lautete nämlich, Frau Heister-Neumann: verfassungsrechtlich bedenklich.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auch Herr Rösler hat gewarnt - ich erinnere mich -: Vor der Abstimmung, während der Abstimmung - eine Hand für die Warnung und eine Hand für die Zustimmung -, nach der Abstimmung. Es wird sogar kolportiert, Herr Rösler, beim Bundesverfassungsgericht sei die Klage Rösler gegen Rösler anhängig gewesen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie dürfen sich nicht wundern, wenn Sie bei dieser Art und Weise des Vorgehens nicht mehr ernst genommen werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Beim Mediengesetz war es nicht anders: Beratung im Schnelldurchgang, die zweite Beratung am Tag nach der Anhörung im Ausschuss, trotz massiver Einwände des GBD die Verabschiedung im Landtag. Sowohl die Justizministerin als auch der Vorsitzende der CDU-Fraktion haben hier vor Selbstgefälligkeit nur so gegläntzt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU]: Sie waren doch gar nicht da! Sie sind doch herausgelaufen!)

- Ja, ich bin herausgelaufen, und zwar aus gutem Grunde. Aber es gibt zum Glück ein Protokoll. Ich zitiere:

„So ist das mit der Politik der neuen Mehrheit hier im Hause: Zuerst gibt es die klare politische Ansage, dann die Problemanalyse, und jetzt wird konsequent umgesetzt.“

Das ist eine interessante Vorgehensweise. Dann haben Sie uns hinterher gerufen:

„Sie machen hier eine Show, um für ein aussichtsloses Verfahren vor dem Staatsgerichtshof Munition zu sammeln.“

(Dieter Möhrmann [SPD]: Aha!)

So war Ihre Einschätzung, Herr McAllister. Der Staatsgerichtshof stellt fest: Damit führte das Normenkontrollverfahren, das die 63 Mitglieder der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag ein-

geleitet haben, zu dem von ihnen erstrebten Erfolg.

Wir stellen fest, meine Damen und Herren: Der von den Juristen Wulff und McAllister geführten Regierungsmehrheit wird offiziell attestiert, dass sie verfassungsrechtliche Dünnbrettbohrer sind.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Augenscheinlich hat auch die Weitsicht des Augenarztes Dr. Rösler nicht sonderlich zur Erhellung beigetragen.

Meine Damen und Herren, wahrscheinlich machen Sie so weiter wie bisher. Beim Datenschutzbeauftragten wurden bei der Anhörung europarechtliche Einwände geltend gemacht.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Wolfgang Jüttner (SPD):

Gleich. - Beim Haushalt wollen Sie wieder verfassungswidrig vorgehen, ebenso beim Maßregelvollzug. Wir als Politiker fordern von der Bevölkerung, dass sie Recht und Gesetz beachtet.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Schluss kommen. Ich war schon sehr großzügig.

Wolfgang Jüttner (SPD):

Letzter Satz. - Was sollen die Leute eigentlich davon halten, dass die politische Führung eines Landes regelmäßig gegen die Verfassung verstößt? - Sie, Herr Wulff, und Ihr Kabinett,

(Oh! bei der CDU)

und die so genannte bürgerliche Mehrheit sind alles andere als ein Vorbild. Sie sind ein Verfassungsrisiko.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Lehmann hat das Wort.

Carsten Lehmann (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist selbstverständlich das Recht, wenn nicht gar die Pflicht der Opposition, vermeintliche Missstände oder Fehler einer Regierung aufzunehmen und zu kritisieren.

(Zurufe von der SPD)

Das allerdings, was Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, und vor allem Sie, Herr Jüttner, hier und heute aufgeführt haben, wird diesem Anspruch nicht gerecht.

(Beifall bei der FDP)

Sie polemisieren schon in der Überschrift mit Begriffen wie „herrschen“ und „Allmachtsfantasien“ und versuchen, sowohl den Ministerpräsidenten als auch die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen als völlig rücksichtslos darzustellen,

(lebhafter Beifall bei der SPD)

indem Sie einzelne Beispiele herausgreifen. Das Große und Ganze, was die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen in der kurzen Zeit umgesetzt haben - und zwar gut umgesetzt haben -, verschweigen Sie völlig, sondern Sie sagen: Wir haben da ein paar Sachen. - Ich komme jetzt auf die Einzelheiten zu sprechen. Das Gegenteil von dem, was Sie behauptet haben, ist der Fall.

(Lachen bei der SPD und Zurufe von der SPD)

Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern vor der letzten Landtagswahl gesagt, was wir für Niedersachsen umsetzen wollen. Wir haben das danach Stück für Stück zügig abgearbeitet - wobei das zügige Vorgehen nicht unbedingt von Nachteil ist. Das haben Sie an den guten Sachen gesehen, die wir umgesetzt haben. Wir haben dabei stets den Dialog mit den einzelnen Betroffenen geführt.

(Zurufe von der SPD)

Ein gutes Beispiel hierfür - auch etwas Positives darf hier einmal genannt werden - ist die Schulstrukturreform.

(Lachen bei der SPD und Zurufe von der SPD)

Wir haben sie sehr ausführlich diskutiert, wir haben Anhörungen durchgeführt, und am Schluss gab es

ein Gesetz, das ganz anders war als der ursprüngliche Gesetzentwurf. Es ist dann auch umgesetzt worden. Ständig so zu tun, als würden wir uns Argumenten verschließen, ist schlicht und ergreifend nur hervorgeholt.

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Was war denn schlecht? - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Sprechen Sie über die Verfassung!)

Es ist völlig richtig - das soll auch gar nicht bestritten werden -, dass im Fall des niedersächsischen SOG das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit einzelner Bestimmungen festgestellt hat und dass wir diesem Gesetz zugestimmt haben. Daran will ich gar nicht herumdeuteln. Allerdings ist für meine Fraktion festzustellen - nur für die kann ich hier sprechen -, dass wir bereits im Gesetzgebungsverfahren einige Bestimmungen entschärft bzw. verändert haben, z. B. den Erhalt des Richtervorbehalts, das Überwachungsverbot für besondere Berufsgruppen wie Ärzte, Journalisten oder Rechtsanwälte.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Ein bisschen Verfassungsbruch ist geblieben!)

Trotzdem waren noch einige Bestimmungen im Gesetzentwurf enthalten, denen wir nur auf dem Kompromissweg unsere Zustimmung erteilt haben. Ich will in diesem Zusammenhang gar nicht verschweigen, dass auch innerhalb der FDP große Kritik an unserer Landtagsfraktion geübt wurde. Wir hatten aber schon weit vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eingeräumt, dass die von uns mitgetragene Entscheidung, soweit sie die präventive Telefonüberwachung betraf, nicht richtig war. Wir haben das auch öffentlich erklärt und diese Entscheidung begründet.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb fühlen wir uns durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes letztlich in unseren Bedenken bestätigt.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Das darf man hier ruhig einmal so sagen. Man kann auch einmal Fehler eingestehen, Herr Jüttner. Das kennen Sie vielleicht nicht, aber wir können so etwas.

(Unruhe)

Deshalb kann man sicherlich für die Zukunft sagen: Demnächst wird man sicherlich mehr auf die Bedenken der FDP hören.

(Ah! bei der SPD)

Anders verhält es sich - jetzt kommen wir zu dem interessanten Punkt - bei dem Mediengesetz. Entgegen der eben von Ihnen geäußerten Auffassung, Herr Jüttner,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

hat der Staatsgerichtshof bestätigt, dass das Land die Beteiligung politischer Parteien durch das Mediengesetz durchaus einschränken darf,

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wir haben gewonnen!)

um eine entsprechende Politikferne zu gewährleisten. Sie tun ja gerade so, als wäre alles für nichtig erklärt worden.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Alles, was wir angegriffen haben, ist für nichtig erklärt worden!)

- Die konkrete Ausgestaltung der numerischen Beteiligungsgrenzen wurde als zu weit gehend abgelehnt; das ist insofern richtig. - Durch das Gericht wurde vor allem unsere Auffassung bestätigt, dass der Einfluss der Parteien durch Medienbeteiligungen beschnitten werden muss. Nach der Meinung der FDP gibt es am besten gar keine Beteiligung der Parteien an Medien. Dann gibt es nämlich auch keine Verschwimmungen, was für einen objektiven Journalismus wesentlich besser ist. Wir wollen eine größtmögliche Entflechtung von Politik und Medien.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Insgesamt kann man deshalb sagen: Sie haben mit Ihrem Antrag ziemlich viel heiße Luft abgelassen. Aber es ist auch klar: Wo gearbeitet wird, werden Fehler gemacht. Die habe ich eben eingestanden. Das ist gar keine Frage. Ich gebe aber gerne zu, dass Fehler, die zu verfassungswidrigen Regelungen führen, besonders unverzeihlich sind. Aber wir werden in Zukunft sicherlich besser arbeiten. Sie können gewiss sein: Wir werden zukünftig sorgfältiger arbeiten und den Sachverstand und die Bedenken in die Beratungen mit einbringen.

(Ah! von der SPD)

Wenn Sie jetzt schon im vorauseilenden Gehorsam feststellen, dass bei der Privatisierung der Landeskrankenhäuser das Gleiche gemacht wird und dass der Haushalt auch verfassungswidrig sein wird, dann sollten Sie erst einmal abwarten, was passiert, bevor Sie etwas in die Gegend postulieren.

Abschließend möchte ich zum Haushalt sagen: Bei dem Trümmerhaufen, den Sie uns überlassen haben, müssen wir erst einmal ordentlich aufräumen.

(Widerspruch bei der SPD)

- Das muss leider gesagt werden. Herr Bartling, da können Sie sich ruhig aufregen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir müssen das erst einmal ordentlich aufarbeiten, damit wir wieder zur Verfassungsmäßigkeit kommen. Das kann man nicht von heute auf morgen schaffen. Aber das haben Sie bis zum heutigen Tage nicht kapiert. Deshalb muss man an Ihrer Kompetenz ernsthaft zweifeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Jüttner, ich war nicht ganz sicher, deshalb habe ich die Verwaltung gebeten nachzuschauen. Aber ich bin veranlasst, Ihnen für den Begriff „Dünnbrettbohrer“ einen Ordnungsruf zu erteilen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Heiner Bartling [SPD]: Wolfgang, wir sind stolz auf dich! - Bernd Althusmann [CDU]: Da hat jemand gerufen „Wir sind stolz auf dich“! Das will ich einmal anmerken!)

- Herr Kollege Bartling, ich erteile Ihnen auch einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der CDU)

Auch wenige Tage vor der Bundestagswahl - wir haben das alle geahnt - sollten wir uns bemühen, dass dieses Parlament nicht ein Bild abgibt, das Leute vielleicht dazu veranlasst, zu Hause zu bleiben und nicht zur Wahl zu gehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf Ihnen noch einen Hinweis geben: Das sind die Regeln des Deutschen Bundestages, die ich angewendet habe. Deshalb ist dieser Ordnungsruf, denke ich, auch berechtigt.

Jetzt hat Herr Kollege Briese das Wort. Bitte schön!

Ralf Briese (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung ist innerhalb von acht Wochen zweimal höchststrichterlich abgewatscht worden. Zwei zentrale Gesetzesvorhaben sind vom Bundesverfassungsgericht und vom Staatsgerichtshof in zentralen Punkten kritisiert worden. Wir stellen fest: Das Polizeigesetz und das Mediengesetz waren zum großen Teil verfassungswidrig. Das ist für diese Landesregierung eine krachende Niederlage.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Regelung der so harmlos daherkommenden präventiven Telefonüberwachung war ein schwerer Verstoß gegen das Fernmeldegeheimnis. Ich rate Ihnen allen: Lesen Sie sich das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes einmal genau durch! Denn es ist an Klarheit nicht zu überbieten. Die Regelung ist erstens formalrechtlich verfassungswidrig, weil Sie nicht einmal die Kompetenz dazu hatten, Telefonüberwachungen in Niedersachsen zu regeln; denn dafür ist der Bund zuständig. Zweitens ist die Regelung inhaltlich verfassungswidrig, weil Sie ein Grundrecht schwer verletzt haben, und dann war es auch noch gesetzestechnisch schlampig gemacht, weil Sie nicht einmal das Zitiiergebot beachtet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stellen fest: Das niedersächsische Polizeigesetz war nicht das schärfste Polizeigesetz, es war nicht das beste Polizeigesetz, und - mein lieber Herr Kollege Bode, ducken Sie sich nicht weg - es war schon gar nicht das liberalste Polizeigesetz, sondern das schlechteste Polizeigesetz aller Länder.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Beratungsresistenz, die Sie im Gesetzgebungsverfahren an den Tag gelegt haben, hatte

sich gewaschen. Das war ignorant und arrogant. Egal ob es von Verfassungsrechtlern, von Generalstaatsanwälten oder Polizeipraktikern kam - Sie haben das einfach in den Wind gestoßen und keine Kritik angenommen. Die Quittung haben Sie jetzt bekommen. Das ist die verdiente Quittung. Sie sind höchststrichterlich abgestraft worden. Darüber freuen wir uns, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Während der Innenminister - das muss einmal gesagt werden - nicht einmal den Mumm hatte, seine Niederlage vor der Presse zu rechtfertigen, sondern seine arme Justizministerin vorgeschickt hat, empfand ich die Kommentierung der FDP als grotesk und bizarr. Was sagte der Fraktionsvorsitzende Dr. Philipp Rösler? - Man sei ganz „erleichtert“ über das Urteil.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Man sei darüber erleichtert, dass man sich verfassungswidrig verhalten habe. Mein lieber Scholli, habe ich mir gedacht, das muss erst einmal jemand verstehen!

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Geschichte der Verfassungsbrüche dieser Landesregierung ist damit noch nicht zu Ende. Herr Jüttner hat es gesagt: Auch das Mediengesetz ist zumindest in Teilen verfassungswidrig. Ich will Ihnen auch sagen, warum: weil es zu durchsichtig, zu plump war, dem politischen Gegner einfach eins reinzuwürgen. Das war so offensichtlich, was Sie da geplant haben. Wie hat der Fraktionsvorsitzende McAllister bei der Einbringung des Mediengesetzes argumentiert? - Mehr Staatsferne. Die Rundfunkfreiheit wollen wir garantieren. Wir wollen den staatlichen Einfluss von Parteien zurückdrängen. - Sonderbarerweise, Herr McAllister, hat sich über das alte Mediengesetz niemand aufgeregt außer die CDU; die hat sich daran abgearbeitet. Ich sage Ihnen: Das war ein ganz plumper Versuch. Sonderbarerweise kam dann der Ministerpräsident kurze Zeit später und hat auf den NDR eingedroschen: Das ganze Programm passt mir nicht, und die Verwaltungsräte müssen mit der Staatskanzlei auch ein bisschen besser besetzt werden. - Die CDU hat ein ganz sonderbares, ein

ganz einseitiges und ein sehr widersprüchliches Verhältnis in der Rundfunkpolitik. Das sollten Sie einmal überdenken!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, leider ist eine Aktuelle Stunde zu kurz, um alle Verfassungsbrüche dieser Landesregierung darzustellen.

(Lachen und Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zum Haushalt: ständiger Verfassungsbruch. Der Schuldenkönig ist längst Möllring. Das Verfassungsschutzgesetz - das ist das Bizarre - ist selbst verfassungswidrig. Daran müssen wir jetzt auch noch. Auch bei Ihrer Planung, den Maßregelvollzug zu privatisieren, werden Sie eine Klatsche bekommen. Ich sage Ihnen: Lassen Sie die Finger davon!

Eines möchte ich Ihnen, Herr Innenminister, noch sagen. Sie sind ja ein großer Fan des Verfassungsschutzes. Ständig fordern Sie, ihn aufzupäppeln und ihn besser zu bestücken. Sie sollten aufpassen, dass Ihre eigene Behörde Sie nicht stärker in den Augenschein nimmt! Das wäre dann das Bizarre.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Schlapphüte sollten besser die Landesregierung beobachten, weil hier ständig die Verfassung gebrochen wird.

Wir stellen fest: Niedersachsen braucht nicht schärfere Gesetze. Niedersachsen braucht bessere, sorgfältigere und vor allen Dingen verfassungskonforme Gesetze! - Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Das Wort hat Herr Kollege McAllister.

David McAllister (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit zweieinhalb Jahren machen die neue Landesregierung und die bürgerliche Mehrheit in diesem Hause eine mutige Reformpolitik. Bei objektiver Betrachtung wird man uns durchaus un-

terstellen können, dass wir sehr viele Vorhaben angeschoben und dabei ein hohes Tempo an den Tag gelegt haben: drei Konsolidierungshaushalte hintereinander, der erste Teil der Verwaltungsreform, Deregulierung und Entbürokratisierungsoffensive, Schulgesetz, Schulstrukturreform, Polizeigesetz, Polizeistrukturreform, Erwachsenenbildungsgesetz, Hochschuloptimierungskonzept usw. Meine Damen und Herren, ich halte fest: Wir haben in den ersten zweieinhalb Jahren unserer langen Regierungszeit mehr erreicht als die SPD in dreizehn Jahren zuvor.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Unser Ziel ist ein modernes, zukunftstaugliches Niedersachsen. Wenn man ein Ziel erreichen will, dann muss man loslaufen. Wenn man schnell losläuft, dann kann man gelegentlich - das ist völlig unbestritten - auch einmal hinfallen. Aber ich sage Ihnen eines: Wer gar nichts tut, der macht auch keine kleinen Fehler.

(Lachen bei den GRÜNEN - Zuruf von den GRÜNEN: Kleine Fehler?)

In der jetzigen Situation unseres Landes überhaupt nichts zu tun, wie Sie es machen, ist der größte Fehler. Das ist völlig inakzeptabel.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Unser Rechtsstaat sieht vor, dass man gegen jede staatliche Entscheidung vor Gericht gehen kann. Das ist gut so. In der Tat haben wir vor dem Verfassungsgericht zweimal in Teilen eine Niederlage erhalten: einmal in Karlsruhe, einmal in Bückeburg. Wir respektieren diese Entscheidungen, und wir werden diese Entscheidungen eins zu eins umsetzen.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Das wäre ja noch schöner!)

Ich möchte auf die beiden Gesetze eingehen. Zunächst zum Polizeigesetz. Das, was der Kollege Briese gesagt hat, ist falsch. Nicht das gesamte Polizeigesetz ist für verfassungswidrig erklärt worden, sondern einige wenige Passagen. Wir haben eines der modernsten und effektivsten Polizeigesetze in Deutschland.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben die öffentliche Ordnung wieder eingeführt. Wir haben den finalen Rettungsschuss auf eine gesetzlich einwandfreie Grundlage gestellt. Aber das Bundesverfassungsgericht hat in der Tat gesagt: Die vorbeugende Telefonüberwachung ist nicht in vollem Umfang mit dem Grundgesetz vereinbar. Das Bundesverfassungsgericht hat allerdings auch deutlich gemacht, dass die präventive Telefonüberwachung zur Verhütung von Straftaten möglich ist, wenn der Tatbestand klar eingegrenzt ist.

Wir werden dieses Urteil sorgfältig analysieren. Anschließend werden wir es mit dem Innenminister und den Innenpolitikern der Fraktionen prüfen, und dann werden wir in der Koalition entscheiden, ob wir einen neuen Anlauf unternehmen, die präventive Telekommunikationsüberwachung einzuführen, und, wenn ja, wie. Für die CDU sage ich Ihnen eines ganz deutlich: Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit. Wir bleiben dabei: Für uns ist und bleibt die präventive Telekommunikationsüberwachung ein wichtiges Instrument, um die Terrorismusgefahr in diesem Land wirksam zu bekämpfen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte dann noch kurz auf das Landesmediengesetz eingehen. Das Landesmediengesetz ist in der Tat in einem Punkt für verfassungswidrig erklärt worden. Dies betrifft § 6 Abs. 3 Sätze 2 bis 4. Ansonsten ist unser Mediengesetz aber unbeanstandet geblieben. Wir haben die Versammlung bei der Landesmedienanstalt verschlankt, und wir haben die Grundlagen für DVB-T geschaffen; die Einführung erfolgte am 24. Mai 2005.

(Zuruf von Wolfgang Jüttner [SPD])

- Herr Jüttner, Sie können sich zum Mediengesetz gar nicht äußern. Sie sind damals während der Beratung ja hinausgelaufen und haben sich einen schönen Nachmittag gemacht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich darf einmal an Folgendes erinnern, was manche mittlerweile vergessen haben: Diese Aktion von Ihnen bzw. Ihrem Vorgänger war damals so angelegt, dass Sie während meiner Rede spontan aufstehen und den Saal verlassen wollten. Es war nur schade, dass Ihr Pressesprecher das schon zwei Stunden vorher per Pressemitteilung bekannt gegeben hatte.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Das war damals ein besonders gelungenes Beispiel Ihrer glorreichen Oppositionsarbeit.

Ich will zu § 6 Abs. 3 Sätze 2 bis 4 dies noch einmal sagen: Sie sind mit allen wesentlichen Punkten Ihrer Klageschrift gescheitert. Erstens. Der Landtag war für die Gesetzgebung zuständig. Zweitens. Es war gerade kein Einzelfallgesetz.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist doch für nichtig erklärt worden! Habe ich das richtig verstanden?)

Drittens. Es war auch keine laue Enteignung.

(Glocke des Präsidenten)

Zum Schluss - Herr Präsident, wenn ich noch diesen einen Satz vortragen darf - will ich Ihnen noch einmal erläutern, warum wir so vorgegangen sind. Herr Jüttner, ich werde Ihnen das immer wieder vorlesen. Ich zitiere wörtlich aus dem *Nord-Report* vom 25. Juni 1996:

„Ein Ärgernis ist dabei offensichtlich auch das Bild der SPD-Landesregierung, das in der HAZ gezeichnet wird. ‚Wir wünschten uns eine kritische Berichterstattung und haben Kritik auszuhalten, zumal dann, wenn Stichwortgeber bzw. Verursacher aus unseren Reihen kommen. Schwer auszuhalten ist es jedoch, wenn Teile von Redaktionen ihren journalistischen Arbeitsplatz verlassen und sich in Politikgestaltung üben oder politische Persönlichkeiten systematisch zu ignorieren und auch zu desavouieren versuchen‘, schreibt der Bezirkschef Jüttner. Er äußert die Vermutung, daß die HAZ-Redaktion die Toleranzgrenze ihres größten Gesellschafters testen möchte. Er erinnerte die Bundesschatzmeisterin Wettig-Danielmeier daran, daß sie bei einer SPD-internen Debatte um den Verkauf von Parteivermögen das Argument des Einflusssicherns angeführt hat. Das habe sich jetzt zu bewähren, findet Jüttner, und fordert umgehend personelle Konsequenzen: ‚Ich gehe davon aus, daß sich eine zeitnahe Umsetzung meiner Anregung realisieren lässt.“

Das war Wolfgang Jüttner 1996.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen eines: Wir können nicht beurteilen, ob das ein Einzelfall oder nur die Spitze des Eisbergs war. Wir werden aber jeden Tag wieder versuchen, den Parteeinfluss der SPD auf unabhängige Journalisten in Niedersachsen zu begrenzen. Darauf können Sie sich verlassen!

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Jetzt hat der Herr Ministerpräsident das Wort.

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich könnte man überlegen, ob Sie die Worte, die Sie gesprochen haben, auch so beherzt hätten annehmen können, als Sie selber fortlaufend von Gerichten verurteilt wurden. Ich habe diesbezüglich hier eine unendlich lange Liste aus Regierungszeiten von SPD und Grünen. Der Unterschied zwischen Ihnen und uns ist, dass wir solche Entscheidungen annehmen und eins zu eins umsetzen, während Sie sie auch Jahre danach noch ignoriert haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ob es nun um den kommunalen Finanzausgleich oder um andere Beanstandungen ging, Sie haben die Entscheidungen weiterhin ignoriert. Wir werden sie hingegen umsetzen.

(Zuruf von Heiner Bartling [SPD])

- Lieber Herr Kollege Bartling, wenn Sie einen Karren aus dem Dreck ziehen, bleibt schon einmal ein Spritzer hängen. Den Karren haben aber Sie in den Dreck hineingesetzt. Deshalb dürfen Sie sich nicht wundern, dass andere, die den Karren jetzt aus dem Dreck ziehen, hier und da einmal ein Problem haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der von Ihnen geschätzte Kollege Werner Remmers hat bei solchen Gelegenheiten gesagt: Wer sehr schnell bedient - das tut in diesen Zeiten ja Not -, lässt auch einmal einen Teller fallen. Entscheidend ist, dass man ihn wieder aufhebt und wieder zusammenfügt

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Bei einem Teller ist das aber nicht so einfach!)

und insgesamt die Beschleunigung des Reformierens, des Modernisieren dieses Landes nicht langsamer werden lässt, weil es Not tut, über viele Dinge schnell zu entscheiden.

Genauso wie es für Sie zulässig ist, den Staatsgerichtshof in Bückeburg anzurufen, ist es für uns zulässig, dass wir sagen: Wir wollen den Einfluss Ihrer Partei auf den privaten Rundfunk ebenso zurückdrängen wie den Einfluss unserer Partei, wenn sie denn Einfluss auf den privaten Rundfunk hätte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Gesetzgeber hat ein Gesetz beschlossen. Herr McAllister hat darauf hingewiesen, dass die wesentlichen Punkte dieses Gesetzes nicht beanstandet wurden: Wir sind zuständig; es handelt sich nicht um ein Einzelfallgesetz; das Rechtsstaatsgebot wurde beachtet; das Gesetz ist formell rechtmäßig; es liegt keine Enteignung vor. All diese Dinge haben Sie hier vorgetragen. Lediglich ein Punkt ist beanstandet worden, nämlich dass die Grenzen für mittelbare Schachtelbeteiligungen der Parteien an privatem Hörfunk in Niedersachsen zu eng gefasst seien.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist das Einzige, was wir strittig gestellt haben! Das wissen Sie!)

Deswegen wird der Landtag gut beraten sein, diese Grenzen weiter zu fassen und in wenigen Wochen eine entsprechende verfassungsmäßige Regelung hier zu beschließen.

Es ist natürlich auch das gute Recht, wegen des Polizeigesetzes das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anzurufen. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang aber ganz ernsthaft Folgendes sagen, weil Herr Schily mit dem Luftüberwachungsgesetz ja auch gerade ein Problem hat. Es ist für Regierungen und für Regierungsfractionen genauso zulässig, alles zu tun, um die Sicherheit in diesem Lande möglichst zu optimieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn Herr Schily als Bundesinnenminister in Zeiten unmenschlicher Attentate und großer terroristischer Anschläge die Grenzen auszutariieren versucht, ist es unsere Aufgabe, uns damit auseinander zu setzen. Ich habe vor vielen Jahren in einer Festschrift zum Thema von verdeckten Ermittlern

im Gefahrenabwehrrecht einen Aufsatz geschrieben, wobei die von mir darin vertretene Meinung im Polizeirechtskommentar von Herrn Saipa immer als alleinige Meinung, als gegenteilige Einzelmeinung, als Minderheitsmeinung bezeichnet wurde. Inzwischen ist es in der Mehrzahl der Polizeigesetze in Deutschland genau in dem Sinne geregelt, wie es der anfangs als Minderheitsmeinung bezeichneten Meinung entspricht. Es wird für uns in den nächsten Jahrzehnten Herausforderungen geben, denen wir uns stellen müssen. Das entscheidende Signal für unsere Polizeipolitik ist, dass die Zahl der Straftaten gesunken und die Zahl der Aufklärungen gestiegen ist. Das ist das entscheidende statistische Signal dafür, dass wir auf dem richtigen Wege sind.

Ich will noch einen dritten Punkt ansprechen. Natürlich können Sie auch über den Haushalt sprechen, der - das ist keine Frage - desaströs ist. Herr Jüttner, wer am Ende seiner Amtszeit zwei Haushalte mit jeweils 3 Milliarden Neuverschuldung verabschiedet hat, muss aber anerkennen, dass wir die Neuverschuldung nicht immer weiter gesteigert haben, wie Sie es getan haben, sondern dass wir sie Jahr für Jahr senken und im nächsten Jahr bei einer Nettoneuverschuldung von 1,8 Milliarden angelangt sein werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das wollen wir in Zeiten erreichen, in denen wir die Kreditfinanzierungsquote des Haushalts - dies wird heute Nachmittag Thema sein - von 13 % auf 10 % gesenkt haben, während Sie sie auf Bundesebene ständig gesteigert und inzwischen auf 17 % erhöht haben. Wir bewegen uns in einem schwierigen Umfeld, aber auf dem richtigen Wege und in die richtige Richtung. Wenn wir dabei Rückschläge erleiden - bei den beiden angesprochenen Entscheidungen gab es einen solchen Rückschlag -, werden wir die entsprechenden Korrekturen vornehmen. Das hält uns aber nicht davon ab, die Richtung beizubehalten. Wir werden dabei - im Gegensatz zu dem, was Sie in Ihrer Regierungszeit getan haben - verfassungsgemäß handeln. Wir nehmen die Entscheidungen der Gerichte an. Es gibt bei uns Gewaltenteilung. Sie können sich insofern darauf verlassen, dass wir die Gerichtsurteile im Einzelnen studieren und dann eins zu eins umsetzen. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 2 a) liegen mir nicht vor. Damit ist dieser Punkt erledigt.

Ich rufe nun auf

b) Niedersachsen muss umsteuern - weg vom Öl! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/2197

Das Wort hat der Kollege Wenzel. Bitte schön!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Diejenigen von Ihnen, die vorhin mit im Gottesdienst waren, haben die jungen Menschen im Chor singen gehört. Jedes zweite Mädchen, das heute geboren wird, hat eine Lebenserwartung von bis zu 100 Jahren. Wenn man davon ausgeht, dass unsere Ölvorräte heute noch für vielleicht 40 oder 50 Jahre reichen, heißt das, dass diese Kinder die Hälfte ihres Lebens in einer Welt ohne Öl zubringen werden.

(Zuruf von der CDU: Herr Wenzel, das ist Angstmacherei!)

- Das ist keine Angstmacherei. Es ist wirklich himmelschreiender Blödsinn, was Sie da erzählen. Alle Prognosen - auch die der Ölkonzerne - bestätigen das, was ich gerade gesagt habe. Keine der Prognosen geht über den genannten Zeitraum hinaus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Preisschock, meine Damen und Herren, kommt aber früher, nicht erst in 40 Jahren, weil Angebot und Nachfrage auseinander klaffen. Auch die Kosten der Klimaveränderungen kommen früher auf uns zu. Das zeigt beispielsweise die neue Studie des DIW zu diesem Thema. Darin werden die Schäden durch den Hurrikan Katrina auf 600 Milliarden Dollar quantifiziert. Es gilt nämlich, nicht nur die Schäden, die versichert sind, ins Auge zu nehmen, sondern auch die Schäden der Menschen, die sich keine Versicherung leisten konnten oder nicht versichert waren. Darüber will ich jetzt aber gar nicht rechten. Auch ohne Katrina ist klar, dass wir nicht so weiter machen können wie bisher. Hunderttausende von Arbeitsplätzen stehen auch in unserem Land auf dem Spiel. Die

extreme Abhängigkeit vom Öl macht verwundbar. In wichtigen Feldern sind wir schlichtweg falsch aufgestellt. VW als der größte Autobauer Europas ist hier bei uns in Niedersachsen angesiedelt. Auch VW ist hier leider nicht gut aufgestellt. Hier sind Arbeitsplätze bedroht, wenn die Produkte nicht nachgefragt werden.

In der Vergangenheit sind massive Managementfehler begangen worden. Auf dem China-Markt und auf dem US-Markt haben wir die Marktführerschaft verloren. Im Bereich der sparsamen Familienautos hat VW Fehler gemacht. Es gibt auch keine Hybridtechnik im Angebot. Andere wie z. B. Toyota sind auf diesem Gebiet aber schon viel weiter. Ferner hat man sich auch beim Partikelfilter verkalkuliert. Schließlich, meine Damen und Herren, hat man 500 Ingenieurjahre in den Bugatti Veyron gesteckt, in ein Auto mit 1001 PS und einer Höchstgeschwindigkeit von 400 km/h. Das ist wirklich ein Symbol für eine Unternehmenspolitik, die so nicht weiter betrieben werden kann. An dieser Stelle ist eine Summe in Milliardenhöhe verpulvert worden, die am Ende schlichtweg Arbeitsplätze kostet.

Ich bin der Meinung, dass die Landesregierung mit VW eine Zielvereinbarung treffen muss, um den Flottenverbrauch deutlich zu senken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir dürfen nicht warten, bis Europa oder der Bund so etwas machen, sondern wir müssen diesen Weg auch aus ureigensten niedersächsischen Interessen heraus - wir wollen nämlich, dass dieses Unternehmen zukunftssträchtig arbeitet - gehen. Wir wollen, dass das modernste, effizienteste und umweltfreundlichste Auto der Welt in Niedersachsen gebaut wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident Wulff, auch Sie haben dieser Fehlentwicklung bei VW zu lange zugeguckt. Seit 30 Monaten habe ich von Ihnen nichts dazu gehört. Auch die Vorgängerregierung hat insbesondere in dieser Frage auf die falschen Pferde gesetzt.

Die Arbeitsplätze in der Automobilindustrie können nur gesichert werden, wenn die Produkte stimmen. Alles andere halten wir auf Dauer nicht durch. Wir brauchen jetzt eine Landesstrategie „Weg vom Öl“. Wir brauchen aber keinen Umweltminister, der in einer solchen Situation die Investoren verunsichert,

indem er das EEG infrage stellt und das unselige Quotenmodell der Energiekonzerne auf den Tisch legt, das einzig nur aus dem Grund erdacht wurde, den Wettbewerb zu begrenzen, den Mengenzuwachs der erneuerbaren Energien zu begrenzen und den Stromkonzernen die erneuerbaren Energien vom Hals zu halten. So kann das nicht weitergehen. Hier brauchen wir eine gemeinsame Kraftanstrengung, um für die Zukunft wettbewerbsfähig zu sein und um in Niedersachsen Arbeitsplätze zu sichern.

Auf diesem Weg ist bei der Landesregierung bisher Fehlanzeige. Von daher gibt es keine Alternative. Die Perspektive ist klar: Wir müssen diesen Weg jetzt gehen. - Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank. - Das Wort hat der Kollege Dinkla.

Hermann Dinkla (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Wenzel, Ihr Anspruch ist ja, dass Niedersachsen umsteuern muss. Meine erste Bemerkung dazu: Niedersachsen steuert schon seit zweieinhalb Jahren um. Niedersachsen geht einen Kurs der Solidität und betreibt eine glaubwürdige Politik mit Augenmaß. - Das aber nur als Vorbemerkung.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Grünen beklagen einen Zustand, an dem sie in den letzten sieben Jahren, in denen sie auf Bundesebene mit in der Regierungsverantwortung standen, nur wenig geändert, bei dem sie aber vieles falsch gemacht haben. Fast nirgendwo in Europa ist Energie so teuer wie in Deutschland. Die ideologiebefrachtete Energiepolitik belastet private Haushalte, die Wirtschaft und die Industrie. Sie belastet die Wettbewerbsfähigkeit, und im Ergebnis kostet sie auch Arbeitsplätze.

Im Mittelpunkt unserer Politik, meine Damen und Herren, steht der Wunsch nach einem breit gefächerten Energiemix. Das, Herr Kollege Wenzel, heißt - ich jedenfalls sehe es so -: ein kontinuierlich wachsender Anteil an erneuerbaren Energien, aber auch ein - derzeit unverzichtbarer - Anteil an Kernenergie.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Jetzt komme ich zu Ihrer Wahlwerbung, Herr Wenzel; ich habe sie gestern Morgen im Radio gehört. Wenn Sie dort behaupten, die CDU will, dass auch veraltete Kernkraftwerke 60 Jahre lang am Netz bleiben, und damit den Menschen im Lande suggerieren, wir würden Fragen der Sicherheit und der Verantwortung nicht ernst nehmen, dann ist das nach meiner Einschätzung Volksverdummung in Hochpotenz und „unterste Schublade“ im Wahlkampf.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn ich den Begriff „umsteuern“ verwenden darf, dann steuern Sie bitte um in Richtung eines ehrlichen Wahlkampfes.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, nun noch ein Wort zu der aktuellen Forderung nach einer Entkoppelung des Gaspreises von der Entwicklung des Ölpreises. Darüber wird ja breit diskutiert. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Die Europäische Union wird auf diesem Gebiet zwar so handeln, wie sie es signalisiert hat. Es stellt sich aber die Frage, ob dies der „Königsweg“ ist, der im Ergebnis zu deutlich geringeren Energiepreisen führt. Das kann man kritisch sehen, aber insgesamt bleibt doch wohl die Einschätzung, dass die Koppelung an die Ölpreise nicht mehr zeitgemäß ist.

Sie, Herr Wenzel, wollen heute den Eindruck erwecken, dass in Niedersachsen nichts passiert, dass hier ein großer Handlungsbedarf besteht und dass es von daher Ihrer Anregungen bedarf. Ich glaube, Nachhilfeunterricht ist hier nicht angesagt. Der Ausbau der Windkraft wird nicht blockiert, sondern mit Vernunft und Augenmaß weiter verfolgt. Repowering wird unterstützt. Im Übrigen: Im Offshorebereich muss das Land für die Versäumnisse des Bundes einstehen. Auch das muss einmal in aller Klarheit gesagt werden, ganz abgesehen davon, dass das, was jetzt ansteht, eher die nüchterne Prüfung der ungeklärten technischen und juristischen Fragen ist!

Eines muss bei allen Forderungen nach Unterstützung durch die Politik aber deutlich gesagt werden, Herr Wenzel, und das gilt insbesondere für den Offshorebereich: Es hat keine Zukunft, alle unternehmerischen Risiken dem Staat, nicht aber dem Investor aufzubürden. Das kann so nicht laufen. Das Land unterstützt die Exportbemühungen im Bereich der Windenergie, weil wir hier große Chancen sehen; das ist gar keine Frage.

Ich möchte an dieser Stelle beispielhaft weitere Aktivitäten erwähnen. Sie haben die Energieforschung im europäischen Verbund gefordert. Darüber sind wir uns einig. Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber auch die Landesinitiative „Brennstoffzelle“ erwähnen. Dort gibt es in zunehmendem Maße außerordentlich gute und erfolgreiche Aktivitäten. Das halte ich für einen wichtigen Punkt.

Ihre Einschätzung im Hinblick auf die Hybridmotoren teile ich im Wesentlichen. Über die Frage, was an dieser Stelle die Politik machen kann, muss allerdings nachgedacht werden. Meines Erachtens ist in erster Linie die Automobilindustrie aufgefordert, international nicht den Anschluss zu verpassen. Wenn in ganz Deutschland von 45,4 Millionen Pkws nur ca. 2 100 mit einem Hybridmotor ausgestattet sind, dann ist das schon unbefriedigend; das ist überhaupt keine Frage.

Bei alternativen Kraftstoffen, insbesondere beim Erdgas, kann man mit einer weiteren Verdichtung des Tankstellennetzes in Deutschland sicherlich viel erreichen. Das ist ein sehr, sehr positiver Weg.

Der Bereich Biomasse, den Sie meiner Erinnerung nach nicht direkt angesprochen haben, wird vom Land eindeutig unterstützt. In ganz Niedersachsen liegen 250 Anträge auf Bewilligung des Baus von Biogasanlagen vor. Über sie wird auch positiv entschieden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an Aussagen von Minister Ehlen. Sie kennen die Diskussion über die Geothermie und über die Speichertechnologie. Meiner Auffassung nach liegt hier bei den niedersächsischen Unternehmen ein erhebliches Innovationspotenzial. Beispielhaft seien die Aktivitäten der Firma Enercon in diesem Bereich erwähnt.

Nicht außer Acht lassen dürfen wir sicherlich auch den Gesamtkomplex Energieeinsparung.

Meine Damen und Herren, Ziel der Energiepolitik muss doch insgesamt sein - Sie haben zu Recht gesagt, dass die Forderung parteiübergreifend erhoben wird -, die Abhängigkeit vom Erdöl zu reduzieren. Demgegenüber muss hier realistischerweise aber auch deutlich gemacht werden, dass dies nicht von heute auf morgen gelingen kann und auch nicht gelingen wird. Mit unberechtigten überflüssigen Forderungen gegen das Land, sehr geehrter Herr Kollege Wenzel, lösen wir das Problem nicht.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Hermann Dinkla (CDU):

Niedersachsen muss nicht umsteuern. Am kommenden Sonntag müssen die Weichen auf Bundesebene richtig gestellt werden, damit die Energiepolitik wieder in gute Hände kommt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank. - Herr Kollege Haase hat jetzt das Wort.

Hans-Dieter Haase (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Sonntag werden sich die Bürger in Deutschland dafür entscheiden, dass Rot-Grün seine erfolgreiche Energiepolitik fortsetzen kann.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU und von der FDP)

Die Überschrift für Ihre Aktuelle Stunde, verehrte Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, ist meiner Auffassung nach nicht ganz richtig gewählt. Richtigerweise müsste es heißen: Niedersachsen war schon einmal weiter auf dem Weg weg vom Öl, bis die CDU/FDP-Landesregierung kam.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings haben wir dank Rot-Grün auf Bundesebene, dank eines Beispiel gebenden EEG, das vielfache Nachahmung findet, einen nie da gewesenen Boom und eine nie da gewesene Akzeptanz der erneuerbaren Energien erreicht, was uns heute angesichts der aktuellen Debatten um Ölpreise und Stromkosten und angesichts der dramatischen Zuspitzung in der Energiepolitik einen entscheidenden Vorteil vor anderen Ländern bringt. Aber wir haben noch einen langen Weg vor uns, und wir haben noch sehr viel zu tun. Der Prozess ist angestoßen. Im Bund sind und bleiben wir auf dem richtigen Weg.

„Weg vom Öl“ ist auch zu kurz gegriffen. Stattdessen muss es heißen: weg von den fossilen Brennstoffen. Damit meine ich auch Gas, langfristig auch Kohle und, meine liebe FDP, ausdrücklich auch Uran. Alle sind endlich, alle sind fossil.

(Christian Dürr [FDP]: Wie die Bundesregierung! - Bernd Althusmann [CDU]: Die SPD ist auch ein wenig fossil!)

Langfristig sind diese Energieträger, Herr Dürr, weder effizient noch in ausreichendem Maße vorhanden. Zudem müssen immer wieder die ungelösten Probleme bei der Atomkraft angesprochen werden, die eine weitere Nutzung gegen den Willen der Mehrheit der Menschen unverantwortlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss die Probleme nicht nennen: Unfälle, Terrorgefahr, ungelöste Endlagerfrage. Statt wie CDU und FDP eine Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken zu propagieren und auf die zahlreichen Neubaupläne anderer Länder zu verweisen - Finnland sei Ihnen zugestanden -, sollten wir dafür sorgen, Schwellenländer und Entwicklungsländer zu ermutigen, in zukunftssträchtige, unabhängige und sichere Energiequellen zu investieren. Das bedeutet nicht zuletzt auch Friedenssicherung in der Welt. Wer bezweifelt schließlich ernsthaft, dass es im Irak primär um Öl ging?

„Eine signifikante Senkung der Rohölpreise wird es nicht mehr geben“, so Klaus Töpfer, nachzulesen in der *Berliner Zeitung* vom 6. September 2005. Recht hat er! Ich ergänze: Angesichts der enormen Nachfrage von Ländern wie China und Indien werden auf dem Weltmarkt auch die Preise für Gas und für Uran nicht mehr fallen. Ich verweise auf die Äußerungen des Chefs von Chevron Texaco gestern in *Spiegel Online*, die Sie sicherlich gelesen haben.

Die Zeiten von billigem Öl und Gas sind endgültig vorbei. Wenn wir also auch in Zukunft erschwingliche Energiepreise für die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für die deutsche Wirtschaft sichern wollen, müssen wir uns noch stärker als bisher auf unsere eigenen Energiequellen besinnen, die nun einmal Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme heißen. Die technischen Voraussetzungen dazu haben wir allemal. Der wirtschaftliche Erfolg der erneuerbaren Energien - mehr als 150 000 Menschen sind mittlerweile in dieser Branche beschäftigt -, eine enorme Exportquote - bei Windkraft über 51 % - und zweistellige Wachstumsraten in der letzten Zeit bestätigen diesen Weg. Und diese Potenziale sind längst noch nicht ausgeschöpft. So könnten wir nach Exper-

tenmeinung bis zum Jahre 2050 tatsächlich völlig auf fossile, also auch auf atomare Energieträger verzichten. Das ist der Weg, den wir zu gehen haben.

(Beifall bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Aber nicht durch die Politik der Bundesregierung!)

Ein Konzept zum Energiesparen lieferte einst sogar die CDU, lieber Herr Dinkla, auch wenn es viele nicht mehr wahrhaben wollen. Gern möchte in diesem Zusammenhang Frau Merkel zitieren, die 1995 als Bundesumweltministerin Folgendes forderte - Herr Dinkla, hören Sie zu -:

„Als Umweltministerin halte ich es für erforderlich, die Energiepreise schrittweise anzuheben und so ein eindeutiges Signal zum Energiesparen zu geben.“

Nachschieben möchte ich noch das Grundsatzprogramm der CDU aus dem Jahre 1994, in dem es heißt, dass man die regenerativen, die erneuerbaren Energien in gleicher Weise fördern will wie die Atomenergie. Wo sind denn die Millionen oder Milliarden, die man in diese Forschung investieren wollte? Bei den regenerativen Energien sind sie jedenfalls nicht angekommen.

(Christian Dürr [FDP]: Das liegt doch wohl an der Politik der Bundesregierung!)

Meine Damen und Herren, die Erkenntnisse waren einst bei der CDU wohl vorhanden, bis heute warten wir aber verzweifelt auf Taten. Da stimmt dann auch die Überschrift wieder: Niedersachsen muss umsteuern - weg vom Öl!

Lernen Sie von erfolgreichen Firmen wie Enercon und Solvis, die längst auf dem richtigen Weg sind! Die Autoindustrie ersetzt zunehmend Öl durch nachwachsende Rohstoffe. Folgen Sie ihr doch einfach! Im praktischen Handeln dieser Landesregierung, die stattdessen Fördermittel streicht, ist davon bisher nichts zu spüren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank. - Das Wort hat jetzt Herr Kollege Dr. Rösler.

Dr. Philipp Rösler (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Wenzel, ich frage Sie: Ist Ihnen diese Diskussion nicht peinlich?

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Was?)

Sie haben doch immer einen Preis von 5 DM für den Liter Benzin gefordert. Meine Damen und Herren, ginge es nach den Grünen, würde die Preistreiberi doch jetzt gerade erst anfangen. Sie haben die Kunden doch bisher gar nicht genug schröpfen können. Und jetzt stellt sich ausgerechnet die Noch-Verbraucherschutzministerin Frau Künast hin und ruft ganz laut: Oh, böse Abzocke! - Meine Damen und Herren, das ist unehrlich und scheinheilig!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Auch wir sind uns in dem grundsätzlichen Ziel einig, dass wir langfristig aus den fossilen Brennstoffen aussteigen wollen. Nur geht das eben nicht über Ökosteuern oder Subventionierung von Windkraftanlagen, nicht durch Staatswirtschaft, sondern nur durch den Wettbewerb der verschiedenen Energieträger untereinander.

(Zuruf von Dorothea Steiner [GRÜNE])

Genau für diesen Wettbewerb, Frau Kollegin Steiner, brauchen wir echte Alternativen, die an die Stelle von Gas, Kohle und langfristig auch Kernkraft treten können. Deshalb brauchen wir zum jetzigen Zeitpunkt nach wie vor den technologieoffenen Energiemix aus erneuerbaren Energien, fossilen Brennstoffen und Kernenergie, solange es dazu keine realistische Alternative gibt.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen ist Ihr Weg, einseitig eine bestimmte Energieform wie beispielsweise die Windenergie zu subventionieren, der vollkommen falsche Weg.

(Dorothea Steiner [GRÜNE]: Sie haben es immer noch nicht begriffen!)

Besser wäre es, in die Erforschung und Entwicklung neuer Technologien wie beispielsweise - Kollege Dinkla hat es angesprochen - in den Bereichen Biomasse, Geothermie oder auch Solarenergie zu gehen.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Wasserstoff haben wir im Landtag angestoßen!)

Genau für diese Forschung und Entwicklung steht diese Landesregierung aus CDU und FDP,

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Wo denn?)

allen voran ihr Umweltminister Hans-Heinrich Sander.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie behaupten, Sie wollen aus dem Öl aussteigen. Aber wir alle erinnern uns noch an die Antwort Ihrer Bundesregierung auf die Frage, wie sie sich denn die Energieversorgung nach 2022 vorstellt. Die Antwort lautete: 20 % aus erneuerbaren Energien und 80 % aus fossilen Brennstoffen. - Eine solche Energiepolitik macht das Öl erst richtig teuer.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Und dann kommt noch Ihr Kollege Trittin mit den guten Vorschlägen, ab und zu einmal das Auto stehen zu lassen. Das ist übrigens nicht nur weltfremd, sondern unverschämt.

(Dorothea Steiner [GRÜNE]: Mitnehmen! Auch Sie könnten mal mit dem Rad fahren!)

Noch etwas merkwürdiger finde ich die Position von Frau Roth, die den Menschen vorschreiben will, welche Autos sie zu fahren haben und welche nicht.

(Beifall bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Sagen Sie doch mal, was Sie in Niedersachsen machen!)

Uns als Liberalen liegt es völlig fern, den Menschen solche Vorschriften zu machen.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Was wollen Sie in Niedersachsen machen?)

Aber wenn Sie, Herr Kollege, schon solche Vorschriften machen wollen, dann müsste Ihre rot-grüne Bundesregierung doch wenigstens mit gutem Beispiel vorangehen. Ich frage Sie, Herr Kollege: Wissen Sie eigentlich, wie viele Dreiliterautos die Bundesregierung gekauft hat? - Anscheinend wissen Sie es nicht; sonst hätten Sie diese Aktuelle Stunde nicht beantragt. Ich will es Ihnen sa-

gen: Die Bundesregierung hat in den letzten sieben Jahren sage und schreibe drei Dreiliterautos gekauft - bei einem Fuhrpark von insgesamt 25 300 Autos.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Jörg Bode [FDP]: Das ist ja ein Skandal!)

0,18 % dieser Autos benutzen übrigens alternative Kraftstoffe.

Herr Kollege, diese Aktuelle Stunde ist peinlich, weil Sie sie beantragt haben. Diese Aktuelle Stunde zeigt sehr deutlich, wie die Grünen sind: Reden statt handeln - das ist das wahre grüne Gesicht.

(Ursula Körtner [CDU]: Richtig! Genau!)

Ich gebe Ihnen Recht: Wir müssen die Umwelt schützen, insbesondere vor den Grünen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU - Walter Meinhold [SPD]: Da gibt es nur ein Wort: Primitiv!)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Janßen, Sie haben das Wort.

Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man den Kollegen Rösler hier hört, gewinnt man doch sehr den Eindruck, dass man zunächst einmal die Umwelt massiv vor der FDP schützen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil ihm zu grüner Umweltpolitik nichts anderes einfällt, versteigt er sich hier in Kleinkrämereien. Dabei steht fest, dass hier in Niedersachsen sehr wenig passiert ist. Ich will einige Beispiele nennen. Beispiel ambitionierte Zielsetzung für Energieeinsparung und Umsteuern in der Energiepolitik: Fehlanzeige, da kommt nichts. Beispiel Geothermie: Wir haben zu diesem Thema einen Antrag gestellt, der immer noch in den Ausschüssen schmort, weil man sich nicht darauf einigen kann, das Wenige, was wir dort eingefordert haben, transparent darzustellen. Das scheint nicht umsetzbar zu sein.

Ich will aber auch kurz etwas zu den Ausführungen von Herrn Dinkla sagen, zur Transparenz und Seriosität von Politik. Wenn in Ihren Kreisen darüber diskutiert wird, die Laufzeiten von Atomkraftwerken erheblich auszuweiten, und in der anderen Koalitionsfraktion davon geredet wird, neue Atomkraftwerke zu bauen, dann ist es eine seriöse Politik, auf die Gefahren hinzuweisen, und zwar auf die Gefahren des Betriebes und der nicht geklärten Endlagerung. Ganz genau so ist es.

(Beifall bei den GRÜNEN - Heinz Rolfes [CDU]: So geht ihr mit der Wahrheit um!)

Meine Damen und Herren von den Fraktionen der CDU und der FDP, wenn Sie im Land Niedersachsen und auf Bundesebene nicht bereit sind, den regenerativen Energien ihren Stellenwert als Zukunftstechnologie zuzuerkennen, und immer wieder herumzertern, dann vergraulen Sie bereits jetzt Investoren und gefährden darüber hinaus die Exportfähigkeit der bundesdeutschen innovativen Technologien im Bereich der regenerativen Energien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem gefährden Sie zunehmend Arbeitsplätze. Heute können Sie der NWZ entnehmen, dass allein im letzten Jahr in diesem Bereich über 20 000 Arbeitsplätze dazugekommen sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank. - Das Wort hat der Herr Umweltminister. Bitte sehr!

Hans-Heinrich Sander, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Damen und Herren von der Fraktion der Grünen! Herr Wenzel, nicht nur Sie, sondern auch Herr Janßen hat einige Dinge angesprochen, die nicht der Wirklichkeit entsprechen. Sie hätten Ihren Antrag „Weg vom Öl“ eigentlich mit folgender Unterschrift versehen müssen: Rot-Grün ist auch in der Energiepolitik gescheitert.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Wenzel, Sie und Ihre Fraktion sind es nämlich, die seit 20 Jahren plakativ mit Ängsten spie-

len. Sie stellen im Wahlkampf ein Plakat auf und warnen vor der Kernenergie. Weil das im Augenblick aber nicht mehr verfängt, weil die Leute sehen, dass das Konzept der Landesregierung - nämlich ein Energiemix aus Kernenergie, fossilen Energieträgern und erneuerbaren Energien - der einzige Weg ist, kommen Sie jetzt mit einem neuen Plakat an und sagen: Weg vom Öl.

(Zuruf von Dorothea Steiner [GRÜNE])

Das Schöne dabei ist - Herr Kollege Rösler hat es ja gesagt -, dass Sie über die Benzinpreise doch eigentlich erfreut sein müssen. Sie haben doch 1998 auf Ihrem Parteitag proklamiert, dass das Benzin 5 DM kosten soll. Das haben Sie fast erreicht. Insofern müssten Sie auch dazu stehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Jetzt wird es noch interessanter. Sie haben dann auch sofort - das ist bei den Grünen ja immer herrlich - den Schuldigen gefunden. Jetzt sind es die Ölkonzerne.

(Walter Meinhold [SPD]: Nein, Sie!)

Das Schlimmste, Herr Kollege Wenzel, ist im Grunde genommen Ihre Besserwisserei. Sie haben heute Morgen VW, den Ingenieuren und den Arbeitern gesagt, was sie machen müssen. Diese nehmen ihre Aufgaben aber wahr. Sie aber zerstören Arbeitsplätze in Niedersachsen, indem Sie diese Firma und die Arbeitnehmer beschimpfen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie sprechen jetzt vom Strom. Sie haben aber seit 1998 die heutige Konzentration bewirkt. Wir alle wissen: Wenn Konzerne zu viel Macht bekommen, dann muss man diese Macht begrenzen.

(Vizepräsidentin Astrid Vockert übernimmt den Vorsitz)

Dazu haben wir gesetzliche Möglichkeiten durch das Kartellamt. Es war aber wieder die rot-grüne Bundesregierung, die z. B. die Verabschiedung des Energiewirtschaftsgesetzes über ein Jahr verzögert hat, in dem beispielsweise die Kontrolle der Versorgungsnetze geregelt wird. Das alles sind Ihre Versäumnisse.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das ist doch nicht die Wahrheit! Das waren

Ihre Kollegen, die auf dem Schlauch standen!)

Die Regierungsparteien mussten den Gesetzentwurf erst einmal in den Bundestag einbringen. Dann hat der Bundesrat ihn so verbessert, dass hoffentlich bald wieder Wettbewerb möglich ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Insofern, Herr Kollege Wenzel, haben die Grünen gar keine Rolle gespielt. Gott sei Dank war der Wirtschaftsminister zusammen mit seinem Staatssekretär sehr verhandlungsbereit und hat die vernünftigen Wege mit beschrritten.

Aber eines ist klar: Wir haben in Niedersachsen seit zweieinhalb Jahren ein Energiekonzept.

(Dorothea Steiner [GRÜNE]: Wo denn? Das kennen wir gar nicht! - Zuruf von Hans-Dieter Haase [SPD])

- Das kennen Sie nicht? - Wir haben einen Energiemix. Herr Kollege Haase, wir haben einen Spitzenplatz.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Den hatten wir bis 2003!)

- Ich wiederhole und bekräftige nur, was Sie vorhin gesagt haben. Wir haben einen Spitzenplatz bei erdölunabhängigen Kraftstoffen. Wollen Sie das bestreiten? - Dann müssen Sie nach vorne kommen und sagen, dass das nicht wahr ist.

Niedersachsen produziert große Mengen an Biodiesel. Wir haben ein geschlossenes Netz.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Das ist doch nicht Ihr Verdienst!)

Niedersachsen verfolgt mehrere Entwicklungslinien, auch bei der Herstellung von synthetischen Kraftstoffen. Wir arbeiten mit den Konzernen - auch mit VW - zusammen, weil wir die Chance sehen, dass wir zur Produktionsreife kommen, wenn ein Kraftwagenhersteller diese neuen Technologien anwendet.

Meine Damen und Herren, wir könnten das fortsetzen. Wir haben Biogasanlagen. Das haben Sie auch erwähnt. Wir haben eine Vielzahl von Anträgen. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Biogasanlagen wirtschaftlich werden. Deswegen brauchen wir noch mehr Innovation, damit sich diese Technik am Markt entsprechend durchsetzen kann. Diesen Weg werden wir fortführen.

(Dorothea Steiner [GRÜNE]: Das ist Bundespolitik!)

Herr Kollege Wenzel, Sie haben letzte Woche eine Presseerklärung zu unserem Energiesparen abgegeben. Komischerweise drückt diese Presseerklärung niemand mehr ab. Eines ist doch klar: Weg vom Öl bedeutet, dass das Energieeinsparen weiter forciert werden muss. Dazu müssen wir aber auch die Häuslebauer und Vermieter gewinnen. Diese müssen in eine Bundesregierung Vertrauen haben, die wieder Arbeitsplätze schafft. Dann sind sie auch bereit, im häuslichen Bereich zu investieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 2 b) liegen mir nicht vor. Ich stelle damit fest, dass wir diesen Tagesordnungspunkt erledigt haben.

Ich eröffne die Beratung zu

c) Rot-Grün gescheitert: Neuanfang in Deutschland - gut für Niedersachsen. - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 15/ 2199

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Althusmann von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort!

Bernd Althusmann (CDU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir erleben in diesen Tagen, dass viele Überschriften von Tageszeitungen lauten: Wahlkampf in Moll. Die Menschen im Land haben Angst. Sorgen treiben die Menschen um. - Ich sage Ihnen zu Beginn dieser wunderbaren Plenarsitzungswoche, die mit einem guten Sonntag enden wird: Es gibt überhaupt keinen Grund dafür, es gibt eine gute Botschaft: Das rot-grüne Experiment wird am kommenden Sonntag nach sieben Jahren endlich beendet sein. Das ist die beste Botschaft für die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur gut so - so wird der Hoffnungsträger der SPD in Berlin ja

immer wieder gern zitiert -, die Sozialdemokratie in Deutschland ist ja bekanntermaßen auch gut zu unterhalten. Der ehemalige Kulturstaatsminister, Herr Naumann, hat vor kurzem gesagt: Das ganze Land versinkt in Depressionen, und der Kanzler lacht. - Worüber eigentlich? - Meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten in Deutschland, haben Sie tatsächlich etwas zu lachen? Lachen Sie darüber, dass inklusive der aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen rund 6 Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos sind? Lachen Sie etwa darüber, dass in Deutschland im Vergleich zu 1998 bis heute 1,6 Millionen versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse weggefallen sind? Lachen Sie etwa darüber, dass in Deutschland 40 000 Firmen insolvent gegangen sind? Oder lachen Sie darüber, dass 630 000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind? - Hinter jedem einzelnen steht ein Schicksal, ein Familienvater, eine Mutter. Da steht die Zukunft Deutschlands, und Sie lachen darüber.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Walter Meinhold [SPD]: Reden Sie nicht so einen Unsinn!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist der größte Skandal. Dieser größte Skandal in unserem Land hat einen Namen. Er lautet: Rot-Grün. Meine Damen und Herren, Rot-Grün ist, wenn Sie so wollen, ein sozialromantisches Modell von gestern. Wir aber brauchen die Antworten für morgen.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Deswegen ist es gerade in Norwegen gewählt worden!)

Lieber Kollege Möhrmann, ich zitiere aus der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Oktober 1998. Da steht:

„Solide Staatsfinanzen sind eine unverzichtbare Grundlage für neue Arbeitsplätze, für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und für soziale Stabilität. ... Wir wollen die Schuldenanhäufung zulasten künftiger Generationen verringern.“

Die Wahrheit: Die Lücke zwischen den Einnahmen und Ausgaben im laufenden Haushalt der Bundesregierung beträgt über 60 Milliarden Euro. In sieben Jahren Rot-Grün wurden 160 Milliarden Euro neue Schulden gemacht.

(Zurufe von der SPD: Und bei Ihnen?)

Wir zahlen Tag für Tag, lieber Kollege Möhrmann, 100 Millionen Euro Zinsen dafür, dass wir inzwischen eine Gesamtverschuldung von 900 Milliarden Euro haben. Auch dafür gibt es einen Namen: Der Name ist „Rot-Grün“.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Karl-Heinz Klare [CDU]: Schlimm ist das!)

Meine Damen und Herren, was heißt das für Niedersachsen? Was erhoffen wir uns von einem Regierungswechsel? Was kann sich verbessern? Für Niedersachsen heißt das und hieß das: In den Jahren 2001 und 2002 hatten wir 4,5 % weniger Steuereinnahmen. Im Jahre 2002 waren es 8,3 %. Wir hatten in Deutschland keinen Wirtschaftsaufschwung, und wir haben keine neue Arbeit geschaffen. Die Steuerschätzung im Mai dieses Jahres hat dazu geführt, dass wir für das kommende Jahr 2006 mit Steuermindereinnahmen von rund 586 Millionen Euro rechnen müssen. Allein der Bund verursacht rund 80 % des Defizits in ganz Deutschland. Wissen Sie, was das für Niedersachsen heißt? Wir können hier in Niedersachsen noch so gut regieren - und dieses Land wird unter der Regierung Christian Wulff gut regiert -

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Widerspruch bei der SPD)

wir können mit weitreichenden Reformen dieses Land nach vorne bringen, und dennoch: Gegen das Versagen von Rot-Grün gibt es in Deutschland kein Mittel.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
David McAllister [CDU]: Doch, der Wahltag!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Anzeige, die ich jetzt hoch halte, erschien im Februar 2002. Da stand drauf: „Bewahren Sie diese Karte auf, und Sie werden sehen, dass wir halten, was wir versprechen.“

(Karl-Heinz Klare [CDU] lacht - Hans-Christian Biallas [CDU]: Hat nur keiner gemacht!)

Da steht: mehr Arbeitsplätze, ein Sofortprogramm für Jugendliche, 100 000 Plätze mehr, der Aufbau Ost wird zur Chefsache, Deutschland - Ideenfabrik, Bekämpfung der Kriminalität, mehr Steuergerechtigkeit, bezahlbare Gesundheit, mehr soziale Ge-

rechtigkeit. - Meine Damen und Herren, es gibt keinen größeren Hohn als diese Anzeige. Das war die größte Wahllüge vor der Wahl 2002. Erneut deutet sich eine Wahllüge 2005 an. Sie wollen den Menschen durch Kürzungsmaßnahmen 30 Milliarden Euro vorenthalten. Legen Sie doch die Karten heute auf den Tisch! Fordern Sie doch Ihre Bundesregierung auf, vor der Wahl die Wahrheit zu sagen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Und, meine Damen und Herren, zu guter Letzt - - -

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Althusmann!

Bernd Althusmann (CDU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin, letzter Satz. - Mit solchen Anzeigen versuchen Sie, die Menschen in unserem Land zu verunsichern.

(Der Redner zeigt einen Presseauschnitt)

Hier steht, dass diese Familie, die im Übrigen aus Amerika stammt - das sind Fotomodells aus Amerika; aber das nur am Rande -, 3 596 Euro weniger hätte, wenn die CDU regiert. Die Wahrheit ist: 38 200 Euro Gesamteinkommen für eine Familie mit zwei Kindern bedeuten gar keine Steuern. 1 400 Euro mehr bedeuten 168 Euro Steuern im Jahre mehr. - Das sind Ihre Wahllügen. Damit verunsichern Sie unser Land, und damit fahren Sie es an die Wand, oder Sie haben es schon getan. Deshalb brauchen wir den Wechsel. - Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der
CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Gabriel das Wort. Bitte schön, Herr Gabriel!

(David McAllister [CDU]: Der Ampelmann!)

Sigmar Gabriel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für den Vertreter einer Partei, die gerade auf Bundesebene die Kontrolle über ihre Finanzpolitiker verloren hat, sind Sie ganz schön mutig, Herr Althusmann. Das muss ich sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich weiß ja noch, wie Sie erklärt haben, der Kirchhof sei sozusagen ein glanzvolles Stück. Jetzt versuchen Sie, ihn zu verstecken.

Sie rechnen uns vor, was Niedersachsen durch die SPD und durch die Grünen in Berlin verloren hätte oder verlöre. Rechnen Sie doch bitte einmal dem geschätzten Publikum vor, was dieses Land durch die Steuerpolitik von Merkel, Kirchhof und Merz verliert. So sehr unterscheidet die sich ja nicht. 43 Milliarden Euro Steuerausfälle bedeuten Ausfälle für das Land Niedersachsen von 2 Milliarden Euro. So gut könnten selbst wir nicht regieren, um das wieder gutzumachen, was Sie da gerade verbraten, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen uns, wir verstecken etwas. Warum veröffentlichen Sie nicht die 418 angeblichen Steuerschlupflöcher, die Sie streichen wollen. Die Wahrheit ist doch, dass sich dahinter noch mehr solcher Glanzleistungen wie die Streichung der Steuerfreiheit von Nacht- und Schichtarbeit verbergen. 9 Millionen Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeitern sagen Sie: Wir nehmen euch die Steuerfreiheit weg, holt euch das doch bitte über Tarifverhandlungen wieder. - Das sagt eine Partei, die gemeinsam mit der FDP die Tarifvertragsfreiheit infrage stellen will und die angeblich dagegen ist, dass die Lohnkosten weiter steigen. 17 % Lohnerrhöhung wäre das. Sie zerschlagen die Möglichkeit, Tarifverträge zu machen - das wollen Sie jedenfalls -, und nehmen den Leuten noch Geld aus dem Portemonnaie. Das ist natürlich ein Glanzstück Ihrer Finanzpolitik in Deutschland. Das kann man nicht anders sagen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wenn wir schon dabei sind: Sie haben eben gesagt, was es so an Wahllügen gibt. Da lese ich doch in der *Bild-Zeitung* - man hat ja ein gutes Archiv; da guckt man mal nach -:

„Einige Politiker finden immer Begründungen für Einnahmeverbesserungen. Eine Mehrwertsteuererhöhung aber wäre der Overkill fürs Handwerk, würde noch mehr Beschäftigte in die Schwarzarbeit treiben. Ich bin für ein Moratorium. Wir

sollten fünf Jahre lang auf Steuererhöhung verzichten. Dadurch wird ein Staat gezwungen mit dem Geld auszukommen, das zur Verfügung steht.“

Aus der *Bild-Zeitung!* Raten Sie, wer das war! Das war der Ministerpräsident dieses Landes, Herr Wulff.

(Beifall und Oh! bei der SPD)

Bis vor kurzem war die Mehrwertsteuererhöhung tabu, weil sie volkswirtschaftlich schädlich ist. Damit hat er übrigens Recht gehabt. Jetzt aber soll die Mehrwertsteuer um zwei Punkte erhöht werden, wenn die CDU an die Regierung käme.

(Bernd Althusmann [CDU]: Und was sagt Herr Wowereit?)

Sie wollen den Leuten dabei noch weismachen, dass das durch eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wieder herauskäme. Rentner und Kinder mit Familien, in denen die Frauen nicht arbeiten, hätten aber nichts davon. Dazu müssen Sie einmal Ihren Kollegen aus der FDP, Herrn Hermann, fragen. Dem senken Sie die Sozialversicherungsbeiträge um den „gigantischen“ Betrag von 3 Cent. Herr Hermann, eine Bruttoarbeitsstunde im Kfz-Handwerk ungefähr 13 Euro oder 14 Euro, so in der Größenordnung. 21 % davon sind die Sozialabgaben. Wenn Sie die zu 100 % streichen würden, hätten Sie 2,60 Euro Entlastung. Die wollen nur 1 % wegnehmen. Dann haben Sie ungefähr 3 Cent Entlastung. Das verbessert dann die Wettbewerbsfähigkeit?

(Bernd Althusmann [CDU]: Brutto!
Netto!)

- Bei brutto und netto sollten Sie besonders vorsichtig sein.

(Beifall bei der SPD)

Wer die Menschen mit Nettoeinkommen von 1 000 Euro in eine private Krankenversicherung treiben will, wie Sie das mit Ihren Kopfpauschalen vorhaben, der hat wirklich keine Ahnung von brutto und netto. Sonst wüssten Sie, dass sich die Mehrheit der Familien so einen Unsinn nicht leisten kann, Herr Althusmann. Das ist die Wahrheit über Ihre Politik.

(Beifall bei der SPD)

Der Arbeitgeber Hermann wird also um 3 Cent entlastet. Gleichzeitig wird seinen Kunden die Mehrwertsteuer um 2 Punkte hochgesetzt. Das ist eine Glanzleistung für wirtschaftspolitischen Unsinn, den die CDU da aufgeboten hat!

All das bieten Sie den Leuten an: Nacht- und Schichtarbeit besteuern, Pendlerpauschale herunter. Ich höre noch seine Reden hier, wie er erzählt hat, im Flächenland geht das alles nicht.

Ich sage Ihnen: Was Sie nicht mitgekriegt haben, ist die Bewertung, die inzwischen über die Politik abgegeben wird, die wir gemacht haben. Sie zitieren so schöne Dinge. Ich halte Ihnen lieber den *Economist* gar nicht vor. Den können Sie sich hinterher von Herrn McAllister übersetzen lassen. Da steht drin, dass der Überraschungsstaat Deutschland sei. Hier steht: In Deutschland haben sich die Rahmenbedingungen für Unternehmen im vergangenen Jahr so deutlich verbessert wie in keinem anderen hoch entwickelten Industrieland der Welt. So resümiert das *Handelsblatt*.

(David McAllister [CDU] lacht)

Und: Mit Blick auf den Arbeitsmarkt war Deutschland 2004 der Top-Reformer, urteilt der Chefökonom der Weltbankagentur. - Das letzte Zitat: Es hat sich ganz einfach etwas getan in Deutschland, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, sagt der Weltbankvizepräsident Michael Klein. - Das ist die Beurteilung über die Schröder'sche Politik. Wir haben viel Ärger dafür gekriegt. Die Exportbedingungen verbessern sich aber, meine Damen und Herren. Wir sind auf einem guten Wege. Falls der Redebeitrag, den Sie geliefert haben, für mich ein Abschiedsgeschenk sein sollte, vielen Dank. Das ist Ihnen gelungen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD - Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Dr. Rösler das Wort. Bitte schön!

Dr. Philipp Rösler (FDP):

Herr Kollege Gabriel, auch ich habe den Artikel über den Weltbankkollegen gelesen. Der geht auch noch weiter. Da ist dann nämlich die Frage: Wo hat Deutschland den größten Nachholbedarf? Antwort: auf dem Arbeitsmarkt und bei der Komplexität des Steuerrechts, die signifikant höher ist

als in manchen anderen skandinavischen Ländern wie z. B. in Norwegen. Ich finde und ich stelle fest: CDU und FDP sind eindeutig auf dem richtigen Wege.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege, wenn man sich Ihre Reden anhört, dann muss man erst einmal feststellen: Wir brauchen nicht nur einen Regierungswechsel, wir brauchen vor allem einen Politikwechsel und einen Mentalitätswechsel.

(Beifall bei der FDP)

Sie kennen ja meine Theorie. Der größte Feind der Freiheit sind nicht die Grünen, das ist nicht die SPD,

(Zuruf von der FDP: Die Neoliberalen!)

das ist auch nicht die neue Schwesterpartei der SPD, die Linke,

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU)

der größte Feind der Freiheit ist in der Tat, Herr Kollege, die Angst. Sie stehen für die Angst, während wir, CDU und FDP, versuchen, den Menschen trotz und nicht gerade wegen der Notwendigkeit zu Reformen in Deutschland endlich wieder Mut zu machen.

(Ulrich Biel [SPD]: In Niedersachsen!)

Wir wollen den Menschen Mut machen, und Sie wollen den Menschen Angst machen.

(Unruhe und Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Nicht diejenigen sind unsozial, liebe Kollegen, die gemeinsam mit den Menschen versuchen, die Probleme unserer Zeit zu lösen, sondern diejenigen sind unsozial, die in der Regierungsverantwortung nur damit beschäftigt waren, sich selbst zu verwirklichen, dann nach sieben Jahren alles hingeschmissen haben und jetzt auch noch denjenigen, die es offensichtlich besser können, gute Ratschläge geben wollen.

(Beifall bei der FDP)

Ich frage Sie: Wie sozial ist es denn, wenn die rot-grüne Bundesregierung der heutigen jungen Generation, meinetwegen den um die 30 Jahre jungen

Menschen, alles vor die Füße schmeißt und dann noch fordert: Nun baut schön die Schulden ab, die wir gemacht haben, aber vergesst die Investitionen nicht, die wir nicht getätigt haben! Zahlt heute in die Sozialversicherungssysteme ein, die wir nicht renoviert haben und die euch deshalb schon morgen nicht mehr tragen werden!

(Widerspruch bei der SPD)

Spart deswegen für das Alter, obwohl unsere Steuerpolitik gar nichts mehr zum Sparen gelassen hat! Arbeitet in eurem Leben wesentlich länger als wir, auch wenn wir in den letzten sieben Jahren eigentlich gar nicht gearbeitet haben! Schafft die Arbeitsplätze, die wir vernichtet haben. Sorgt für das Wachstum, das wir sieben Jahre lang verhindert haben!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur unsozial gegenüber *einer* Generation, sondern das ist unsozial gegenüber *allen* Generationen in unserem Lande. Ich sage Ihnen: Das ist schäbig und feige!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ihrer Feigheit setzen wir den Mut entgegen, und zwar nicht nur weil wir als CDU und FDP mutige Programme haben, sondern vor allem weil wir den Menschen in unserem Land wieder Mut machen wollen.

(Werner Buß [SPD]: So aber nicht!)

Wir wollen sie ermutigen, ihr eigenes Leben in die eigenen Hände zu nehmen, um es selbst und frei zu gestalten. Das ist der Politikwechsel, der Mentalitätswechsel: Weg von Rot-Grün, hin zu Schwarz-Gelb.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie schüren die Angst, weil Sie die Angst brauchen, um überhaupt noch überleben zu können. Wir hingegen bekämpfen die Angst, damit unsere Gesellschaft, unser Land überleben kann. Das ist der entscheidende Unterschied zwischen uns und Ihnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Widerspruch bei der SPD)

Die Menschen, die wollen, dass endlich die Probleme gelöst werden, die bisher nicht gelöst worden sind, wissen, dass sie diejenigen wählen müssen,

die sie vielleicht nicht immer gewählt haben, damit die Menschen endlich wieder die Freiheit haben, das zu tun, was sieben Jahre lang nicht getan worden ist. Das heißt: bei der nächsten Bundestagswahl CDU und FDP. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Walter Meinhold [SPD]: Das war oberpeinlich! - Ulrich Biel [SPD]: Ihr wollt euch doch Stimmen leihen, um überhaupt hineinzukommen!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Herrn Kollegen Wenzel das Wort. Bitte schön!

(Ulrich Biel [SPD]: Herr Dr. Rösler, wie ist das mit den Leihstimmen?)

- Herr Kollege Biel, Sie können gleich draußen gerne Zwiegespräche mit Herrn Kollegen Rösler führen. Aber jetzt hat Herr Kollege Wenzel das Wort. - Bitte schön!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Althusmann, eine Sache sollten Sie uns erklären, bevor wir hier im Landtag über Ihr Steuer- und Finanzkonzept diskutieren. Wer spricht eigentlich im Moment für die CDU?

(Heinz Rolfes [CDU]: Unser Programm!)

Kirchhof? - Ich kann mich noch gut an eine Veranstaltung in der Stadthalle mit Herrn Kirchhof erinnern, an der viele von Ihnen teilgenommen haben. Ich glaube, dass auch der Ministerpräsident dabei war. Herr Kirchhof wurde in den höchsten Tönen gelobt. Dann, vor zwei Wochen, hieß es: Ein exzellenter Fachmann. - Herr Merz sagte das. - Der muss Finanzminister werden. - Das sagte Frau Merkel. - Ein steuerpolitischer Verbündeter im Geiste. - Das kam von Herrn Westerwelle. Herr Stoiber sah sogar einen „Glücksfall für die Union“.

Meine Damen und Herren, das ist nun zwei Wochen her. Was ist seither passiert? - Man weiß überhaupt nicht mehr, wer in der Union im Moment den Ton angibt.

(Widerspruch bei der CDU)

Herrn Kirchhof wollen Sie plötzlich verstecken, Herr Wulff holt Herrn Merz wie Kai aus der Kiste, die Ministerpräsidenten setzen sich ab. Herr Stoiber habe sein eigenes Programm, so schreibt die *Neue Presse* gestern. Die *Süddeutsche Zeitung* schreibt: „Finanzpolitik - die verwundbarste Stelle der Union.“

(Heinz Rolfes [CDU]: Du hast nur fünf Minuten! Was hast du denn zum Thema zu sagen?)

Herr Wulff spricht plötzlich von Herrn Kirchhof und sagt: Der hat eine Vision. - Andere benutzen diesen Begriff manchmal auch in einem anderen Sinnzusammenhang, sodass man sich schon denken mag, was Herr Wulff damit meinte.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Heute titelt die *Financial Times* auf der ersten Seite: Pierer greift Kirchhof an. - Meine Damen und Herren, als ich das heute Morgen gelesen habe, dachte ich: Jetzt ist der Ofen wirklich aus. - Zwei Berater im Handgemenge hinter den Kulissen oder eigentlich sogar vor den Kulissen. CSU fürchtet Verluste wegen Kirchhof, hört man aus dem bayerischen Kabinett - wegen dieses Glücksfalls. - Meine Damen und Herren, es ist pures Chaos, wenn sich jetzt noch 50 CDU-Bürgermeister und -Oberbürgermeister schriftlich an ihre Partei wenden und sagen, dass man sie von diesem Kirchhof verschonen möge, weil er die Finanzen der Kommunen gefährde.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, vier Tage vor der Wahl herrscht bei Ihnen das blanke Chaos.

(Widerspruch und Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Herr Rösler, eines ist sicher, darauf kann man sich bei Ihnen verlassen, und in dieser Hinsicht braucht man vor Ihnen keine Angst zu haben: Bei Ihnen werden die besser Verdienenden besser entlastet. Das ist sicher, das ist klar.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten sieben Jahren viele Probleme angepackt. Ob das

die Finanzierung der deutschen Einheit und die sozialen Sicherungssysteme sind, ob das die - - -

(Unruhe)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Einen kleinen Moment, bitte, Herr Kollege Wenzel! - Herr Wenzel, Sie haben das Wort. Ich möchte darum bitten, dass das Plenum etwas aufmerksamer ist. Herr Coenen, das gilt auch für Sie. - Bitte sehr, Herr Wenzel!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Wir haben viele Themen angepackt, ob es die demografische Entwicklung und die Riester-Rente sind, ob es die Globalisierung und die Herausforderung für unsere Steuersysteme sind. Was machen Sie? - Ich will nur vier Rahmendaten nennen: Jugendarbeitslosigkeit in Niedersachsen: die rote Laterne mit plus 41 % im Vergleich zum Vorjahr. Sie haben den letzten Platz aller Bundesländer. - Insolvenzen: plus 11 % bei den Unternehmensinsolvenzen, während im Bundestrend ein Rückgang zum Vorjahr zu verzeichnen ist. - Armutsquote: plus 0,8 % in Niedersachsen; das ist doppelt so hoch wie im übrigen Bundesgebiet. - Und eine Hammerzahl: 10 bis 15 % aller Schülerinnen und Schüler verlassen die allgemein bildenden Schulen in Niedersachsen ohne Schulabschluss.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Daran sind wir natürlich auch schuld!)

Das sind leider die Arbeitslosen von morgen, die Sie zu verantworten haben. Das wollen wir für den Bund nicht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die Landesregierung hat sich Herr Minister Hirche zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Minister!

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben von Herrn Gabriel soeben wieder einen moralischen Anspruch gehört. Ich finde das mit Hinweisen auf Zitate schon erstaunlich. Ich werde Ihnen Zitate entgegenhalten.

Im *Handelsblatt* vom 13. Mai des vorvergangenen Jahres hat sich Herr Gabriel für die Besteuerung von Nacht-, Feiertags- und Sonntagszuschlägen ausgesprochen. Meine Damen und Herren, er selbst hat vor einigen Jahren den Vorstoß gemacht. Wenn jetzt aber andere darüber reden, im Zuge von Steuersenkung bestimmte Teile sukzessive über einen Sechsjahresrhythmus zu besteuern, ist so etwas falsch.

Herr Gabriel hat aus dem Interview mit Herrn Klein zitiert, über das das *Handelsblatt* berichtet hat. Ausweislich dieses Zeitungsartikels wird Herr Klein in diesem Interview gefragt, wo Deutschland steht. Daraufhin sagt er:

„Der Abstand zur Spitzengruppe ist trotz der Fortschritte nach wie vor gewaltig. Es gibt einfach eine Reihe von Ländern, die in den vergangenen Jahren deutlich mehr getan haben als Deutschland.“

Meine Damen und Herren, das ist die eigentliche Tatsache: Zwischen 1990 und 1998 hat das Wachstum in Deutschland im Schnitt 2,2 % betragen. Zwischen 1998 und 2005 hat es bei 1,2 % gelegen. Meine Damen und Herren, 1 % mehr Wachstum bedeutet bundesweit Steuermehreinnahmen in Höhe von 5 Milliarden Euro bzw. Verluste in Höhe von 5 Milliarden Euro. Davon würde Niedersachsen in einer Größenordnung von 250 Millionen Euro profitieren. 1 % bedeutet 150 000 Beschäftigte mehr oder weniger. In Niedersachsen würde das einem Plus von über 13 000 Beschäftigten entsprechen.

Meine Damen und Herren, die Verbesserung Niedersachsens von Platz 9 unter der SPD-Regierung im Februar 2003 auf Platz 6 oder 7 in diesem Sommer bedeutet, dass wir in Niedersachsen 30 000 Arbeitslose mehr hätten, wenn wir noch immer auf Platz 9 liegen würden. Das ist die soziale Wirkung der Politik von CDU und FDP. Alles andere, also das Verscherbeln von Wachstum, ist der soziale Angriff auf die Gesellschaft in Deutschland, ist das Ergebnis dessen, was Rot-Grün in Berlin veranstaltet hat. 1 % mehr Wachstum würde auch Mehreinnahmen in Höhe von 4 Milliarden Euro in der Sozialversicherung bedeuten. Dadurch könnten die Lohnnebenkosten um 0,4 Prozentpunkte gesenkt werden. Meine Damen und Herren, neue Programme für Dynamik und Wachstum sind die Alternative, die Rot-Grün

gegenübergestellt werden sollte. Darüber entscheiden die Bürger am Sonntag.

Wir haben in Niedersachsen von Dritten - darauf lege ich mehr Wert als auf das Lob aus den eigenen Reihen oder auf die Kritik aus der Opposition -, die nicht im Landtag vertreten sind, bescheinigt bekommen - etwa von der Bertelsmann-Stiftung beim Bundesländer-Ranking -: Niedersachsen konnte seine Abwärtsbewegung umkehren. Wir sind aus der unteren Tabellenhälfte in die obere Tabellenhälfte aufgestiegen, meine Damen und Herren. Das müssen wir für Deutschland erreichen. Dazu sind die Maßnahmen, die Sie vorgeschlagen haben, ungeeignet. Wir müssen eine neue Dynamik erzeugen.

Meine Damen und Herren, das Beispiel mag ja klein sein; aber weil es aus Niedersachsen ist und Niedersachsen betrifft, nenne ich es auch im Zusammenhang mit der Bundespolitik: Steuersenkungen schaffen in der Regel am Ende Steuermehreinnahmen. Wir haben das bei dem Beispiel Tonnagesteuer erlebt. In einer großen Vereinbarung aller Fraktionen und Parteien haben wir im Interesse der Küste die Besteuerung für die Schifffahrt abgesenkt. Das Ergebnis ist nicht, dass wir weniger Steuern einnehmen. Vielmehr sind 100 Schiffe zurückgeflaggt worden, die Arbeitsplätze sind wieder nach Deutschland gekommen, und in Deutschland wird Gewerbesteuer gezahlt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Mit Steuersenkungen, die natürlich in einem ersten Schritt zu Ausfällen führen, werden am Ende in der Gesellschaft wieder Wachstum und Dynamik erzeugt. Das brauchen wir für Arbeitsplätze, für Beschäftigung, für den sozialen Frieden, also nicht das Festhalten an Besitzständen. Wir brauchen das Erzeugen einer neuen Dynamik, so wie das nach dem Krieg gemacht worden ist. Wenn Ludwig Erhard an allen Preisfestsetzungen und an allen Regeln festgehalten hätte, dann hätten wir nie ein Wirtschaftswachstum bekommen, dann hätten wir in Deutschland nie Wohlstand bekommen, meine Damen und Herren.

Es ist Zeit, durch die Senkung staatlicher Belastungen bei den Lohnzusatzkosten und bei den Steuern wieder eine neue Dynamik zu erzeugen. Das ist die Alternative zu Rot-Grün. Das ist die Alternative für ein soziales Deutschland im Wiederaufstieg für die Schwächsten und die Starken in der Gesellschaft.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Da ich schon sehr viele Wortmeldungen zum nächsten Tagesordnungspunkt vorliegen habe, möchte ich nur darauf aufmerksam machen, dass jede Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt 20 Minuten Redezeit hat, die sie sich selbst einzuteilen hat.

Für die SPD-Fraktion hat sich zu Tagesordnungspunkt 2 c noch einmal der Kollege Gabriel zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Sigmar Gabriel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Hirche, vielen Dank, dass Sie die Bertelsmann-Stiftung zitiert haben. Auch ich finde das sehr erfreulich. Aber ich finde, Sie sollten den Menschen und den Kolleginnen und Kollegen im Parlament sagen,

(Zuruf von der SPD: Die Wahrheit!)

dass das Daten der Jahre 2002 und 2003 sind. Das sollten Sie schon sagen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es freut uns doch alle, wenn sich das Land gut entwickelt hat, scheinbar u. a. deshalb, weil wir im Jahr 2002 anständig regiert haben.

(Oh! und Lachen bei der CDU)

- Er hat es doch zitiert, nicht ich. Sie müssen sich bei Ihrem Wirtschaftsminister beklagen, wenn er Studien zitiert, die unsere Regierungszeit untersucht haben. Dann dürfen Sie sich nicht bei mir beklagen.

Herr Minister Hirche, erklären Sie doch einmal, warum Sie auf die Regelung bei der Tonnagesteuer hinweisen - zu Recht; das ist gut für unsere maritime Wirtschaft -, warum aber ausgerechnet dies eine Regelung ist, die Herr Kirchhof nach seinem Steuerkonzept wieder abschaffen will. Erklären Sie das doch einmal!

(Beifall bei der SPD)

Sie suchen sich immer das heraus, was gerade passt. Bei meiner Debatte über Nacht- und Schichtarbeit

(Lachen bei der CDU)

haben wir seinerzeit mit Gewerkschaften diskutiert. Am Ende der Debatte haben wir uns gesagt, wir können das nicht durchsetzen und machen das nicht. Aber bei uns ist nie einer auf die Idee gekommen, die Gewerkschaften kurz und klein zu schlagen, sodass sie keine Chance mehr haben, und gleichzeitig zu fordern, sie sollten sich 17 % Lohnerhöhung holen. Das sind ein paar Unterschiede bei uns.

Aber eigentlich hatte ich mich wegen des Kollegen Rösler gemeldet. Ich finde, nicht nur Angst, sondern auch Feigheit ist eine große Feindin der Freiheit. Sie waren in Ihrer Regierungszeit zu feige zu verhindern, dass die Sozialversicherungsbeiträge von 34 % auf 43 % gestiegen sind. Heute beschimpfen Sie uns, dass wir die Sozialbeiträge nicht genug gesenkt haben. Wir haben sie wenigstens gesenkt, Sie haben sie gesteigert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie waren zu feige, den Menschen die Wahrheit zu sagen, dass die deutsche Einheit nicht aus der Portokasse zu bezahlen ist. Sie haben mithilfe der FDP und mit Frau Merkel im Kabinett innerhalb von sechs Jahren 395 Milliarden Euro zusätzliche Schulden gemacht. Sie werfen uns vor, dass wir in sieben Jahren 130 Milliarden Euro zusätzliche Schulden gemacht haben. Ich sage Ihnen, das ist immer noch zu viel; aber das sind zwei Drittel weniger Schulden, als Sie zu verantworten hatten. Dass jemand, der sozusagen die Täter von gestern repräsentiert, sich uns als Retter von Morgen darstellen will, ist, wie ich finde, eine außerordentlich betrübliche Veranstaltung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Sie sind diejenigen, die die Sozialbeiträge so hoch gezogen haben, dass sich die Handwerksbetriebe das heute nicht mehr leisten können.

(Lachen bei der CDU)

Sie sind diejenigen, die den Leuten versprochen haben: Wir brauchen die neuen Straßen, die neuen Krankenhäuser, die neuen Schulen; das alles können wir aus der Portokasse bezahlen. Sie sind

diejenigen gewesen, die vor dem Bundesverfassungsgesicht verklagt werden mussten, damit sie endlich bereit waren, mehr Kindergeld herauszurücken. Wir haben das realisiert. Sie haben sich gegen Ganztagschulen geäußert. Sie haben im Lande sogar gegen Kindertagesstätten gestimmt. Sie sind die Letzten, die eine Chance hätten, uns etwas vorzuwerfen. Sie wollen das Land nicht ins 20. Jahrhundert - Herr Kirchhof hat gesagt, welches Familienbild er hat -, nein, ins 19. Jahrhundert zurückbringen, meine Damen und Herren.

Erzählen Sie uns nichts über die Feinde der Freiheit! Feigheit, Herr Rösler, war das, was Sie in Ihrer Regierungszeit abgeliefert haben. Wir hatten den Mut, das endlich zu verändern.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Minister Hirche, Sie haben sich noch einmal für die Landesregierung zu Wort gemeldet.

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist immer gut, wenn man bei solchen Debatten die Dokumente dabei hat, um die es geht, und wenn man auf falsche Feststellungen, die vorher getroffen worden sind, unmittelbar antworten kann. Ich will das behutsam machen, weil ich glaube, dass die Art und Weise des Umgangs miteinander auch draußen prägt.

In der Studie der Bertelsmann-Stiftung heißt es unter der Überschrift „Kritische Ausgangslage 2003“ und dann unter der Zwischenüberschrift „Abwärtsbewegung konnte umgekehrt werden“:

„Die neu gebildete Regierung legte gleich ein forsches Reformtempo vor. In der kurzen Zeit seit dem Amtsantritt konnte das Land mit dem springenden Pferd im Wappen einen deutlichen Satz nach vorn machen. Gegen den Bundestrend steigt Niedersachsens Punktwert im Erfolgsindex an, von 5,35 Punkten auf 5,1 Punkte im aktuellen Beobachtungszeitraum bis 2004. Nur zwei der elf alten Bundesländer erzielten einen höheren Punktezuwachs.“

(Aha! bei der CDU - Bernd Althausmann [CDU]: So viel zur Wahrheit!)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass Herr Gabriel offenbar den Landtag mit dem Marktplatz verwechselt hat. Dort kann man solche Dinge nicht nachprüfen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich füge hinzu, um die aktuelle Lage im Lande zu kennzeichnen: Nach den ersten Hochrechnungen von Creditreform - dieses Unternehmen ist Ihnen wohl bekannt - liegt Niedersachsen im ersten Halbjahr 2005 beim Saldo der Unternehmensneueintragungen und -löschungen nach Bayern und Nordrhein-Westfalen an dritter Stelle.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, hier werden falsche Zahlen genannt; dann werden nur die Löschungen und nicht die Neueintragungen genannt und anderes mehr.

Lassen Sie uns doch gemeinsam froh darüber sein, wenn es einer Landesregierung gelingt, für die Menschen im Land etwas Gutes zu erreichen, und wenn wir aufgrund dessen den Anspruch anmelden: Dieses Beispiel, das wir in Niedersachsen gesetzt haben, wollen wir auch auf Bundesebene umsetzen, weil wir dann unsere Erfolge in Deutschland im Interesse der Menschen und im Interesse der Zukunft unserer Jugend verzehnfachen können.

Meine Damen und Herren, das ist der Mut, den wir haben. Das ist der Mut, von dem der Kollege Rösler gesprochen hat. Wenn Sie in den alten Dingen verharren, ist das Ihre Feigheit und nicht die Feigheit von anderen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege McAllister, Sie haben sich zu Wort gemeldet. Bitte schön!

David McAllister (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Gabriel, vieles von dem, was Sie gerade gesagt haben, fand ich von der Art und Weise des Vortrags sehr lebendig. Das werden wir vermissen, falls Sie über die Liste in den Deutschen Bundestag einziehen

werden. Aber leider fehlt die Zeit, alles das richtig zu stellen, was Sie gerade falsch vorgetragen haben. Deshalb will ich mich auf drei Zitate beschränken, sozusagen als Denkanstoß für die letzten Tage im Wahlkampf. Dann werden Sie sicherlich zu neuen Erkenntnissen kommen.

Sie haben aus dem *Economist* und der *Bild-Zeitung* zitiert. Ich möchte diesem hohen Hause gerne drei Zitate vortragen:

Erstens. Ich zitiere den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Joachim Poß, vom 13. Mai 2003:

„Die Steuerfreiheit auf die Zuschläge kann eingeschränkt werden, wenn im Gegenzug Steuertarife gesenkt werden und Schichtarbeiter am Ende dadurch sogar eine Entlastung erfahren.“

(Beifall bei der CDU)

- Es kommt noch besser. - Das zweite Zitat stammt von Sigmar Gabriel aus dem „ZDF-Morgenmagazin“ und der *Bild-Zeitung* vom selben Tag:

„Es ist nicht Aufgabe des Steuerzahlers, Nacht- und Schichtarbeit zu subventionieren.“

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Das dritte, bemerkenswert und auch nachdenklich stimmende Zitat, das ich vortragen möchte, lautet:

„Insgesamt glaube ich, wird mit einer Sache wirklich unehrlich umgegangen. Alle Menschen wissen, die Mehrwertsteuererhöhung wird kommen. Aber keiner traut sich, das öffentlich zu sagen.“

Wissen Sie, wer das in der Sendung „Kontraste“ in der ARD am 26. Mai 2005 gesagt hat?

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Ich ahne es! Nur den Anfangsbuchstaben!)

Sigmar Gabriel aus Goslar.

(Heiterkeit und starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir sind uns ganz sicher: Ehrlichkeit vor der Wahl wird sich am 18. September auszahlen.

Herr Gabriel, das waren ja zwei Zitate von Ihnen. Ich habe mir in den Monaten als Fraktionsvorsitzender einen Zitatenschatz von Ihnen angeeignet, weil Sie so unglaublich viel reden und zu nahezu jedem Thema schon mindestens einmal Ihre Meinung geändert haben. Es sind mehrere hundert Zitate. Diese Zitate werden Sie verfolgen - ob in Hannover, in Goslar oder in Berlin. Darauf können Sie sich verlassen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Ich stelle fest, dass wir den Tagesordnungspunkt 2 c) erledigt haben. Ich rufe auf

d) Für das eigene Land werben - Klassenfahrten in Niedersachsen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 15/2200

(Unruhe)

- Wenn sich alle beruhigt haben und sich dieses Themas widmen wollen, können wir weitermachen.
- Das gilt auch für die Mitarbeiter der CDU-Fraktion. Sie können die Besprechung gerne draußen fortsetzen, dann haben wir es hier drinnen etwas ruhiger.

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Schwarz. Sie haben das Wort. Bitte schön!

Hans-Werner Schwarz (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Stunde des Wahlkampfes in der Aktuellen Stunde war spannend, aber jetzt ist sie vorbei. Da wir im Landesparlament sitzen, werden wir uns nun schlicht und einfach einem landespolitischen Thema widmen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der vergangenen Woche hörten wir von Beschwerden von Eltern, die sich gegen zu teure Klassenfahrten richteten. Diese Beschwerden sind nicht neu, und vor allen Dingen sind sie kein Einzelfall.

(Ursula Körtner [CDU]: Richtig!)

Schulen und Klassen übertreffen sich seit geraumer Zeit mit immer spektakuläreren Reisen nach

Florenz, Rom, Griechenland, Malta oder Ähnlichem. Das treibt die Kosten in die Höhe. Ich erinnere daran: Morgen unterhalten wir uns über das Volksbegehren, bei dem es um die Lernmittelfreiheit und die freie Schülerbeförderung geht. Hier stimmen die Relationen nicht mehr.

(Hans-Jürgen Klein [GRÜNE]: Wie ist das mit der Freiheit?)

Manche Eltern können die Kosten für teure Reisen aufbringen, einige so gerade eben und wieder andere, vor allem die mit mehreren Kindern, nicht. Schüler werden ausgegrenzt, weil das Geld nicht reicht. Der Wunsch von Schülern nach entfernten Zielen ist verständlich. Hier sind die Eltern gefragt, offen für Zurückhaltung zu werben.

Minister Busemann hat mit seiner Stellungnahme zu diesem Thema denjenigen Rückendeckung gegeben, die in dieser Frage einen Kurs der Vernunft fahren wollen. Dies, Herr Minister, begrüßen wir von der FDP-Fraktion ausdrücklich.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir wollen mit unserem Beitrag nicht dazu aufrufen, in den Abschlussklassen sozusagen nur vor Ort zu bleiben. Wir reden ja immer viel über Heimatkunde und über die Notwendigkeit, Niederdeutsch oder Saterfriesisch zu vermitteln. Da stellt sich doch die Frage, ob es richtig ist, dass man zwar Westminster Abbey in London gesehen hat, gleichzeitig aber nicht weiß, dass es in Niedersachsen das Weserbergland, den Dümmer See oder den Hümmling gibt.

(Ursula Körtner [CDU]: Genau!)

Wir brauchen keine neu gefassten Erlasse, sondern das offensive Werben dafür, dass wir unseren niedersächsischen Schülerinnen und Schülern die Nordsee, den Harz oder die Lüneburger Heide nahe bringen, um nur einige wenige lohnende Ziele zu nennen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Niedersachsen hat eine Menge zu bieten, und das dürfen wir auch laut sagen. Es muss nicht Wien mit dem Stephansdom sein. Wenn es darum geht, Klassenfahrten mit dem Prädikat „pädagogisch wertvoll“ durchzuführen, dann kann man das ohne jeden Zweifel auch in Braunschweig, in Osnabrück oder an der Elbe tun. Das schafft Identifikation mit unserem Lebensraum - und das auch noch zu erschwinglichen Preisen.

Bei der Völkerverständigung, die ja gerne als Begründung für Auslandsreisen angeführt wird, gibt es auch innerhalb Deutschlands noch sehr viel zu tun. Denken wir doch einmal an unsere Nachbarn Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern oder Thüringen.

Fazit: Es ist gut und richtig, wenn unsere niedersächsischen Schulen Patenschaften mit Schulen in Frankreich, Polen, Italien usw. pflegen, Stichwort „COMENIUS-Projekt“. Das alles ist weiter auszubauen. Wir sollten aber auch alles dafür tun, Niedersachsen noch mehr als bisher in das Bewusstsein für Klassenfahrten zu rücken. Für diese Vorgehensweise sagen wir dem Kultusminister uneingeschränkte Unterstützung zu.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Eckel das Wort. Bitte schön!

Ingrid Eckel (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Nichts gegen Werbung für unser schönes und vielseitiges Niedersachsen. Man muss aber aufpassen, dass man nicht schnell provinziell wird.

Nichts gegen Appelle, die die Kosten für Klassenfahrten in einem finanziellen Rahmen halten wollen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion, ich wundere mich sehr, dass Sie, die Sie doch immer sagen, es ist alles eine Sache von Angebot und Nachfrage, der Markt löst alle Probleme, wir brauchen weniger Staat und nicht mehr, ein solches Thema in die Aktuelle Stunde gebracht haben.

(Beifall bei der SPD - Dr. Philipp Rösel [FDP]: Warum wundert Sie das?)

Die SPD-Fraktion ist der Überzeugung, die finanzielle und geografische Ausdehnung von Klassenfahrten ist ein wichtiges Thema, aber eines, das in die Schulen gehört.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Solche Probleme zu lösen, ist praktizierte Demokratie, und dazu ist jede Schule verpflichtet.

Unser Ziel, die Eigenverantwortliche Schule zu realisieren, macht noch deutlicher, dass der Landtag hier keine Regeln vorgeben sollte. Kollegien, Eltern und Schüler sind gefragt. Sie müssen sich zusammensetzen und den gemeinsamen Rahmen vereinbaren. Die Fraktionen von CDU und FDP machen sich hier im Landtag Sorgen um die finanzielle Belastung von Eltern.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Das lässt Sie ja kalt!)

Hoffentlich hält Ihre Sorge bis morgen vor. Dann steht nämlich die Lernmittelfreiheit auf der Tagesordnung. Als Sie diese abgeschafft haben, stand Ihnen der Geldbeutel der Eltern nicht so nahe wie jetzt, vier Tage vor der Wahl.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Die gleiche Redezeit hat die CDU-Fraktion zur Verfügung. Herr Kollege Klare, bitte schön!

Karl-Heinz Klare (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Eckel, ich hätte mich gewundert, wenn Sie zu einer solch guten Initiative auch nur eine einzige positive Bemerkung gemacht hätten. Ihr gesamtes Weltbild ginge ja kaputt, wenn Sie den Minister für eine gute Sache loben würden.

Von unserer Seite gibt es uneingeschränkte Unterstützung für den Kultusminister in seiner Kritik an überfeuerten Klassenfahrten. Das war ein richtiger Vorstoß zur richtigen Zeit, in der die Kosten für Familien immer weiter gestiegen sind, ein Vorstoß insbesondere zugunsten von Eltern mit geringem Einkommen.

Meine Damen und Herren, man muss sich wundern, dass ein solcher Vorstoß eines Ministers bei aller Sensibilität, die sonst in den Schulen vorhanden ist, überhaupt notwendig war.

(Beifall bei der CDU)

Man muss sich einmal vergegenwärtigen, was in den Schulen los ist, wenn es darum geht, für Klassenfahrten Geld einzusammeln - 300 bis 500 Euro. Dann entsteht so etwas wie ein sozialer Zugzwang.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich können sich Eltern dem nicht entziehen. Wer wendet sich denn schon an den Schulleiter oder an die Klassenlehrerin? Das Geld wird irgendwie aufgetrieben, auch wenn man es nicht parat hat. Zumindest für das Kind wäre es eine psychische Katastrophe, wenn das anders laufen würde. Deshalb war der Vorschlag des Kultusministers richtig.

Meine Damen und Herren, Klassenfahrten sind notwendig. Für uns alle gilt es, ein deutliches Plädoyer für Klassenfahrten auszusprechen. Klassenfahrten sind für die pädagogische Arbeit ganz wichtig. Niedersachsen ist ein großartiges Land mit großartigen Landschaften.

(Glocke der Präsidentin)

Wir haben ausgezeichnete Schullandheime von Holzminden über Diepholz bis Spiekeroog. Aber eines muss auch klar sein - Frau Präsidentin, das ist mein letzter Satz -: Natürlich gehören zur pädagogischen Arbeit auch Aufenthalte in Regionen außerhalb Niedersachsens oder in anderen europäischen Ländern. Natürlich muss ein Leistungskurs Latein auch nach Rom fahren dürfen. Der Kollege Schwarz hat auf die tollen Erfahrungen des Comenius-Instituts hingewiesen.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Klare, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

Karl-Heinz Klare (CDU):

Ganz wichtig ist - da bin ich mir ganz sicher -: Der Vorstoß des Ministers wird zu einem Umdenken bei der Planung zukünftiger Klassenfahrten führen. Deswegen war das der richtige Vorstoß zur richtigen Zeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich Frau Kollegin Korter zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Ina Korter (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, welches Thema die FDP-Fraktion heute für die Aktuelle Stunde ausgewählt hat. Ausgerechnet diejenigen, die im vergangenen

Jahr die Lernmittelfreiheit abgeschafft haben, weil ihnen die finanzielle Belastung der Familien egal war, machen sich heute Sorgen darüber, dass Klassenfahrten zu teuer werden. Klassenfahrten sollen nur noch in Niedersachsen stattfinden. Ausgerechnet diejenigen, die gleich nach der Regierungsübernahme die Hausaufgabenhilfe gestrichen haben - das betraf insbesondere einkommensschwache Familien -, die Ganztagschulen für unbezahlbaren Luxus halten, spielen sich hier als Vorkämpfer in Sachen Familienfreundlichkeit auf.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Reinhold Coenen [CDU]: Darum geht es doch gar nicht!)

Ausgerechnet diejenigen, die den Studierenden schon vom ersten Semester an Studiengebühren abverlangen wollen, sorgen sich plötzlich vor der Bundestagswahl gemeinsam mit dem Kultusminister um die Belastung von Familien.

Ich muss schon sagen, Ihre Logik ist unnachahmlich, unnachahmlich scheinheilig.

(Beifall bei der SPD)

Erst nehmen Sie den einkommensschwachen Familien mit Kindern immer mehr weg, und dann sagen Sie ihnen: Bleibt ihr bei euren Klassenfahrten in Niedersachsen. Alles andere ist ohnehin zu teuer für euch. In Niedersachsen ist es auch ganz schön. - Natürlich ist es schön. Aber man möchte zumindest mit den Oberstufenschülern auch mal woanders hinfahren.

Herr Schwarz, Sie als Hauptschulexperte, wie Sie immer so gerne betonen, müssten doch eigentlich wissen, wie begeistert ältere Hauptschüler, Gymnasiasten und Realschüler davon sind, wenn Sie ihnen als Klassenfahrtziele die Wingst, das Pferdemuseum in Verden oder vielleicht auch die Lüneburger Heide vorschlagen. Dort sind sie schon häufig gewesen. Manches Mal habe ich bei Ihnen den Eindruck, dass Sie keine Ahnung von dem haben, wovon Sie reden, oder Sie wollen es nicht wissen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Natur erleben!)

Natürlich ist es schwierig, wenn Klassenfahrten zu teuer geplant werden und sich Eltern damit überfordert fühlen. Aber dagegen, liebe Kolleginnen

und Kollegen, gibt es längst eine Reihe von Vorschriften, die zu beachten sind und solche Auswüchse verhindern. Das sollten Sie eigentlich wissen. Bevor eine Klassenfahrt überhaupt von der Schulleitung genehmigt wird, müssen Eltern und Schüler ihr Einverständnis bei vorgelegtem Kostenplan erklärt haben, die Eltern sogar einzeln schriftlich. Wer sich nicht traut, am Elternabend Nein zu sagen, weil es ihm zu teuer ist, kann das immer noch mit der Verweigerung seiner Unterschrift tun oder über die Elternvertretung aktiv werden.

Herr Busemann, Herr Schwarz, nehmen Sie doch endlich die Realität zur Kenntnis!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was glauben Sie denn, was Ihnen die Eltern sagen, wenn Sie die Wingst oder das Emsland für 15-Jährige als Klassenfahrtziel vorschlagen? - Häufig - das ist die Realität - weigern die sich, Geld für Klassenfahrten zu bezahlen, die sie unattraktiv finden, weil die Kinder längst in der Grundschulzeit dort gewesen sind. Man muss mit den Beteiligten planen, wenn man alle auf eine Klassenfahrt mitbekommen möchte - das ist das pädagogische Ziel -, nicht aber nach dem Geschmack von Herrn Schwarz und der FDP.

Wenn sich Kolleginnen und Kollegen heute noch bereit finden - das werden immer weniger; das wissen Sie -, eine längere Klassenfahrt anzutreten, dann verdienen sie unsere Anerkennung, nicht aber das Gemäkel und die Besserwisserei von Kultusminister und FDP.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Minister Busemann, um Ihre eigenen Worte zu benutzen: Sie schmeißen sich mal wieder hinter den fahrenden Zug. - Es gibt doch bereits einen Erlass, der die Zielorte für Klassenfahrten sehr genau festlegt. Im Schulfahrtenerlass heißt es - das müssten Sie besser wissen als ich; Sie sind schließlich der Minister -: Die Zielorte der Klassenfahrten müssen mit Ausnahme der Studienfahrten im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland liegen. Als Zielorte von Wanderungen und Wanderfahrten sollen nur dann Orte außerhalb von Niedersachsen oder an Niedersachsen angrenzenden Gebieten gewählt werden, wenn dadurch keine wesentlich höheren Fahrtkosten entstehen. - Wer sich daran hält, macht alles richtig. Ich sehe hier überhaupt keinen Regulierungsbedarf.

Herr Schwarz, Sie sprechen doch sonst immer so gern von der Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger. Warum trauen Sie eigentlich Lehrkräften und Eltern nicht zu, diesen Erlass selbst in den Schulen vernünftig umzusetzen und anzuwenden? Warum glauben Sie, mit dieser Aktuellen Stunde den Lehrkräften, den Schulleitern und den Eltern vorschreiben zu müssen, wohin bei Klassenfahrten gefahren werden muss?

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Frau Korter, kommen Sie bitte zum Schluss!

Ina Korter (GRÜNE):

Frau Präsidentin, mein letzter Satz: Es drängt sich stark der Eindruck auf, dass Sie nur davon ablenken wollen, dass Sie bei den Eltern mit Ihrem kostentreibenden Schulbuchmietmodell gescheitert sind. Wir werden sehen, wie Sie sich morgen dazu positionieren werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Die FDP-Fraktion hat noch eine Restredezeit von 2 Minuten und 20 Sekunden. Herr Kollege Schwarz, bitte schön!

Hans-Werner Schwarz (FDP):

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei uns im Landtag gibt es eine fantastische Einrichtung: das Protokoll. Ich empfehle Ihnen dringend, Frau Eckel und Frau Korter, das Protokoll über die Aktuelle Stunde in der heutigen Sitzung zu lesen. Ich stelle fest: Sie sind nicht blind, aber Sie können offensichtlich nicht zuhören. Sie haben überhaupt nicht zugehört, was ich an dieser Stelle gesagt habe. Wir treten an, um für das Land Niedersachsen zu werben!

(Beifall bei der FDP)

Das ist die Grundaussage unseres Antrages. Ich verstehe überhaupt nicht, was die Opposition insgesamt gegen unser schönes Land Niedersachsen hat.

(Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mit keiner Silbe habe ich, Frau Eckel und Frau Korter, gefordert, neue Regelungen einzuführen. Wofür? - Ich habe deutlich gesagt: Wir brauchen keine neuen Erlasse. Ich habe gesagt: Wir werben dafür, dass man sich auch andere Ziele aussuchen kann, die höchst attraktiv sind.

(Zurufe von der SPD)

Ich weiß nicht, was man dagegen haben kann.

Ihre Redebeiträge hake ich unter „Thema verfehlt“ ab. Lesen Sie einfach einmal im Protokoll nach, dann werden wir weitersehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die Landesregierung hat sich zu diesem Tagesordnungspunkt Herr Minister Busemann zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Minister!

(Unruhe)

- Ich bitte um etwas mehr Ruhe. Wir werden die Mittagspause wieder einmal etwas verschieben müssen. Ich bitte für Herrn Minister Busemann um Ruhe.

Bernhard Busemann, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich mich für den Antrag der FDP-Fraktion bedanken und für alle sagen: Gut, dass man einmal wahlkampfneutral das diskutieren kann, was den ganz normalen Privatmann, was die Eltern im Lande bewegt. - Ich bin schon etwas befremdet darüber, wie garstig man mit einem solchen Thema umgehen kann, Frau Korter. Ich verstehe das nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich bin geradezu befremdet, mit welchen Gedankengängen Sie die Diskussion zu einem Thema führen, bei dem es um ganz normale praktische Probleme und Empfindungen geht. Damit das klar ist, meine Damen und Herren: Reisen bildet. Graham Greene hat einmal gesagt, keiner kommt von einer Reise so zurück, wie er weggefahren ist. - Klassenfahrten gehören zum Schulwesen zwangsläufig dazu, und das wollen wir.

Wir haben aber eine klare Definition dessen, was Klassenfahrten erbringen sollen. Sie haben etwas Erzieherisches, sie haben einen Bildungsauftrag,

und sie haben das Ziel, die Klassengemeinschaft zu fördern. Das ist keine Konkurrenzveranstaltung von TUI. Das ist es nicht, und das soll es auch nicht werden.

Doch mittlerweile - mir sind jetzt viele Hinweise ins Haus gekommen - erleben wir Beispiele, wie teuer Klassenfahrten sind. Ich höre da: Malta wird angesteuert. Budapest wird angesteuert. London wird angesteuert. Mallorca wird angesteuert. Das kostet 400 Euro, 500 Euro. Jüngst ist mir ein Fall auf den Tisch gekommen, da sollte eine Studienreise nach London 1 000 Euro pro Person kosten, wie auch immer sie das in Zeiten von Billigflügen usw. schaffen. Ein Vater - ein normaler Arbeitnehmer - hatte zwei Kinder dabei. Wie denkt er dann über solche Überlegungen? - Dann müssen wir doch einmal gucken, ob die Dinge nicht mit guten Worten verändert werden können.

Ich will Ihnen sagen: Es geht auch darum, eine gewisse Disziplin und eine gewisse Sensibilität zu entwickeln; denn es handelt sich nicht nur um Kinder betuchter Eltern, sondern es gibt in der Schule auch soziale Unterschiede; es sind auch kinderreiche Familien dabei. Da mahne ich Disziplin, aber auch eine gewisse Sensibilität an.

Den Erlass von 1997 habe ich mir genau angeguckt. Ich kann nur sagen: Das hat der Kollege Wernstedt damals tipptopp gemacht. Das ist alles 100-prozentig in Ordnung. Darin ist genau geregelt, wie die Ziele von Klassenfahrten sein sollen, dass der bildungspädagogische, der kulturelle Aspekt überwiegen muss und dass der touristische Aspekt nicht überwiegen darf. Ferner wird geregelt, wie die Rollenverteilung ist. Die Schulleitung muss es genehmigen, die Eltern müssen gefragt werden usw.

Aber wie sieht die Wirklichkeit aus, wenn es um das Ziel und die Finanzierung geht? - Mir sind in den letzten Tagen beängstigend viele Briefe ins Haus gekommen. Da schreibt mich ein Vater aus dem Nordwestdeutschen an, selbst Elternvertreter, und bringt das Beispiel, dass man in der Klasse 3 der Grundschule plane, nach Spanien zu fahren. Dann geht es um die Frage, ob das über einen Förderverein oder über Spenden realisiert werden könne. Dann sagt er einen Satz, der, glaube ich, auch Bestandteil eines sozialdemokratischen Redebeitrags sein könnte. Er sagt, gerichtet an den Minister - ich zitiere -:

„Sie können sich sicherlich vorstellen, dass es sich für mich unheimlich schwierig gestaltet, offiziell Mitsstreiter zu finden,“

- es geht um die Frage: Verhindern wir das? -

„da das Schamgefühl bei vielen nicht so gut betuchten oder schlichtweg armen Eltern einfach höher ist und diese dann eher resignieren oder später gar einen Kredit aufnehmen müssen, damit ihre Kinder dann an einer solchen Fahrt teilnehmen können.“

Da sitzt ein riesengroßes Problem. Da möchte ich mehr Sensibilität haben. Wir brauchen keine Regularien, Vorschriften oder Ähnliches - um es einmal auf den Punkt gebracht zu haben. Wir haben im letzten Jahr ein tolles Internetprogramm aufgelegt - es handelt sich um einen Reiseatlas für Niedersachsen, zu finden unter www.schule-entdeckt-niedersachsen.de -, ohne in Provinzialismus zu verfallen.

(Zustimmung von Ursula Körtner
[CDU])

Ich appelliere zum Schuljahresbeginn an unsere Klassengemeinschaften, an Lehrer, Schulleitungen: Wenn ihr demnächst z. B. aus dem Nordwestdeutschen ein Ziel ins Auge fasst, so nehmt euch doch vielleicht einmal Goslar vor. Über das Internet kriegt ihr genaue Hinweise: So viele Jugendherbergen sind in der Nachbarschaft, so viele Kulturstätten sind in der Nachbarschaft. Ein Tagesausflug zum Landtag, nach Braunschweig und alles Mögliche ist da zu machen. Niedersachsen ist ein an Bildungs- und Kulturangeboten so reiches Land, da können wir auch ein bisschen in eigener Sache werben.

(Zustimmung bei der CDU und bei der
FDP)

Wenn dann und wann eine Studienfahrt über die Landesgrenze hinweg gemacht wird, dann ist das okay. Aber hier wollte ich vor allem eine gewisse Sensibilität anmahnen. Ich wundere mich eigentlich, dass hierüber streitig diskutiert wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Meine Damen und Herren, auch hierzu stelle ich fest, dass wir den Tagesordnungspunkt beendet haben. Damit ist die Aktuelle Stunde insgesamt beendet. Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 3:

27. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 15/2160 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/2202 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2204

Im Ältestenrat haben die Fraktionen vereinbart, die Eingaben, zu denen Änderungsanträge vorliegen, erst am Freitag, dem 16. September 2005, zu beraten. Ich halte das Haus deswegen damit einverstanden, dass wir heute nur über die Eingaben beraten, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen.

Ich rufe zunächst die Eingaben aus der 27. Eingabenübersicht in der Drucksache 2160 auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir hierüber abstimmen. Ich lasse über die Beschlussempfehlungen der Ausschüsse abstimmen, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Sehe ich nicht. Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 4:

Entwurf eines Gesetzes über Änderungen im öffentlichen Gesundheitsdienst - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 15/2140

Wie Sie heute Morgen schon gehört haben, soll zu diesem Gesetzentwurf heute keine erste Beratung stattfinden, sondern er soll direkt in den Ausschuss überwiesen werden. Federführend soll sich mit diesem Gesetzentwurf der Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit beschäftigen, mitberatend der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, der Ausschuss für Inneres und Sport

sowie der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen.

Wir können jetzt in die Mittagspause eintreten. Ich bitte Sie alle, pünktlich um 14.45 Uhr wieder hier zu sein. Herzlichen Dank!

Unterbrechung: 12.46 Uhr.

Wiederbeginn: 14.46 Uhr.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir setzen die Beratung fort. Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2005 (Haushaltsgesetz 2006 - HG 2006) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 15/2111

und den

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2006 - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/2170

Diese beiden Tagesordnungspunkte werden vereinbarungsgemäß zusammen behandelt.

(Unruhe)

- Wenn es ein bisschen leiser ist, könnte ich fortführen, Herr Bode.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird eingebracht durch den Herrn Minister Möllring. Ich erteile ihm das Wort.

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2006 wird die - - -

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Minister, einen Augenblick, bitte! - Meine Damen und Herren, bitte seien Sie ein bisschen ruhiger, auch wenn wir eine neue Mikrofonanlage haben. - Herr Minister, Sie haben das Wort.

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Ihnen vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2006 wird die Neuverschuldung des Landes im vierten Jahr in Folge zurückgeführt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Seit ihrem Amtsantritt hat diese Landesregierung die Nettokreditaufnahme um insgesamt 1,1 Milliarden Euro gesenkt. Deshalb sage ich aus Überzeugung:

(Zuruf von der SPD)

- Die Nettoneuverschuldung haben wir um 1,1 Milliarden Euro gesenkt. Sie werden nachher ja auch zum Haushalt reden; dann werden Sie das alles bestätigen können, Herr Jüttner.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich kann deshalb aus voller Überzeugung sagen: Niedersachsen ist auf einem guten Weg; denn wir machen das, wovon andere nur reden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir machen allerdings auch das, was wir vorher gesagt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Unser Ziel bleibt es, in einem ersten Schritt bis zum Ende dieser Legislaturperiode die Neuverschuldung auf die Höhe der eigenfinanzierten Landesinvestitionen zu begrenzen und damit endlich wieder einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Hans-Dieter Haase [SPD]: Das schafft ihr nie!)

- Herr Haase, Sie werden vielleicht festgestellt haben, dass ich „2008“ gesagt habe. In 2007 ist durch die Maßnahmen bei der NORD/LB der Haushalt aller Voraussicht nach verfassungsgemäß. Das ist allerdings ein Sondereffekt, den wir uns gar nicht zurechnen. Wir sagen den Leuten

ehrlich, wohin wir wollen. Deshalb sagen wir „2008“ und nehmen Sondereffekte nicht hinzu. Sie werden sehen, dass wir es schaffen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Genau so konsequent, wie wir diese Altlast der Vorgängerregierung abtragen, wollen wir in einem zweiten Schritt bis zum Jahr 2013 einen Landesetat verwirklichen, der ganz ohne Nettokreditaufnahme auskommt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir tun dies nicht, weil wir ein abstraktes haushaltspolitisches Ziel verfolgen, sondern wir tun dies, um finanzielle Handlungsfreiheit zurückzugewinnen, wir tun dies, um künftigen Generationen politischen Gestaltungsspielraum überhaupt erst wieder zu eröffnen, und wir tun dies, um nicht bereits heute alles Geld auszugeben, das unsere Kinder und Kindeskinde noch nicht einmal erwirtschaftet haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich füge hinzu: Es ist auch eine ethische Frage, ob man auf Kosten seiner Kinder und Enkel lebt; denn im richtigen Leben ist es ja auch nicht so, dass Opa und Oma, wenn sie ausgehen wollen, das Sparschwein der Enkel schlachten, sondern in der Wirklichkeit ist es so, dass die Kinder, wenn sie um die Häuser ziehen wollen, Opa und Oma fragen, ob sie sich daran beteiligen können. So muss der Staat eigentlich auch funktionieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, mehr als einmal war diese Landesregierung aufgrund ihrer Einsparmaßnahmen von verschiedenen Seiten in die Kritik geraten. Heute, bereits zur Mitte der Legislaturperiode, stelle ich fest: Wir haben die Ausgabenentwicklung im Griff. Die beschlossenen Konsolidierungsschritte verhinderten in 2003 zunächst ein weiteres Anwachsen der Ausgaben. In 2004 konnten wir diese um 1,5 % senken, und das Haushaltssoll 2005 sieht eine weitere Reduzierung um 3,5 % vor. Insgesamt wird das Ausgabeniveau bis 2006 nachhaltig um 1,8 Milliarden Euro gegenüber der Mipla 2002 - das ist die letzte Mipla, die die Vorgängerregierung vorgelegt hat - reduziert werden. Rechnet man die lediglich durchlaufenden Mittel im Rahmen von Hartz IV heraus, so ist es sogar eine Reduzierung um 2,2 Milliarden Euro. Die Empfehlungen des Finanzplanungsrates wer-

den damit erheblich unterschritten. Niedersachsen steht weitaus besser da als andere Bundesländer. Davon werden wir künftig, vor allem bei steigendem Zinsniveau, Nutzen tragen.

Meine Damen und Herren, wir werden die Kreditfinanzierungsquote des Landes von noch 13,3 % - das ist das Ist des Jahres 2002 - bis zum nächsten Jahr auf 8,2 % - so steht es im Entwurf - zurückgeführt haben. Hinter diesen nackten Zahlen stehen ganz erhebliche Anstrengungen, dahinter stehen auch Zumutungen, zu denen wir uns durchgerungen haben, weil sie letztlich alternativlos waren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Allein die Eingriffe beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie im Beihilfebereich bewirken aufsteigend seit 2003 Einsparungen von inzwischen jährlich nahezu 500 Millionen Euro - das ist eine halbe Milliarde Euro; wer es genau wissen will: 494 Millionen Euro. Das ist eine Haushaltskürzung, die bei den betroffenen Beschäftigten keine Begeisterung ausgelöst hat, auf die wir aber nicht verzichten können, weil wir das Geld schlicht nicht haben. Wenn wir es ausgeben würden, müssten wir in die weitere Neuverschuldung gehen, und das ist nicht zu verantworten.

Die Verwaltungsmodernisierung mit der Zielvorgabe, 6 743 Stellen entbehrlich zu machen, führt zu mittelfristig stark aufwachsenden Einsparungen. Per saldo, also nach Abzug der Mehrausgaben durch Zuweisungen an Kommunen und Private, steigern sich diese bis 2009 bereits auf einen Jahresbetrag von rund 190 Millionen Euro.

In den Ressorthaushalten wurden beginnend mit Amtsantritt dieser Regierung zahlreiche Einsparungen realisiert. Durch Veränderung von Leistungsgesetzen, die Reduzierung freiwilliger Leistungen, den Abbau von Subventionen und nicht zuletzt durch die ohne Abstriche erreichte Umsetzung globaler Minderausgaben konnten Ausgabevolumina in einer Größenordnung von 785 Millionen Euro dauerhaft verringert werden.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich wirken diese Beschlüsse der Vergangenheit in die Zukunft fort. Der Verzicht auf neue Wohnungsbauprogramme, das vorübergehende Aussetzen landeseigener Hochbaumaßnahmen noch bis 2007, das alles sind konkrete Einsparverpflichtungen. Deshalb ist es überhaupt nicht nachvollziehbar, wenn der eine oder andere den Vorwurf erhebt,

der vorliegende Haushaltsplanentwurf enthalte lediglich Einsparvorschläge über 15 Millionen Euro. Wer diesen Versuch machen will, kann ja einem Beamten sagen, die Streichung des Weihnachtsgeldes sei 2006 nicht so schlimm, weil er 2005 auch keines erhalten habe. Wenn er dann die passende Antwort kriegt, sieht er, wie falsch die Meinung ist, dass wir nur 15 Millionen Euro gestrichen hätten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Entweder haben Sie sich deshalb vom Begriff des „Konsolidierungspotenzials“ in die Irre leiten lassen, oder Sie haben schlicht in einen veralteten Haushaltsplan Ihrer Regierungszeit geschaut.

Zu den von uns beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen gehört auch, für Polizeivollzugsbeamte mit Wirkung vom 1. Januar 2009 die Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand in zwei Schritten auf das vollendete 62. Lebensjahr anzuheben. Um die Wirkungen einer verlängerten Lebensarbeitszeit auf die Beförderungsmöglichkeiten im gehobenen Polizeivollzugsdienst abzufedern, haben wir gleichzeitig Stellenhebungen vorgeschlagen, sodass nach meiner festen Überzeugung diese Beschlüsse nicht nur zumutbar sind, sondern mit Blick auf das Gesamtpaket auch nicht den Protest verdienen, der vereinzelt angedeutet wurde. Einspareffekte werden schon ab 2006 durch die nicht erforderliche Einstellung von Anwärtinnen und Anwärtern für den Polizeivollzugsdienst erzielt. Im vorliegenden Entwurf bringt uns dies eine Haushaltsentlastung im Jahre 2006 von rund 2,5 Millionen Euro, die aber schon bis zum Jahre 2009 auf 17,3 Millionen Euro pro Jahr aufwächst. Dieser Betrag wird sich ähnlich wie bei der Verwaltungsmodernisierung in den Folgejahren noch erhöhen, sodass allein für den Zeitraum bis 2018 ein Volumen von rund 215 Millionen Euro erwirtschaftet wird - natürlich saldiert.

Meine Damen und Herren, die Verschlinkung von Verwaltung, die Deregulierung und Entbürokratisierung bleiben zentrales Anliegen dieser Landesregierung. Mit den Bezirksregierungen wurde eine ganze Verwaltungsstufe abgeschafft. Aber die Verwaltungsmodernisierung geht natürlich weiter. In einem nächsten Schritt wird die Vielzahl der Laboreinrichtungen des Landes reduziert und eine auch ressortübergreifende Zusammenarbeit angestrebt. Das Landesbergamt fusioniert mit dem Landesamt für Bodenforschung, die Aus- und Fortbildung für Landesbedienstete wird reorgani-

siert. Kurz und gut: Verwaltungsreform bleibt eine Daueraufgabe.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Da auch die Trägerschaft von Krankenhäusern im Grundsatz nicht zu den staatlichen Kernaufgaben gehört, hat das Kabinett beschlossen, die zehn niedersächsischen Landeskrankenhäuser zu veräußern. Es ist völlig selbstverständlich, dass wir hierbei mit größter Sorgfalt vorgehen, gerade was die medizinische Betreuung und vor allem den Maßregelvollzug betrifft. Wir werden bei einem Verkauf strenge Kriterien an den Erhalt der Qualitäts- und Sicherheitsstandards anlegen. Wir trauen aber eben auch privaten Betreibern zu, das, was bisher staatlich war, genauso gut oder besser wahrnehmen zu können. Ich finde es bemerkenswert, dass auch die ehemalige rot-grüne Landesregierung in Schleswig-Holstein diesen Weg bis zum Vertragsabschluss gegangen ist, während die Opposition hier im Landtag so tut, als würde bei einem Wechsel des Trägers die Krankenhauswelt in sich zusammenfallen.

Meine Damen und Herren, natürlich geht gerade beim Verkauf der Landeskrankenhäuser Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Wir wollen und können aber auf die Einnahmen aus solchen Veräußerungen nicht verzichten. Dies gilt auch für den Verkauf der Rückflüsse aus dem Vermögen der Landestreuhandstelle. Allein durch die Ankündigung, dass wir die Landeskrankenhäuser privatisieren wollen, haben wir Nachfragen ohne Ende. Daran sehen Sie, dass das im Moment ein Verkäufermarkt ist, sodass wir die Bedingungen so gestalten können, dass dabei weder Bedienstete noch Patienten irgendeinen Schaden haben. Das ist bei dieser Landesregierung völlig normal. Das haben wir bei allem getan, was wir bisher veräußert haben. Das werden wir auch in Zukunft tun.

(Zuruf von Axel Plaue [SPD])

- Vielen Dank für diesen Hinweis, Herr Plaue.

(Axel Plaue [SPD]: Das ist völliger Quatsch!)

Wie Sie wissen, hat das Land Niedersachsen im Jahre 1991 die drei Förderfonds der LTS als haftendes Eigenkapital auf die NORD/LB übertragen. Die Bank nutzt dieses Vermögen in Höhe eines Barwertes von 767 Millionen Euro als Kernkapital. Aufgrund der vom Wirtschaftsjahr 2007 an geltenden Anforderungen an die Rechnungslegung der

NORD/LB nach internationalen Standards wird dieser Betrag künftig aber nicht mehr als Kernkapital anerkannt werden. Die Träger der Bank haben sich daher im März darauf verständigt, dass die Landesregierung das LTS-Vermögen durch eine geeignete Kapitalmaßnahme ersetzt. Um für diese Kapitalmaßnahme liquide Mittel zu erhalten, ist vorgesehen, die garantierten Mittelrückflüsse aus den von der LTS vergebenen Darlehen zu veräußern. Das Interesse am Finanzmarkt dafür ist riesengroß, sodass wir mit Hilfe eines Bieterverfahrens den für uns vorteilhaftesten Investor ermitteln werden.

Um es deutlich zu sagen: Dieses Geld soll in erster Linie eingesetzt werden, um das LTS-Vermögen als Kernkapital der NORD/LB zu ersetzen und die Bank am Markt gut aufzustellen. Eine entsprechende VE haben wir Ihnen in dem Entwurf vorgeschlagen. Wer immer das von uns praktizierte Verfahren kritisiert, muss deshalb auch sagen, welche Alternativen für die zukünftige Eigenkapitalbildung der Landesbank er bzw. sie vorschlägt. Ich bin sicher, nicht nur die Beschäftigten der NORD/LB wären sehr gespannt zu erfahren, was SPD oder Grüne in Niedersachsen an dieser Stelle anders machen würden. Dass wir bei dieser Transaktion versuchen, auch noch einen gewissen Vorteil für den Landeshaushalt zu erwirtschaften, kann uns doch ernsthaft niemand vorhalten. Wenn uns das gelingt, müssen wir nicht an anderer Stelle zusätzliche Einschnitte vornehmen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, mithilfe der Vermögensaktivierungen schlagen wir eine Brücke zwischen rasch reduzierten Einnahmenniveaus des Landes und weniger flexiblen Ausgabenniveaus. Wir brauchen die Erlöse aus dem Verkauf von Landesbeteiligungen, bis die von uns eingeleiteten Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung, der Privatisierung, der Personalausgabenreduzierung und der Veränderung von Leistungsgesetzen aufwachsen und den Haushalt noch mehr als heute bereits entlasten, und wir brauchen endlich wieder ein spürbares wirtschaftliches Wachstum. Nur das Geld, das wir einnehmen, können wir auch ausgeben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wie Sie wissen, hatten wir in diesem Jahrhundert noch kein bzw. nur ein unmaßgebliches Wirtschaftswachstum. Aber jeder Einzelne kann ja da-

zu beitragen, dass das ab Sonntag besser wird. Sie brauchen nur die entsprechende Wahlentscheidung zu treffen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Einnahmeseite des Staates hängt wesentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Unter der abgängigen Regierung hat Deutschland seine Dynamik auf diesem Feld verloren. Das durchschnittliche Wachstum hat sich gegenüber den Jahren von 1990 bis 1998 fast halbiert. Es ist eine bittere Tatsache, dass sich Deutschland mittlerweile mit Moldawien ein enges Kopf-an-Kopf-Rennen um die rote Laterne beim langfristigen Wirtschaftswachstum in Europa liefert.

(Zuruf von der SPD: Auf welcher Basis?)

- Auf welcher Basis? - Das kann ich Ihnen sagen. Bei dem von der Bertelsmann-Stiftung vorgelegten Standort-Ranking der Industrienationen belegte Deutschland im vergangenen Jahr den letzten Platz, und in der internationalen Rangliste der Weltbank zu den Standortfaktoren in 155 Ländern landete die Bundesrepublik im letzten Jahr hinter Botswana.

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Ich habe gar nichts gegen Botswana. Daran, ob das der geeignete Sparringspartner für Deutschland ist, habe ich trotzdem Zweifel.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nun möchte ich aber zugeben, dass es Deutschland in der aktuellen Studie der Weltbank für das Jahr 2006 immerhin geschafft hat, Botswana zu überholen. Aber bei allem Respekt vor Botswana: Soll das Schröders Aufschwung sein? - Nach Einschätzung von Michael Klein, Vizepräsident der Weltbank, sollte sich damit - ich zitiere - „die größte Volkswirtschaft Europas nicht zufrieden geben. Der Abstand zur Spitzengruppe ist trotz der Fortschritte nach wie vor gewaltig.“

Selbst 2004, dem Jahr des größten weltwirtschaftlichen Booms seit einem Vierteljahrhundert, wurden in Deutschland per Saldo keine neuen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze geschaffen. Stattdessen wurden die Staatsschulden ausgeweitet und die Reserven der Sozialversicherungen weiter aufgezehrt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten -
Monika Wörmer-Zimmermann [SPD]:
Sagen Sie mal etwas zu Ihrem Haushalt!)

- Ich habe Sie leider nicht verstehen können, Frau Kollegin. Ich rede zu unserem Haushalt - das ist auch Ihr Haushalt; das ist der Haushalt dieses Landes Niedersachsen -, der sehr davon abhängig ist, ob wir in der Bundesrepublik Wirtschaftswachstum haben oder nicht. In den letzten Jahren hatten wir leider kein Wirtschaftswachstum.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wirtschaftspolitik ist nun mal Bundespolitik. Ich darf Ihnen eines sagen: 1 % Wirtschaftswachstum in Deutschland bringt für Niedersachsen 200 bis 250 Millionen Euro Mehreinnahmen. Daran sehen Sie, wie sehr wir vom Wirtschaftswachstum abhängen. In der Mipla Ihrer letzten Regierungszeit haben Sie für dieses Jahr 7 % Wirtschaftswachstum vorhergesagt.

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

- 7 %! -, damit die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt wurden. Deshalb rede ich hier genau dazu, wozu Sie etwas hören wollen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zuruf)

- Ja, nachdem vorher ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 3,5 % prognostiziert worden war. Die 21 mussten schon mal herunter. Insgesamt hätte in den letzten vier Jahren das Wirtschaftswachstum 28 % betragen müssen. In diesem Jahr wird das Wachstum aller Voraussicht nach erneut unter 1 % bleiben. Die Folgen der aktuellen Ölpreisentwicklung sind bei dieser Prognose noch nicht berücksichtigt.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns darüber klar sein, dass auch in Zukunft das Wirtschaftswachstum für die Haushaltsplanung eine nur schwer bestimmbare Größe sein wird. Umso wichtiger ist es, dass wir wenigstens im nationalen Rahmen alles dafür tun, einer Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung endlich Vorrang einzuräumen. Zu diesem Zweck brauchen wir eine Reform der umlagefinanzierten Sozialsysteme, eine radikale Vereinfachung unseres Steuerrechts

(Zustimmung von Dr. Harald Noack
[CDU])

und einen weitgehend deregulierten Arbeitsmarkt. Das sind die drei zentralen Themen der nächsten Monate und Jahre und auch der nächsten drei Tage.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das deutsche Steuerrecht steht wie nirgends sonst auf der Welt für Komplexität und Unübersichtlichkeit, für überhöhte Sätze und verfestigte Besitzstände. Man muss nicht in allen Punkten mit Paul Kirchhof einer Meinung sein, aber man kann doch feststellen: So, wie es bisher ist, kann es nicht bleiben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir brauchen deshalb eine grundlegende Reform, die in allererster Linie ein bisher viel zu kompliziertes Steuerrecht verständlich macht. Als Landesfinanzminister bin ich an einer solchen Reform gleich doppelt interessiert. Zum einen wird die Vereinfachung als Investitionsanreiz dienen und damit mehr Geld in die Kassen spülen. Zum anderen wünsche ich mir als verantwortlicher Dienstherr für mehr als 12 000 Beschäftigte in der Steuerverwaltung natürlich, dass die Fallbearbeitung künftig sehr viel leichter von der Hand geht und vielleicht auch von weniger Händen erledigt werden kann.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, um Wirtschaftswachstum zu stimulieren, ist es nicht nur erforderlich, die inländische Investitionsnachfrage anzuregen. Mindestens ebenso wichtig ist es, dass die hierzulande vorherrschende Konsumzurückhaltung aufgegeben wird. Ich bin davon überzeugt, dass die Kaufentscheidung der Bundesbürger nicht von ein oder zwei Punkten Mehrwertsteuer abhängt, sondern davon, ob es in unserem Land nach Jahren der Stagnation gesamtwirtschaftlich endlich wieder aufwärts geht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Was die Menschen dafür brauchen, sind Verlässlichkeit und Seriosität ihrer Regierung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zuruf von Stefan Wenzel [GRÜNE])

- Ach wissen Sie, Herr Wenzel, wenn jemand in einer Podiumsdiskussion auf Steuerfragen antwortet „wir waren wenigstens gegen den Irak-Krieg“, dann ist das auch nicht besonders intelligent.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das zeigt doch schon, dass Sie am Ende sind und selbst Ihr Spitzenkandidat sich nicht mehr dafür interessiert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Heidrun Merk [SPD]: Jetzt hören Sie doch endlich auf! - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN -
Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Minister, Sie haben das Wort. Fahren Sie fort!

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Frau Kollegin Merk, Parlamentsdebatten verlaufen eben so, dass es hin und wieder einen Zwischenruf gibt. Dem Redner ist es dann auch erlaubt, auf diesen Zwischenruf einzugehen, auch wenn Sie mir das gerade verbieten wollen. Herr Kollege Wenzel hat es akzeptiert. Ich kann ja nichts dafür, dass Sie als Ministerin in freier Rede nicht so fit waren.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU
und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, so wie es uns gelungen ist, dass uns als Landesregierung diese Qualitäten mittlerweile von Außenstehenden zugeschrieben werden, so sicher bin ich auch, dass die neue Bundeskanzlerin mit ihrer Regierungsmannschaft ebenfalls hierfür stehen wird, genauso wie für solide Staatsfinanzen, welche vor allem ausländische Investoren zu schätzen wissen.

(Zurufe von der SPD und von den
GRÜNEN)

- Entschuldigen Sie, Frau Kollegin, ich darf jetzt keine Zwischenrufe mehr aufnehmen; sonst wäre ich gern auf Sie eingegangen. Dann hätte ich aber wieder Frau Merk am Hals.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU
und bei der FDP)

Sie müssen sich schon einmal mit Ihrer Sitznachbarin einigen.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Minister Möllring, fahren Sie bitte fort!

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Ich muss jetzt schon wissen, ob die eine Kollegin eine Antwort von mir haben will und die andere Kollegin das vielleicht nicht gestattet.

(Karin Stief-Kreihe [SPD]: Das ist eines Ministers nicht würdig!)

Meine Damen und Herren, Seriosität bedeutet in diesem Zusammenhang, den Menschen vor der Wahl zu sagen, dass man eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte für erforderlich hält, auch wenn es unpopulär erscheint und der Opposition, gnädige Frau, hier Gelegenheit zu Zwischenrufen gibt. Verlässlichkeit bedeutet, im Gegenzug die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte zu senken, um im Zusammenspiel mit einem deregulierten Arbeitsmarkt Anreize für Einstellungen und damit für mehr Beschäftigung zu geben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Insbesondere die hohen Lohnnebenkosten erschweren es den Firmen, Mitarbeiter einzustellen. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Auch die rot-grüne Bundesregierung hatte es zu Beginn ihrer Amtszeit als zentrales Ziel bezeichnet, die Beitragslast zu senken. Damals lag die Summe der Beitragssätze bei 42,1 %, heute liegt sie bei 41,9 %, also gerade einmal 0,2 % darunter. Daraus geht natürlich kein Wachstum hervor. Mit anderen Worten: Nicht nur bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, sondern auch bei der Absenkung der Lohnnebenkosten hat das Kabinett Schröder sein erklärtes Ziel verfehlt. Mich beschleicht hier der Eindruck, dass dies den Wählern letztlich wichtiger ist als öffentliche Liebeserklärungen unser aller Kanzler an seine Frau oder deren illustrierte Hundeadventskalender.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Er kann aber auch nicht freireden!)

Meine Damen und Herren, trotz fehlender Einnahmen und notwendiger Sparanstrengungen setzt die Landesregierung auch mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf Akzente. Seit Amtsantritt haben wir alle frei gewordenen Lehrerstellen wieder besetzt und zusätzlich 2 500 neue Stellen geschaffen.

(Zuruf von der SPD)

- Ich gebe zu, dass Sie diese 2 500 Stellen in Ihren Haushaltsanträgen schon zweimal zur Streichung vorgeschlagen haben, beim nächsten Tagesordnungspunkt haben Sie dann aber jeweils gesagt, wir hätten zu wenig Lehrer. Sie müssen schon eine gewisse Stringenz in Ihre Oppositionspolitik hineinbringen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das Schlimme ist nämlich, dass Anträge schriftlich gestellt werden müssen. Man kann sie ein oder zwei Jahre später also auch noch nachlesen. Man kann auf diese Weise die Widersprüche aufdecken.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Meine Reden können Sie auch nachlesen!)

- Meine Reden können Sie ebenfalls nachlesen, und Sie können etwas daraus lernen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich will auch gar nicht bestreiten, dass aus der Sicht des einen oder anderen Schulpolitikers noch mehr wünschenswert sein könnte. Angesichts der Haushaltslage des Landes ist das, was wir uns geleistet haben, aber das Maximum dessen, was auch verantwortbar ist.

Die Neuverschuldung wurde, wie eingangs erwähnt, seit 2003 um insgesamt über 1,1 Milliarden Euro zurückgeführt. Wir haben mit diesem konstanten Vorgehen Zinsausgaben gespart und damit überhaupt erst die Voraussetzungen dafür geschaffen, neue Lehrer nicht nur einstellen, sondern auch bezahlen zu können. Ich sage das hier deshalb, weil ich als damals frisch gekürter Minister mit der Situation konfrontiert war, Stellen für Lehrer im Haushalt vorzufinden, die nur für ein halbes Jahr finanziert waren.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Karl-Heinz Klare [CDU]: Für zwei Monate!)

Würde die CDU/FDP-Regierung so agieren, hätte ich jetzt mindestens 8 500 neue Lehrer vorweisen können, aber ich vermute, Ihr atonaler Protestgesang wäre dadurch nicht harmonischer geworden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Investitionsquote des vorliegenden Haushaltsplanentwurfes liegt bei 7,1 %. Das ist einerseits Ausdruck der Einsparbedürfnisse: Geld, das wir nicht haben, können wir schlicht nicht ausgeben. Andererseits handelt es sich hierbei um eine Momentaufnahme, weil große Investitionsvorhaben erst ab 2007 in vollem Umfang haushaltswirksam werden. Ich nenne hier z. B. die Großinvestitionen für den Digitalfunk bei der Polizei, die jetzt auf den Weg gebracht worden sind.

(Werner Buß [SPD]: Das bezahlen die Polizisten mit Kürzungen!)

- Das müssen nicht die Polizisten bezahlen. Vielmehr müssen alle acht Millionen Niedersachsen dies bezahlen. Was haben Sie denn für ein Haushaltsverständnis?

(Bernd Althusmann [CDU]: Er hat gar keins!)

Das Land Niedersachsen hat acht Millionen Einwohner. Es ist nicht so, dass eine Regierung Geld hat oder ein Parlament Geld hat. Das Geld muss erst einmal von allen gemeinsam erwirtschaftet werden. Wenn es nicht da ist, kann es entweder nicht ausgegeben werden, oder man macht es so wie Sie, nämlich dass man verantwortungslos Schulden macht. Dann haben wir die Misere, die Sie herbeigeführt haben. Diese wollen wir zukünftig aber vermeiden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Bernd Althusmann [CDU]: Sozialdemokraten wissen das nicht!)

Darüber hinaus hat diese Landesregierung gemeinsam mit Bremen die Planungen für den JadeWeserPort so weit vorangebracht, dass ab dem nächsten Jahr gebaut werden kann. Mit den notwendigen Planfeststellungsbeschlüssen einschließlich sofortiger Vollziehbarkeit rechnen wir noch während der Haushaltsberatungen. Der Tiefwasserhafen Wilhelmshaven ist das zentrale Projekt niedersächsischer Wirtschafts- und Verkehrspolitik der nächsten Jahre. Wir erwarten uns hier von Beschäftigungseffekte in erheblichem Umfang. Dieses Projekt ist ein Projekt, wie es vor mehr als 100 Jahren der Mittellandkanal war - damit Sie einmal sehen, welche Beschäftigungseffekte das haben kann. Diese Investitionsmaßnahme ist ein Beispiel dafür, dass wir trotz aller Konsolidierungsanstrengungen die wirklich wichtigen Vorhaben im Land verlässlich umsetzen. Auch dank dieser Poli-

tik ist das Land in der Arbeitsmarktstatistik von Rang neun noch im Jahr 2003 auf Rang sechs nach vorne gerückt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, der Ihnen seit einigen Tagen vorliegende Haushaltsplanentwurf dokumentiert die nach wie vor dramatische Finanzlage des Landes Niedersachsen. Er zeigt aber auch auf, dass diese Landesregierung den Ernst der Lage erkannt hat und entschlossen gegensteuert. Wir werden dabei unterstützt von den Regierungsfractionen der CDU und der FDP, die es zum wiederholten Male übernommen haben, das Haushaltsbegleitgesetz auf den Weg zu bringen, wofür ich dankbar bin.

Unterstützung erwarte ich nicht unbedingt von den Oppositionsfractionen, ich bin aber gespannt auf die Alternativen, die uns dann präsentiert werden. Dies umso mehr, als ich der Auffassung bin: Dieses ist vielleicht nicht der beste Haushalt, aber es ist der bestmögliche. Deshalb wäre ich dankbar, wenn er so auch durchs Parlament ginge. - Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP - Hans-Dieter Haase [SPD]: Wie kann man für so wenig nur so lange klatschen?)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, nun hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Wolfgang Jüttner, das Wort. Ich erteile es ihm.

(Werner Buß [SPD]: Jetzt sag denen mal die Wahrheit!)

Wolfgang Jüttner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen. Die SPD-Fraktion ist nicht überrascht von der Diktion des Niedersächsischen Finanzministers. Er bewegt sich auch heute auf dem üblichen Niveau. Wir nehmen das zur Kenntnis. Da ich heute schon einen Ordnungsruf bekommen habe, habe ich mich von der Landtagsverwaltung dahin gehend belehren lassen, dass ich das Wort „Schnösel“ hier nicht sagen darf. Das tut mir Leid. Es wäre aber angemessen gewesen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Unverschämtheit - Karl-Heinz Klare [CDU]: Der muss raus! - Weitere Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, der Präsident hat das Wort! Ich möchte Folgendes anmerken:

Erstens steht es dem Präsidenten nicht zu, Mitgliedern der Landesregierung eine Rüge zu erteilen.

Zweitens würde ich Herrn Minister Möllring empfehlen, das Protokoll zu lesen. Vielleicht kommt er dann zu dem Schluss, dass er mit Frau Merk einmal ein Gespräch führen sollte.

Drittens, Herr Jüttner, erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - David McAllister [CDU]: Gleich ist er raus! Einen noch! - Bernd Althusmann [CDU]: Herr Präsident, Sie sollten Herrn Jüttner darauf hinweisen, dass er beim dritten Ordnungsruf den Plenarsaal verlassen muss!)

Wolfgang Jüttner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Zurufe von der CDU: Weiter so!)

- Keine Sorge, keine Sorge.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, alle, die hier im Plenarsaal sitzen, sind der Geschäftsordnung mächtig. Sie wissen, dass der Plenarsaal nach dem dritten Ordnungsruf für den jeweiligen Tag verlassen werden muss.

Ich möchte Sie jetzt alle bitten, etwas ruhiger zu sein, etwas unaufgeregter zu sein und dem Redner zuzuhören. Dann werden wir die Plenarsitzung auch gut über die Bühne kriegen. - Herr Jüttner, Sie haben das Wort.

Wolfgang Jüttner (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich bemühe mich um Unaufgeregtheit. Ich habe auch keinen An-

schlusstermin. Deshalb gebe ich mir Mühe, hier bleiben zu dürfen.

Ich will aber noch eine Bemerkung machen zu dem Jargon von Herrn Möllring und zu der Art und Weise, wie er hier mit voller Inbrunst vorträgt.

(Zuruf von der SPD: Abliest!)

- Das mit dem Ablesen ist bei Haushaltsplanberatungen üblich, das ist gar nicht mein Problem. Er hat gesagt, wir hätten in einer früheren Mipla ein Wirtschaftswachstum von 7 % zugrunde gelegt. Wir haben auf die Schnelle sämtliche Miplas geprüft. Ausweislich der offiziellen Unterlage des Niedersächsischen Finanzministeriums war dieser Wert in den letzten Jahren nie höher als 4 %. Herr Möllring, ich hoffe, dass der Rest Ihrer Argumentation auf einem anderen Niveau war als die Aussage mit den 7 %.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Haushalt ist in Zahlen geronnene Gesellschaftspolitik. Deshalb sollten wir uns hier zu Recht die Zeit für eine Grundsatzdebatte nehmen und dabei auch über den Tellerrand Niedersachsens hinaus blicken. Wir als Landesparlament sollten mit den anderen 15 Landesparlamenten und dem Bundestag gemeinsam dafür streiten, dass die Zukunftsdebatten in den Parlamenten und nicht in den Talkshows ausgetragen werden.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU und bei der FDP - Glocke des Präsidenten)

- Ich verstehe Ihre Aufregung überhaupt nicht.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Jüttner, Augenblick mal! - Meine Damen und Herren, vor ca. zwei Minuten habe ich einen Appell an Sie gerichtet. Nun benehmen Sie sich! Wir haben auch die Öffentlichkeit hier.

(Zuruf von Heinz Rolfes [CDU])

- Herr Rolfes, das ist richtig. - Herr Jüttner, fahren Sie fort!

Wolfgang Jüttner (SPD):

Ich hätte erwartet, dass das gesamte Parlament dem zustimmt, weil es ein Appell an die Selbstver-

pflichtung und Selbstverantwortung von uns allen war. Das trifft uns gleichermaßen, das trifft uns, das trifft aber auch Sie. Von daher sollten wir die Auseinandersetzung *hier* führen. Natürlich habe ich die Auseinandersetzung aber auch mit Herrn Möllring zu führen, mit seinen Ansprüchen, mit seinen Widersprüchen, mit seinen Einlassungen und mit seinen Auslassungen.

Herr Möllring, der Haushalt ist nicht gut, haben Sie gesagt. Da haben Sie Recht. Dann haben Sie gesagt, der Haushalt sei der bestmögliche. Das aber stimmt weiß Gott nicht. Wissen Sie, was unsere Einschätzung ist? - Ihr Haushalt ist zutiefst unehrlich. Er ist unsozial, er ist verfassungswidrig, und er ist letztendlich auch perspektivlos.

(Beifall bei der SPD)

Beginnen wir mit dem Thema Unehrllichkeit. In Ihrem Text steht wieder, Sie hätten die Altlast abtragen müssen. Welche Altlast meinen Sie? Meinen Sie das DIW-Gutachten aus der Regierungszeit von Finanzminister Aller, in dem deutlich festgeschrieben worden ist, dass Niedersachsen nach Baden-Württemberg die zweitbeste Finanzpolitik unter den Ländern betreibt? Meinen Sie dieses Gutachten? Oder meinen Sie mit „Altlast“ die Zielvereinbarung 1, die wir Ihnen hinterlassen haben und mit der eine SPD-geführte Landesregierung mehr als 11 000 Stellen in Abgang gestellt hat, wovon Sie heute finanzpolitisch noch hochgradig profitieren? Meinen Sie das mit „Altlast“?

Sie meinen wahrscheinlich die knapp 10 Milliarden Nettoneuverschuldung aus der Wahlperiode 1998 bis 2003. Da haben Sie Recht, das haben wir uns und dem Land aufgebürdet. Ich stimme meinem Kollegen Gabriel auch ausdrücklich zu, das wir alle miteinander darüber reden sollten, wie lange so etwas gut gehen kann; das ist überhaupt keine Frage.

Sie, Herr Möllring, wollen diese Altlast, diesen Berg von knapp 10 Milliarden Nettoneuverschuldung, aber dadurch abräumen, dass Sie weitere 10 Milliarden Nettoneuverschuldung draufschippen. Ich stelle mir das gerade bildlich vor. Vielleicht meinen Sie, dann sieht man die alte Neuverschuldung nicht mehr. - Also, wenn das die Art von Beseitigung ist, an die Sie gedacht haben, dann muss ich einmal über die Art und Weise nachdenken, wie ich bisher mit Begriffen umgegangen bin.

Ich sage Ihnen: Mit Beseitigung von Altlasten hat das, was Sie machen, überhaupt nichts zu tun,

meine Damen und Herren. Sie haben auf die gesellschaftliche Belastung des Landes, die in den letzten Jahrzehnten auch von uns produziert worden ist, zusätzlich etwas draufgepackt. Es gibt aber einen kleinen Unterschied, Herr Möllring. Sie sind zusammen mit Herrn Wulff der größte Schuldenmacher, den Niedersachsen je erlebt hat.

(Bernd Althusmann [CDU]: Das ist doch Quatsch!)

Nie zuvor wurde in einer Wahlperiode so viel Geld neu aufgenommen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mit Konsolidierung hat das nichts zu tun, und von Schuttabräumen kann auch nicht die Rede sein. Nein, Draufpacken ist Ihr Motto, und Sie versuchen, das als Konsolidierung zu verkaufen.

Aber es kommt noch toller. Sie haben hier ausgeführt, Sie hätten die Nettokreditaufnahme in den letzten drei Haushaltsjahren um 1,1 Milliarden Euro gesenkt. Das ist korrekt. Aber erläutern Sie der geneigten Öffentlichkeit doch einmal, weshalb im gleichen Zeitraum der Schattenhaushalt bei der NBG stärker gestiegen ist, als die Neuverschuldung gesenkt wurde, meine Damen und Herren. Zusätzlich zur Neuverschuldung haben Sie Schattenhaushalte in einem größerem Maße aufgebaut, als Sie die Neuverschuldung gesenkt haben.

Das ist nicht nur meine Sicht der Dinge, sondern die Zeitung, hinter der immer ein kluger Kopf steckt, sieht das ähnlich. „Die Entzauberung von Christian Wulff hat begonnen. Wie macht das bloß der Wulff?“ fragte die *FAZ* am 22. Oktober 2004. Ich zitiere:

„In Wirklichkeit ist es mit dem Abbau der wuchernden Neuverschuldung nicht weit her. Und auch dieser scheinbare Abbau war nur möglich durch Ausgabeverschiebungen in Schattenhaushalte.“

Wenige Monate später schrieb die *FAZ*:

„Wulff ist in Wirklichkeit der größte Schuldenmacher der Geschichte Niedersachsens.“

Diese Zeitung weiß Bescheid, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber natürlich haben Sie Ihr haushaltstechnisches Repertoire damit noch nicht vollständig ausgekostet, das ist doch völlig klar. Ohne Beteiligung des Parlaments, Herr Möllring, organisieren Sie sich Liquidität im Zusammenspiel von NORD/LB und HanBG. Durch Verfügung des MF schließt das Jahr 2004 dort nicht, wie es aufgrund der verpatzten Domänenverkäufe und der Entwicklung der Steuereinnahmen korrekt gewesen wäre, mit einem Minus, sondern mit einem Überschuss von 84 Millionen Euro ab. Das Tafelsilber des Landes wird in Windeseile verscherbelt, um finanzpolitisch gut dazustehen, und zur Aktivierung von frischem Geld gehen Sie Verträge zu Lasten der Kinder- und Enkelgeneration ein. Sie haben gerade anhand eines Beispiels deutlich gemacht, wie es sein sollte, aber Sie arbeiten daran, dass es dazu nie kommen wird, Herr Möllring; das ist das Problem. Die Art und Weise der Veräußerung von Rückflüssen aus dem Wohnungsbau war kein Glanzstück.

(Beifall bei der SPD)

Das Fazit daraus: Die Finanzen des Landes Niedersachsen sind bei Herrn Möllring nicht in guten Händen,

(Zuruf von der CDU: In den besten Händen!)

weil er unsolid und unehrlich ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Sicht der SPD-Fraktion. Diese Sicht wird geteilt vom Bund der Steuerzahler, der Ihnen das ebenfalls nachgewiesen hat. Auf die *FAZ* habe ich schon hingewiesen. Der harte Sanierer entpuppt sich im Angesicht des bevorstehenden Wahltermins als weicher Taktierer. Dieser Zusammenhang drängte sich in diesem Frühsommer geradezu auf.

Gleichwohl: Trotz der Zurückhaltung bei der Konsolidierung sagen wir, Ihr Haushaltsentwurf ist unsozial. Natürlich gilt auch hier der Spruch aus dem Volksmund „vom Rind kann man kein Schweinefleisch verlangen“. Bezogen auf Sie bedeutet das: Eine Partei, die im Kern unsoziale Politik macht, ist natürlich außerstande, im Haushalt eine soziale Profilierung zu entwickeln; das ist überhaupt keine Frage.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Deshalb ist es auch kein Wunder, dass Sie sich treu bleiben, nachdem Sie in den letzten Jahren bereits das Konzept „soziale Stadt“ ausgesetzt, das Blindengeld und die Zuschüsse für die freie Wohlfahrtspflege gekürzt und auf die soziale Infrastruktur durchgegriffen haben.

(Bernd Althusmann [CDU]: Die Rede ist ja jetzt schon langweilig!)

Uns liegt die Liste aus dem Haushaltsausschuss vor, aus der ersichtlich wird, wie Sie die globale Minderausgabe 2004 erwirtschaftet haben.

(Bernd Althusmann [CDU]: Die liegt Ihnen vor? Das ist ja ganz schlimm!)

- Wir werten sie auch aus, Herr Kollege. Und was stellen wir fest? Hier werden keine Haushaltsreste eingesammelt, sondern hier werden einfach vom Parlament beschlossene Haushaltsansätze nicht genutzt, beispielsweise 29 Millionen Euro für Wohnungsbauprogramme, 1,3 Millionen Euro für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und 3 Millionen Euro für Finanzhilfen für Tageseinrichtungen für Kinder. Diese Liste ließe sich verlängern. Das zeigt: Sie kürzen bei den Gruppen, die sich aufgrund ihrer sozialen Schwäche nicht wehren können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Bernd Althusmann [CDU]: Sie haben es nicht verstanden!)

Aber natürlich haben die Kürzungen System, denn für 2006 ist Gleiches angelegt. Für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit werden 500 000 Euro weniger bereitgestellt, und der Haushaltsansatz für die Förderung von Beschäftigung für Arbeitslose bei Existenzgründung wird im Haushaltsentwurf um 2,3 Millionen Euro reduziert. Das ist Ihr sozialpolitisches Profil.

Nun können Sie sagen, es ist so eng mit dem Geld, wir haben nichts. Das ist ja auch nicht so ganz falsch.

(David McAllister [CDU]: Immerhin!)

Aber dann erklären Sie uns doch, weshalb diese Landesregierung im Vermittlungsverfahren in Berlin mit dem Prinzip in die Debatte geht, bei Agrarsubventionen dürfe auf keinen Fall gekürzt werden. Erklären Sie uns doch bitte einmal, wie der

Ministerpräsident auf den Gedanken kommt - vor wenigen Tagen in einer Fachzeitschrift mitgeteilt -, nach der gewonnenen Wahl - Deutschland bewahren uns davor! - den Steuersatz für Diesel wieder abzusenken.

Meine Damen und Herren, Ihnen geht es nicht um generelle Kürzungen, sondern Ihnen geht es um Kürzungen an ganz bestimmten Stellen. Ihre eigene Klientel wird sehr wohl geschützt; dafür reicht das Geld, und dafür reicht auch Ihre politische Kraft. Unsere Aufgabe ist es, genau dieses aufzudecken, und das tun wir in aller Härte.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu meinem dritten Vorwurf, dem Vorwurf der Verfassungswidrigkeit.

(Bernd Althusmann [CDU]: Da sind wir aber gespannt!)

Das ist einer der wenigen Punkte, in denen ich mit Herrn Möllring einig bin; er behauptet es ebenfalls und kann es auch leicht nachweisen. Aber die Frage ist doch, Herr Möllring: Wie gehen wir damit um? Sie sagen: Wir können nicht anders, bis 2008 werden wir verfassungswidrige Haushalte auf den Tisch legen. Sie verweisen auf vielfältige bestehende Rechtsverpflichtungen und im Zweifel auch auf die Rechtsprechung.

(Hermann Eppers [CDU]: Und auf Ihre Vorarbeit!)

- Zur Vorarbeit habe ich schon etwas gesagt. Das Gerede von den Altlasten müsste Ihnen doch langsam zum Halse heraus hängen.

(Zurufe von der CDU: Aber wenn es doch wahr ist!)

Sie könnten anders, meine Damen und Herren, denn Sie haben Ihre bundespolitischen Spielräume im Bundesrat noch nicht ausgeschöpft.

(David McAllister [CDU]: Das ist doch kalter Kaffee!)

Sie unternehmen keinerlei Initiativen, um die Einnahmesituation des Landes zu verbessern. Wo sind denn Bundesratsinitiativen, mit denen Sie der Verantwortung gerecht werden, einen ausgeglichenen Haushalt für Niedersachsen zu entwickeln? Da gibt es null Vorstöße! Und es geht noch weiter. Sie haben Beschlüsse des Bundestages im Bundesrat zu Fall gebracht, was zur Folge hat,

dass dem Land Niedersachsen knapp 800 Millionen Euro nicht zur Verfügung stehen. Das ist CDU/FDP-Politik, und das nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Nennen Sie mal ein Beispiel!)

Wir haben den Gesetzgebungs- und Beratungsdienst gefragt, wie er die Haushaltspolitik der Landesregierung aus verfassungsrechtlicher Sicht beurteilt. Das Ergebnis ist eindeutig. Den Zielkonflikt, auf den die Landesregierung sich beruft und mit dem sie die ausufernde Verschuldung legitimieren will, gibt es verfassungsrechtlich nicht. Ich zitiere den GBD:

„Anhaltspunkte für einen solchen Tatbestand ergeben sich weder aus dem Wortlaut noch aus der Entstehungsgeschichte der niedersächsischen Verfassungsvorschrift. So ist der GBD bisher davon ausgegangen, dass das geltende Verfassungsrecht in Niedersachsen eine Kreditaufnahme unter dem Aspekt eines außergewöhnlichen Bedarfs nicht zulässt.“

Das heißt im Klartext, meine Damen und Herren: Nach der Rechtsauffassung unseres GBD ist der Haushaltsplanentwurf 2006, so er denn vom Landtag in dieser Form beschlossen würde, schlicht verfassungswidrig. Das ist die Situation.

(David McAllister [CDU]: Das ist doch unbestritten! - Bernd Althusmann [CDU]: Das ist keine ganz neue Erkenntnis!)

Herr McAllister, wir werden daher vor dem Staatsgerichtshof Klage einreichen.

(Lachen bei der CDU)

- Ich wäre mit dem Lachen vorsichtig. Ich erinnere an das Zitat bei McAllister beim Mediengesetz. Seien Sie vorsichtig!

Wir wollen durch das höchste niedersächsische Gericht klären lassen, ob es verfassungsgemäß ist, dass Sie im Bundesrat zusätzliche Einnahmen blockieren, aber gleichzeitig 1,132 Milliarden Euro neue Schulden bei der HanBG aufnehmen lassen, ob es verfassungsgemäß ist, dass Sie trotz steigender Steuereinnahmen Jahr für Jahr einen Haushalt vorlegen, der mehr Schulden als Investitionen enthält.

(Zuruf von der CDU: Das darf ja nicht wahr sein!)

Das ist das Motto: unehrlich, unsozial und auch noch verfassungswidrig. Herr Wulff, Ihre Entzauberung wird munter voranschreiten.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ehe ich ein paar Bemerkungen zur Perspektivlosigkeit mache, möchte ich etwas zu den Rahmenbedingungen von Politik sagen. Herr Möllring, ich fand es in Ordnung, dass Sie auf die bundespolitische und wirtschaftspolitische Entwicklung abgehoben haben. Keine Frage, das ist maßgeblich für das, was auf Landesebene geschieht. Interessant ist nur, welche Daten Sie greifen und in welchen Zusammenhang Sie diese Daten stellen.

Ihre Bemerkung zu Botswana fand ich allerdings schon zynisch. Es ist aber auch völlig klar, was Sie unterschwellig damit andeuten: Wir, das starke Industrieland, dort ein Entwicklungsland, und wir sind nicht in der Lage, dem, wenn man so will, davonzulaufen. Meine Damen und Herren, wir sollten uns diese Diffamierung sparen, vor allem deshalb, weil erkennbar ist, in welcher Verfassung sich Deutschland befindet.

(Bernd Althusmann [CDU]: Seit Rot-Grün! - Weitere Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

- Ich verstehe Ihre Aufregung an dieser Stelle überhaupt nicht. Ich verstehe auch nicht, warum Frau Merkel Deutschland immer in den Status von 1945 bis 1948 redet.

Natürlich haben wir in diesem Land Probleme.

(Oh! bei der CDU)

Aber ich schätze, 5,8 Milliarden Menschen dieser Welt würden gerne unsere Probleme haben. Die haben nämlich ganz andere Probleme haben, verdammt noch mal!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU und von der FDP)

Deshalb sollten wir einmal über Stärken reden.

(Bernd Althusmann [CDU]: Ich glaube nicht, dass die Gerhard Schröder haben wollen! - Weitere Zurufe von der

CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, das ist jetzt die dritte Ermahnung an das Parlament. Ab sofort erteile ich Ordnungsrufe. - Herr Althusmann, ich meine in diesem Falle nicht Sie. Aber in der hinteren Reihe ist es sehr unruhig, und derjenige, den ich meine, weiß das auch ganz genau.

Wolfgang Jüttner (SPD):

Es tut mir Leid, meine Damen und Herren, wenn Ihnen das weh tut. Aber die Realität ist anders, als Sie sie darstellen. Deutschland ist seit Jahren Exportweltmeister und dokumentiert damit seine internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die ausländischen Investoren sind im letzten Quartal in höherem Maße nach Deutschland gekommen als in einer Reihe von Jahren zuvor. Der Artikel aus dem *Handelsblatt* mit dem Zeugnis, das die Weltbank diesem Land ausgestellt hat, ist hier schon zitiert worden.

Ebenfalls hingewiesen worden ist auf die Attraktivität des Standortes Deutschland und interessanterweise auch auf die Wirtschaftsfreundlichkeit der Bürokratie in Deutschland. Das hätten Sie ja nicht für möglich gehalten. Aber selbst das ist in dieser Untersuchung festgehalten worden. Das ist eine ganz spannende Geschichte.

Natürlich haben Sie Recht, dass wir uns um wirtschaftliche Dynamik bemühen müssen. Aber, meine Damen und Herren, es ist schon entscheidend, welche Bereiche wachsen, worum man sich kümmert und was man selber für zukunftsfähig hält. Unser gemeinsames Ziel muss die Vollbeschäftigung sein. Wir wissen, wie schwer das zu realisieren ist. Aber Ihren Satz „Sozial ist, was Arbeit schafft“ halte ich für sehr gefährlich, weil Sie damit all das zur Disposition stellen, was die soziale Qualität des Standortes Deutschland ausmacht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU und der FDP)

Geht es um Manchester-Kapitalismus, um Raubtierkapitalismus, oder geht es um die Fortsetzung der sozialen Marktwirtschaft? - Das ist die Alternative, über die wir zurzeit streiten.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU und von der FDP)

Dass wir Reformbedarf haben und dass wir an einer Reihe von Stellen Anpassungen vornehmen müssen, ist doch überhaupt nicht zu bestreiten. Das hat übrigens auch etwas mit Helmut Kohl und dem Reformstau - das Wort des Jahres 1998 - zu tun.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Althusmann, ich weiß, das tut weh. Wir haben weiterhin Anpassungsbedarf beim Arbeitsmarkt, bei den sozialen Sicherungssystemen, bei der Effizienz der staatlichen Verwaltung. Wir müssen auch in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung neue Schwerpunkte setzen. Wir müssen Nachhaltigkeitsstrategien entwickeln, die tragen. Das muss die Antwort sein - gerade in einer Phase einer sich globalisierenden Welt. Wir sagen auch denen links außen, die andere Antworten haben: Eine Isolation Deutschlands ist falsch. Wir profitieren vom Weltmarkt. Wir geben uns weiterhin tolerant und offen, halten unsere Grenzen offen und bedienen den Weltmarkt.

Gleichwohl müssen wir einen Weg finden, wie wir bei uns den Sozialstaat aufrecht erhalten, damit Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland keine Fremdwörter werden. Wir müssen also austesten, welche nationalen Gestaltungsspielräume es für Politik gibt. Der Streit dieser Wochen bezieht sich doch genau auf diese Frage: Was soll der Staat bei uns machen? Soll er geschwächt werden, oder soll er in der Lage sein, weiter seinen Aufgaben nachzugehen?

Insbesondere die FDP - man muss nur einmal lesen, was die alles in ihr Wahlprogramm geschrieben hat - unternimmt ja alles, was möglich ist, um einer Dämonisierung der staatlichen Politik Vorschub zu leisten - der Staat als Feind, der Staat als Krake, meine Damen und Herren. Da ist die logische Konsequenz, dass man die staatlichen Einnahmen schwächen muss, damit auch das eintritt, was man herbeizureden gedenkt. Vor diesem Hintergrund ist mir auch klar, dass vor allem in der FDP - weniger in der CDU/CSU - der Wissenschaftler Kirchhof als Visionär angesehen wird. Natürlich: Wer so in staatliche Politik reingehet wie er, der ist aus FDP-Sicht ein Visionär.

(Bernd Althusmann [CDU]: Wo sind denn Ihre Visionen?)

Denn was bedeutet der einheitliche Steuersatz? - Er bedeutet vor allem - das hat auch das Niedersächsische Finanzministerium festgestellt - eine dramatische Reduktion staatlicher Einnahmen. Ich sage Ihnen: 43 Milliarden Euro Mindereinnahmen hätte Folgen für BAföG, Pendlerpauschale, Eigenheimzulage, Verkehrsinfrastruktur. Ich glaube, auch die Lehrer und die Polizei könnten Sie nicht mehr im bisherigen Ausmaß finanzieren. Und schließlich würde auch die kommunale Infrastruktur in die Knie gehen.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wer das will, der ist für mich kein Visionär, sondern der entwickelt Horror-szenarien.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Jüttner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Riese?

Wolfgang Jüttner (SPD):

Nein, ich möchte zu Ende vortragen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Kommen Sie bloß bald zum Schluss!)

- Ich rede jetzt, Sie können gern anschließend reden.

Meine Damen und Herren, an anderer Stelle zeigen Sie dafür aber Profil, nämlich bei der Mehrwertsteuer. Bei dem, was Gift für die Konjunktur wäre, zeigen Sie Muckis. Das ist wirtschaftspolitisch eine schiere Katastrophe.

Wir machen diese Dämonisierung des Staates nicht mit. Wir wollen keinen behäbigen Staat. Der Staat kann ruhig schlank und drahtig sein. Aber eines ist dabei entscheidend: Er muss seine Aufgaben erfüllen können. Er muss Chancengleichheit gewährleisten, er muss soziale Gerechtigkeit möglich machen.

(David McAllister [CDU]: Mehr Staat, das ist schön!)

Er muss Verteilung von Arbeit und Vermögen organisieren und auch Zukunft planen, meine Damen und Herren. Viele dieser öffentlichen Güter lassen sich nicht über den Markt regeln - oder nur zum erhöhten Preis.

(Zuruf von Ernst-August Hoppenbrock
[CDU])

Ich weiß, das passt nicht in Ihr Ordnungssystem, das macht das Thema Landeskrankenhäuser ja gerade deutlich. Aber das sind die Alternativen.

Im Übrigen ist Ihre Vorstellung von Staat und Neoliberalismus inzwischen ein Fremdwort geworden: im internationalen Bereich, in der internationalen Wirtschaftswissenschaft, selbst in der Weltbank. Bofinger mag bei uns als Exot gelten, in anderen Ländern wäre er Mainstream. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb müssen Sie sich entscheiden. Wenn Sie den britischen Weg gehen wollen, nämlich die Staatseinnahmen möglichst zu senken, dann müssten Sie der Bevölkerung deutlich machen, dass sie von diesem Staat nichts mehr erwarten darf.

(David McAllister [CDU]: Ich dachte,
Tony Blair ist Ihr großes Vorbild!)

Das trauen Sie sich aber auch nicht, meine Damen und Herren. Ich weiß, dass es für uns natürlich auch eine Herausforderung ist: Wer dem Staat mehr abverlangt, der muss auch bereit sein, die Einnahmenseite angemessen zu bedienen.

(David McAllister [CDU]: Oh Gott, das
ist ja Sozialismus!)

- Das ist eine moderne Sozialstaatstheorie, die Ihnen fremd ist. Aber das wundert mich überhaupt nicht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - David
McAllister [CDU]: Die alten Linken
sind wieder da!)

- Die alten Linken sind wieder da, genau! Sie werden sich noch wundern, meine Damen und Herren, nur Ihr Weg geht nicht.

(Zurufe und Unruhe - Glocke des Prä-
sidenten)

Überall die Einnahmen wegzunehmen, den Staat handlungsunfähig zu machen, aber die politischen Erwartungen an den Staat nicht zurückzufahren - das führt zur Legitimationskrise des Staates. Warum soll man noch jemanden wählen, wenn er überhaupt nichts mehr gestalten kann? Aber au-

genscheinlich ist Ihnen eine solche Sichtweise völlig fremd.

(Beifall bei der SPD)

Was sind die Konsequenzen aus derartigen Überlegungen? - Wir müssen miteinander diskutieren, wie eine neue Finanzarchitektur für die Zukunft aussehen muss. Die Eigenständigkeit und Souveränität beispielsweise kommunaler Finanzen gehören gestärkt, damit der Zusammenhang zwischen Entscheidung, Ausführung und Verantwortung deutlich wird. Da geht nicht Ihr Weg, den Kommunen auch noch die Gewerbesteuer wegzunehmen. Sie müssen in den Stand gesetzt werden, eigenverantwortlich Politik zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehören auch Vorschläge, die wir zur Mischfinanzierung und zur Stärkung staatlicher Effizienz eingebracht haben. Auf diesem Gebiet sind wir nicht auseinander. Das halten auch wir für richtig.

Wir müssen ferner über das Thema Föderalismus reden. Ich halte es für falsch, den Bund aus dem zentralen Thema Bildung in Zukunft völlig herauszuhalten, wie einige Länder meinen. Wir sollten eher darüber nachdenken, wie wir zu mehr Kooperation zwischen den Ländern kommen, weil die Vielfalt in der bisherigen Form bei uns nicht weitergehen kann.

Daraus erwachsen Anforderungen an die praktische Politik des Landes. Ich will einige Beispiele dafür aufgreifen, die zeigen, wofür Sie stehen und was Sie eigentlich in den letzten Jahren gemacht haben, meine Damen und Herren.

Herr Hirche hat heute Morgen von dem Ranking der Bertelsmann-Stiftung erzählt. Herr Hirche, erzählen Sie doch einmal dem Parlament, wie es kommt, dass Niedersachsen allein im vergangenen Jahr 40 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte verloren hat, mehr als im Bund? Wie kommt es, dass sich die Zahl der Erwerbstätigen schlechter entwickelt, als das in Deutschland der Fall ist? Wie kommt es, dass die Arbeitslosenquote in Niedersachsen überproportional steigt? - Herr Hirche ist nicht da, aber Sie können es ihm ja sagen. Außerdem reden wir über Ihre Gesamtverantwortung. - Wie kommt es, dass die Zahl der betrieblichen Ausbildungsstellen in Niedersachsen um 11 % gesunken ist, drastisch mehr als im Bund, und dass die Investitionen in Niedersachsen

mit einer Quote von 7,1 % Schlusslicht aller Bundesländer sind? Meine Damen und Herren, diese verheerend niedrige Investitionsquote ist das Ergebnis einer bewussten politischen Entscheidung. Das ist der Kernbereich Ihres Problems. Sie erreichen damit, dass die Wirtschaft in Niedersachsen mehr und mehr abgehängt wird.

Sie haben es ja ins Stammbuch geschrieben bekommen. Der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Handwerkskammern hat Ihnen geschrieben: Wenn nicht bald gehandelt wird, droht der vollständige Stillstand der Mittelstandspolitik in Niedersachsen. - Er hat Recht. Was nicht stimmt, ist das Gesamtbild. Das ist sein Zitat, meine Damen und Herren.

Innovationen und Investitionen stehen nicht im Mittelpunkt Ihrer Politik. Forschung und Entwicklung - die Bereiche, die uns voranbringen können - spielen bei Ihnen keine Rolle. Zynischerweise könnte man sagen: Das ist so, weil Herr Hirche nicht interveniert, wenn es um Reduktionen im kommunalen Finanzausgleich, bei Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen oder bei der Wohnungsbauförderung geht. Durch diese Bereiche könnte regionale Beschäftigung aufgebaut werden. Aber überall dort findet Herr Hirche nicht statt.

Wo hat er in den letzten zwei Jahren gegläntzt? Das eine war die Innovationsoffensive „Taxis dürfen alle Farben haben“. Das hat uns tief beeindruckt. Es gab auch die Freigabe von Sitzhilfen in Stehcafés, meine Damen und Herren. Wenn das freiliberale Wirtschaftspolitik ist, dann sage ich, dieses Land hat weiß Gott anderes verdient und vor allem anderes nötig.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Dafür hat aber die Landesregierung im Bereich Wirtschafts- und Arbeitspolitik gehandelt, als es darum ging, sich am Abbau von Arbeitnehmerrechten zu beteiligen, und zwar über Bundesratsinitiativen und über Mitwirkung in den Programmen beider beteiligter Parteien. Meine Damen und Herren, augenscheinlich ist Ihnen überhaupt nicht klar, welchen Stellenwert Mitbestimmung, Tarifautonomie, Kündigungsschutz und sozialer Frieden für die Qualität des Wirtschaftsstandortes Deutschland haben. Sie lösen das auf, was diese Gesellschaft über 50 Jahre stark gemacht hat. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen. Einige machen es bewusst. Der Meinung bin allerdings auch ich.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich lasse heute mal den Schulbereich aus. Der wird hier ja dauernd diskutiert.

(Zustimmung bei der CDU)

Aber auch auf diesem Gebiet gibt es, Herr Busemann, einiges über Defizite, bezogen auf Innovationsfähigkeit der Gesellschaft, zu sagen. Ich finde es viel spannender, wie diese Mehrheit in Niedersachsen das Thema Wissenschaft und Forschung behandelt. Ich habe die Broschüre „Besser für Niedersachsen“ vorgefunden. Sie ist Hochglanz. Das schlägt sich nicht auf den Inhalt nieder, aber ich finde schon, sie ist ganz ansehnlich. Auf den Seiten 22 bis 27 finden Sie das Kapitel „Schule, Wissenschaft, Kultur“. Ich lese und lese und lese. Wissen Sie, was über Hochschule, Wissenschaft und Forschung in dieser Broschüre steht, Herr Klare? Wie viel? Null Zeilen, meine Damen und Herren, null Zeilen!

(Bernd Althusmann [CDU]: Warten Sie mal ab, was nun kommt!)

Der Stellenwert von Wissenschaft und Forschung ist bei dieser Mehrheit ein Nullum.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube nicht, dass die Broschüre blufft. Sie gibt die Realität wieder.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Abwarten!)

- Ach, gibt es eine zweite Ausgabe?

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Abwarten! Kommt gleich!)

- Für die Opposition die geschönte Ausgabe? Oder wie? Ja, das ist gut.

(Zuruf von der CDU: Aber nicht mehr Hochglanz!)

Wir haben ein Hochschulgesetz mit hoher Autonomie auf den Weg gebracht. Was machen Sie? - Sie räumen in Holzminden auf. Wir haben den Innovationspakt auf den Weg gebracht. Was machen Sie? - Sie entwickeln jetzt zwei Programme mit Hochschuloptimierungskonzept und Zukunftsvertrag, Maßnahmen, die rigoros in die finanziellen Ressourcen der niedersächsischen Hochschulen eingreifen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Alein das Hochschuloptimierungskonzept nimmt den niedersächsischen Hochschulen in dieser Wahlperiode 260 Millionen Euro. Wem wollen Sie denn erzählen, dass Sie sich um die Zukunft von Niedersachsen kümmern? - Beim Zukunftsvertrag gehen 42 Millionen Euro im Jahr in Abgang. Überall dort, wo wir eine Chance haben, neue Beschäftigung zu schaffen, wo über Forschung und Entwicklung neue Produkte auf den Markt gebracht werden können und wo wir auch in der Umsetzung der Lissabon-Strategie glänzen können, sind diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen zur Seite getreten und machen nichts.

Das Einzige, worum Sie sich kümmern, ist die Frage, wann man endlich Studiengebühren durchsetzen kann, obwohl die Zusagen von Herrn Stratzmann zur Gebührenfreiheit für bestimmte Gruppen und Förderkonzepte überhaupt nicht angedacht worden sind, jedenfalls mit niemandem besprochen worden sind, meine Damen und Herren.

Sie gefährden den Wirtschafts- und Forschungsstandort Niedersachsen, Sie hängen uns national und international ab und schaffen damit die Voraussetzungen, dass wir wirtschaftspolitisch morgen überhaupt keine Chance mehr bekommen, wenn das nicht möglichst schnell abgestellt wird. Sie greifen auch in Excellenzförderung ein. Alle Bereiche, bei denen es darum geht, etwas für die Zukunft zu tun, finden bei Ihnen so gut wie nicht statt.

Als letztes Beispiel will ich mir noch das vornehmen, was sich der Umwelt- und Energieminister in den letzten Monaten und für das nächste Jahr so alles vorgenommen hat. Wir wissen doch, meine Damen und Herren, nicht erst seit jetzt um die Bedeutung der Verzahnung von Ökonomie und Ökologie. Wir wissen, dass Energieeffizienzstrategie notwendig ist, dass wir in die Materialwirtschaft einsteigen müssen, um auch hier internationale Wettbewerbsvorteile herauszuholen, und dass wir im Bereich der regenerativen Energien weiterkommen müssen, auch wenn wir schon sehr weit sind. Dafür hat Herr Sander keine Zeit. Er geht lieber zu den Landwirten von Herrn Ehlen. Ich finde das wirklich nicht in Ordnung, absolut unangemessen.

(Beifall bei der SPD)

Er lässt nicht nur ein Viertel des Wirtschaftsförderfonds für den ökologischen Bereich mit 2,8 Mil-

lionen Euro zurückfließen. Nein, er verunsichert die Branche in Niedersachsen, die in den letzten 15 Jahren die meisten Zuwachsraten bei der Beschäftigung hatte und die inzwischen Weltmarktführer ist. Niedersachsen stellt mit den zwei größten Produzenten für Windenergieanlagen über 25 % des Weltmarktes. Und was macht der zuständige Minister? - Er lässt keine Gelegenheit aus, zu diskutieren, dass das doch Subventionen seien, die auf den Prüfstand gehörten, und dass man überhaupt einmal prüfen müsse, wie viele Mittel man dafür noch zur Verfügung stellen sollte. Das ist eine Attacke auf zentrale landespolitische Belange, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dann verwundert es nicht, dass die Branche inzwischen hoch irritiert ist, wenn Ihr Fachminister das Erneuerbare-Energien-Gesetz zur Disposition stellt, wenn Ihr Fachminister und der Wirtschaftsminister dem Ansinnen einer niedersächsischen Firma im Bereich der Zulieferung für Windenergie antwortet, dass er für ein Testfeld in Niedersachsen nicht zuständig sei und dass ihm das egal sei, mit dem Ergebnis, dass dieses Projekt nach Bremen auswandert, und wenn der zuständige niedersächsische Minister bei der Stiftung, die sich um Offshore-Windenergie kümmert, überhaupt nicht präsent ist. Bei einem Thema, bei dem sich die gesamte Infrastruktur und sämtliche Dienstleistungen auf niedersächsischem Gebiet befinden, überlässt er dem Umweltsenator von Bremen den Vorsitz in dieser Stiftung! Das ist doch unerhört, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dann verwundert es auch nicht, dass er die Breitenförderung im Solarbereich einstellt. Das bewirkt eine Verunsicherung einer Branche, in der allen, die noch bis Fünf zählen können, klar ist, welche Perspektiven diese Branche in den nächsten 20 bis 30 Jahren hat.

Meine Damen und Herren, bei allen rechtlichen Restriktionen, denen wir in der Landespolitik unterliegen, und bei allen finanziellen Engpässen, auf die Sie hinweisen mögen: Niedersachsens Bevölkerung hat ein Recht auf einen Plan, nach dem es mit diesem Land vorwärts geht.

(Roland Riese [FDP]: Planwirtschaft! - Widerspruch bei der SPD)

Sie erleben und wir erleben kalkulierte Provokationen auf Bundesebene zur eigenen Profilierung, wir erleben Antworten von gestern bei Bildung und Sozialpolitik, wir erleben Kürzungen, wo Schwerpunkte wichtig wären. Meine Damen und Herren, mit dieser Landesregierung ist Zukunft nicht zu gestalten. Wir stellen fest: Die zweite Halbzeit können wir nicht verhindern. Verlängerung wird abgelehnt. - Herzlichen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die CDU-Fraktion hat nun deren Vorsitzender McAllister das Wort. Ich erteile es ihm.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

David McAllister (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Fraktionsvorsitzenderkollege Jüttner, normalerweise ist die erste Beratung zum Landeshaushalt eine Sternstunde der Opposition. So sieht es der Regieplan häufig vor.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Das war es auch heute wieder!)

Erst recht wäre sie die Sternstunde eines neugewählten Oppositionsführers. Ich kann für die CDU-Fraktion nur sagen: Machen Sie weiter so! Wir sind sehr zufrieden mit Ihrer Rede, und wir wünschen vor allen Dingen, dass Sie Spitzenkandidat 2008 werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren, ich habe dem Kollegen Jüttner 45 Minuten sehr aufmerksam zugehört. Eines ist nicht nur mir, sondern auch vielen Kollegen, mit denen ich mich zwischendurch habe rückkoppeln können, aufgefallen: Wir haben in der gesamten Rede nicht eine einzige Idee, nicht eine einzige Anregung, nicht einen einzigen konkreten Vorschlag zur Haushaltsslage in Niedersachsen gehört - nicht einen einzigen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Stattdessen - der emotionale Höhepunkt Ihrer Rede ist mir gut in Erinnerung - habe ich von Ihnen ein leidenschaftliches Plädoyer für mehr Staat und noch mehr Abgaben gehört. Dass man allen Ernstes nach sieben Jahren Rot-Grün - Rot-Grün

hat dieses Land vollends gegen die Wand gefahren - hier noch mit diesem Müntefering-Sozialismus aufwarten kann, ist für mich nicht nachvollziehbar, das ist irre!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb sage ich Ihnen: Die alte niedersächsische Linke ist heute wiederauferstanden. Was mir aber Sorge bereitet, ist: Solche Reden, wie sie Herr Jüttner und andere in der SPD halten,

(Lachen bei der SPD)

bereiten innerhalb der SPD argumentativ-ideologisch den Weg für Rot-Rot-Grün in Deutschland vor. Das ist das eigentlich Verheerende.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Jüttner, mit Verlaub: Ich bin Jahrgang 71. Ich habe mit „68“ nachweislich nichts zu tun und kann das sogar durch Geburtsurkunde beweisen. Auch darüber werden wir hier in den nächsten Monaten und Jahren sicherlich eine Auseinandersetzung führen können.

Nun komme ich zum Haushaltsplan 2006. Dieser Haushaltsplanentwurf 2006 ist für uns ein weiterer Meilenstein in der erfolgreichen Politik von CDU und FDP in Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir konsolidieren, wir investieren und wir reformieren. Der Haushaltsplanentwurf 2006 und die Mipla, die Finanzminister Möllring vorgelegt hat, sind vorbildlich und konsequent. Eines ist ganz entscheidend: Wir setzen unseren konsequenten Konsolidierungskurs in Niedersachsen fort. Von allen Aufgaben, die wir in der Landespolitik wahrzunehmen haben, ist und bleibt die konsequente Haushaltskonsolidierung das wichtigste Ziel und unsere wichtigste Aufgabe.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Finanzminister hat es bereits gesagt. Wir senken zum vierten Mal in Folge die Nettokreditaufnahme, zum dritten Mal um 350 Millionen Euro. Wir reduzieren damit die Neuverschuldung seit unserer Regierungsübernahme von unverantwortlichen 2,95 Milliarden Euro auf 1,8 Milliarden Euro. Das ist kein einfacher Weg, aber das sind wir

kommenden Generationen in diesem großartigen Bundesland schuldig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Niedersachsen hat als einziges westdeutsches Bundesland - auch das hat der Finanzminister herausgearbeitet - seine Ausgaben seit 2002 kontinuierlich zurückgeführt. Kein Land in der Bundesrepublik hat seine Ausgaben so gesenkt wie Niedersachsen. Dabei gehen wir nicht nach der Rassenmähermethode vor, sondern wir setzen Prioritäten. Eines will ich deutlich sagen - das unterscheidet uns auch weltanschaulich und politisch; darauf lege ich großen Wert -: Wir wollen den Staat auf seine Kernaufgaben konzentrieren, weil dieser aufgeblähte Staatsapparat, der nach 1968 in den 70er-Jahren in Deutschland eingeleitet wurde, einer der Gründe ist, weshalb wir unsere staatlichen Haushalte heute nicht mehr in den Griff bekommen. Das ist der falsche Weg. Das muss doch nach 30 Jahren jetzt klar sein!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Natürlich machen sich bereits in diesem Haushalt dauerhafte Einsparungen aus den letzten Jahren bemerkbar, die wir übrigens gegen den Widerstand der kleineren linken Hälfte in diesem Haus durchgesetzt haben. Aber es war trotzdem kein einfacher Weg, sei es in Bezug auf die Verwaltungsmodernisierung, sei es in Bezug auf die Veränderungen im Besoldungsbereich für die Beamten und sei es in Bezug auf die Stelleneinsparungen in der Landesverwaltung. Wir wissen sehr wohl, dass wir manchen Bürgerinnen und Bürgern und vor allem auch den Beschäftigten des Landes seit dem Regierungswechsel viel zugemutet haben. Doch diese Konsolidierungsmaßnahmen zeigen jetzt, im Haushalt 2006, bereits deutliche Wirkungen, bringen eine Entlastung von rund 1,6 Milliarden Euro und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Abbau der Neuverschuldung.

Neben diesen bereits vorgenommenen strukturellen Einsparungen und Veränderungen wird es weitere notwendige strukturelle Veränderungen geben müssen. Der Haushalt und sein Begleitgesetz sehen vor - der Finanzminister hat die Eckpunkte bereits genannt -: die Privatisierung der Landeskrankenhäuser, der Verzicht auf neue Wohnungsbauprogramme und die Umsetzung des Konsolidierungspotenzials in den Ressorts. - Das sind alles Schritte - jeder für sich - auf unserem mühseligen Weg hin zu einem verfassungskonfor-

men Haushalt 2008. Das ist ein mühseliger Weg. Das ist ein steiniger Weg. Es ist auch für einen Abgeordneten einer die Regierung tragenden Fraktion nicht einfach, diese Veränderungen im Land auszuhalten. Aber trotzdem machen wir es, weil wir es schaffen wollen; denn nur so können wir die Weichen für eine bessere Zukunft in Niedersachsen stellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Lassen Sie mich jetzt auf einige der Argumente eingehen, die Herr Jüttner heute vorgetragen hat und die Sie bereits in den letzten Wochen zum Haushalt vorgetragen haben.

Sie behaupten, das Land beabsichtige, sich auf verfassungswidrige Art und Weise aus der Verantwortung für den Maßregelvollzug zu verabschieden. Das ist falsch. Richtig ist, dass die Landesregierung eine Grundsatzentscheidung für die Privatisierung der Landeskrankenhäuser getroffen hat und dass diese von der CDU-Fraktion grundsätzlich unterstützt wird. Richtig ist aber auch, dass das Land für die Steuerung und Gewährleistung eines sicheren Maßregelvollzugs voll verantwortlich bleiben soll. Es bezieht lediglich Dritte in die operative Umsetzung mit ein.

Wir werden als Christdemokraten die geplante Privatisierung der Landeskrankenhäuser sehr sorgfältig prüfen und mit Sicherheit einen verfassungsrechtlich zulässigen Weg gehen.

(Lachen bei und Zurufe von der SPD)

Dafür haben wir auch beim Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Landtags ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Wir arbeiten sorgfältig, verantwortungsvoll und - ich betone das ausdrücklich - Hand in Hand mit dem Sozialministerium. Ich will Ihnen eines sagen: Ich finde die Art und Weise, in der Frau von der Leyen und ihr Staatssekretär Hofe die Informationspolitik machen, vorbildlich. Staatssekretär Hofe ist in jedem Landeskrankenhaus gewesen, um mit den Beschäftigten zu sprechen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Die Personalräte sind von Anfang an in die Projektgruppe des Sozialministeriums eingebunden gewesen.

Manchmal hilft es vielleicht auch, wenn Sie über Ihren niedersächsischen Tellerrand hinaus auch in

andere Bundesländer schauen. Viele von Ihnen aus der letzten Wahlperiode wissen genau, dass ich in meinen Reden gerne unsere frühere Sozialministerin zitiert habe. Ich werde das gern wieder tun. Ich zitiere aus dem Plenarprotokoll des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 16. Juni 2004. Es spricht Sozialministerin Dr. Gitta Trauer-nicht. Wörtliches Zitat:

„Vor diesem Hintergrund werden wir mit potenziellen Interessenten für die Fachkliniken zu sprechen haben. Wir werden aber hohe Maßstäbe anlegen, um die genannten Ziele ausdrücklich zu erreichen. Deswegen betone ich diese Ziele der Landesregierung noch einmal.“

Jetzt kommt es:

„Die Landesregierung ist ohne ideologische Scheuklappen bereit, auch für die großen psychiatrischen Einrichtungen des Landes neue Wege zu gehen. Wir sind bereit, privates Know-how und Kapital zu nutzen, um auch zukünftig und auf Dauer die Handlungsfähigkeit der Einrichtungen und das Niveau der Qualität zu sichern.“

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Bernd Althusmann [CDU]: Hört, hört! - Zurufe von der SPD)

Das, was Rot-Grün in Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht hat - wir wissen auch, dass der Verkauf dort zurzeit juristisch umstritten ist und dass ein Gerichtsverfahren läuft -, müsste mindestens auch für die SPD-Opposition in Niedersachsen zustimmungsfähig sein.

(Beifall bei der CDU)

Uns fällt auch auf, dass die Fraktion der Grünen in dieser Hinsicht eine differenziertere Position vertritt als die Sozialdemokraten.

Sie kritisieren im Vorfeld der Haushaltsberatung - das haben Sie getan - sowohl den vermeintlichen Schattenhaushalt bei der NORD/LB als auch den Schattenhaushalt bei den LTS-Finanzierungen. Alles das werde ich mir aufgrund der kurzen Zeit ersparen.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Das ist ja auch unangenehm! - Weiterer Zuruf

von der SPD: Das wäre das Interessante gewesen!)

Dafür haben wir in den Einzelberatungen und vor allem in der zweiten Lesung im Dezember noch Zeit, für die ich eine gründliche Vorbereitung empfehle.

Aber eines ist mir an der Rede des neuen Oppositionsführers aufgefallen: 45 Minuten lang kein Vorschlag, keine Idee, keine konkrete Anregung. Das tut uns dann doch Leid. Das habe ich auch auf der Bilanzpressekonferenz der CDU gesagt.

Übrigens zur „Halbzeit“, Herr Jüttner: Wir werden in Niedersachsen noch viele Wahlperioden lang politische Verantwortung übernehmen müssen, um den Trümmerhaufen zu beseitigen, den Sie hinterlassen haben.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Jüttner [SPD]: Träum weiter!)

Demokratie lebt auch von einer starken Opposition. Wir erleben seit zweieinhalb Jahren eine SPD-Opposition, die konzeptionslos, planlos und ahnungslos ist.

(Bernd Althusmann [CDU]: Die sind alle schon hinausgelaufen! Die haben schon aufgegeben!)

Darüber können wir uns natürlich auch freuen. Wir können uns auch zurücklehnen.

(Beifall bei der CDU)

Aber auf die Dauer ist das nicht gut, weil im Interesse des Landes Wettbewerb immer wichtig ist, um politische Anregungen zu erhalten.

(Zurufe von der SPD)

Herr Jüttner, wenn Sie glauben - Sie haben das auch in Ihren Flugblättern geschrieben; für eine Hochglanzbroschüre reicht es bei Ihnen nicht; das ist in Ordnung -, Sie bräuchten nur ständig das Märchen von den 520 Millionen Euro Mehreinnahmen im Jahr aufgrund des Subventionsabbaus durch den Bundesrat zu erzählen, dann bewegen Sie sich auf einem ausgetretenen Pfad, der landespolitisch ins Nichts führt. Wahr ist: Wenn die CDU/FDP-Landesregierung dem Entwurf der rot-grünen Bundesregierung für einen Subventionsabbau im Dezember 2003 im Bundesrat komplett zugestimmt hätte, wie Sie es gefordert haben, wären nicht 500 Millionen Euro mehr, sondern allein im

Jahr 2004 etwa 377 Millionen Euro weniger im Landeshaushalt gewesen. Das passt doch nicht zusammen, was Sie hier vorgetragen haben!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Gleiches gilt für Ihre abenteuerlichen Berechnungen bei der Eigenheimzulage, die wir in diesem Hohen Hause bereits hinreichend diskutiert haben.

Meine Damen und Herren, wir stehen jetzt vor intensiven Detailberatungen. Aber die Landesregierung kann sich in ihrem Konsolidierungskurs der Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion absolut sicher sein. Das ist der vierte Haushalt in Folge, mit dem wir die Nettokreditaufnahme senken. Das ist auch Ausdruck unserer zuverlässigen Politik in den letzten zweieinhalb Jahren. Der Haushalt ist eingebettet in eine Politik, die unser Bundesland Schritt für Schritt wieder nach vorne bringen soll.

Nun muss ich auf etwas kommen, was heute Morgen in der Aktuellen Stunde Thema war. Leider ist der ehemalige Fraktionsvorsitzende Herr Gabriel nicht mehr anwesend. Er hat sich ja jetzt mit Herrn Oppermann einen Platz dort hinten gesucht. Herr Oppermann, Sie sind ja noch da. Schönen Gruß an Herrn Gabriel! Ich finde es toll, Herr Oppermann und Herr Gabriel, dass Sie das Hinterbänklerdasein in der Opposition jetzt schon einmal in Hannover üben, bevor es demnächst im Bundestag weitergeht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Hirche hat heute Morgen zu Recht die Studie der Bertelsmann-Stiftung „Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2005“ zitiert. Daraufhin ist Herr Gabriel ans Rednerpult gegangen und hat die in der Bertelsmann-Studie dargestellten Erfolge Niedersachsens für sich in Anspruch genommen. Er hat gesagt, das sei seine Regierungszeit gewesen.

Ich kann dazu nur sagen: Manchmal ist es wichtig, nicht nur das Vorwort einer Studie zu lesen, sondern auch den Inhalt. Das kann man auch sonntagabends machen, da kann man auch lesen, da muss man nicht in Talk-Shows sitzen. Insofern gebe ich Ihnen Recht, Herr Jüttner: Das Parlament ist die zentrale Plattform für die Auseinandersetzungen über die landespolitischen Fragen und nicht die Talk-Shows. Aber vielleicht werden Sie das jetzt anders machen als Ihr Vorgänger.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: War das eine Kritik an Frau von der Leyen?)

Aber eines will ich noch sagen: Wenn wir schon Christiansen oder Illner gucken, freue ich mich mehr, Sigmar Gabriel zu sehen als Ihren Generalsekretär Benneter. Denn eines ist auch klar: Wir schicken den Benneter nicht in die Talk-Shows. Der ist nicht von uns, obwohl wir manchmal den Eindruck haben, dass er insgeheim von uns bezahlt wird. Das ist aber nicht der Fall.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Jetzt aber zurück zu Ihrem Thema. Ich kann nur empfehlen: Lesen, lesen! Lesen erleichtert die politische Meinungsbildung.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Nicht nur die politische!)

Ich lese einmal vor, was hier auf Seite 142 steht:

„Die neu gebildete Regierung“

- das ist die Regierung des Ministerpräsidenten, der hier sitzt, und nicht die des ehemaligen Ministerpräsidenten, der jetzt dort hinten sitzt -

„legte gleich ein forsches Reformtempo vor. In der kurzen Zeit seit dem Amtsantritt konnte das Land mit dem springenden Pferd im Wappen einen deutlichen Satz nach vorne machen: Gegen den Bundestrend steigt Niedersachsens Punktwert im Erfolgsindex an, von 5,35 auf 5,51 Punkte im aktuellen Beobachtungszeitraum 2002 - 2004. ... Die Politikbemühungen des Landes sind weiterhin überdurchschnittlich: Mit 6,06 Punkten belegt Niedersachsen im Aktivitätsindex nach wie vor den 4. Rang.“

Das ist das Zeugnis unserer Politik. Dass Herr Gabriel damit nun wirklich nicht gemeint sein kann, zeigt das weitere Zitat auf Seite 142. Da Sie die Studie nicht gelesen haben, nutze ich diese Haushaltsdebatte, Ihnen das vorzulesen. Dann kommen Sie in Ihrem Erkenntnisprozess vielleicht etwas weiter.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Können wir das nicht Sonntagabend lesen? Können Sie nicht jetzt die Vorlesestunde beenden? - Zurufe von der SPD - Ge-

genruf von der CDU: Hört doch erst einmal zu! - Glocke des Präsidenten)

- Herr Kollege Wenzel, ich traue Ihnen zu, dass Sie die Dinge lesen. Aber ich stelle fest, dass die Sozialdemokraten das nicht gelesen haben. Ich habe auch ein Interesse daran, dass die Sozialdemokraten ihren Erkenntnisgewinn steigern. Wörtliches Zitat - nur damit Sie Bescheid wissen -:

„Christian Wulff in der Eigernordwand - der Ministerpräsident zitiert gern den Bergkoloss, um die Größe der Aufgaben zu veranschaulichen, die vor der niedersächsischen Landesregierung liegen. Tatsächlich fand der Osnabrücker bei seinem Amtsantritt 2003 das Land in einem kritischen Zustand vor. Niedersachsen bildete das Schlusslicht der westdeutschen Bundesländer - so das Ergebnis der 2003er Studie ‚Die Bundesländer im Standortwettbewerb‘. Die höchste Arbeitslosenquote unter allen westdeutschen Flächenländern, das geringste Pro-Kopf-Einkommen und das zweitniedrigste Wirtschaftswachstum trugen dem Land zwischen Ems und Elbe diese schlechte Platzierung ein.“

Das ist die Wahrheit über Ihre Regierungsarbeit!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich empfehle dringend die Lektüre dieser Studie, um zu neuen Erkenntnissen zu kommen.

Eines ist nicht in Ordnung, was Sie seit zweieinhalb Jahren machen: Es ist erkennbar - das ist objektiv unbestritten -, dass Sie vor allem finanzpolitisch in diesem Land einen Trümmerhaufen hinterlassen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nun gibt es drei Möglichkeiten, diese Trümmer zu beseitigen. Da sind zum einen diejenigen, die in diesem Hause die Mehrheit bilden, die dabei sind, in mühseliger Schwerstarbeit diese Trümmer Schritt für Schritt zu beseitigen.

(Heinrich Aller [SPD]: Zeigen Sie mal die Schwielen an Ihren Händen!)

Dann ist es auch eine Charakterfrage, wie man sich als Opposition benimmt und was man dabei macht. Die erste Möglichkeit: Man gesteht seine

Fehler ein und hilft aktiv mit, diese Trümmer zu beseitigen. - Das tun Sie nicht.

Zweitens. Sie könnten zumindest in Demut schweigen, zuschauen, wie die anderen das machen, und vielleicht hier und dort Hilfestellung geben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie aber beschimpfen diejenigen, die versuchen, in mühseliger Schwerstarbeit die Trümmer zu beseitigen. Das ist keine verantwortungsvolle Opposition. Das, was Sie da machen, ist absolut verantwortungslos.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb stehen Sie in Niedersachsen auch dort, wo Sie hingehören.

Wir sind fest entschlossen, unseren Kurs so fortzusetzen. Seit zweieinhalb Jahren stellen wir in der Wirtschaftspolitik unsere politischen Weichen auf Wachstum - mit unserer Offensive „Mittelstand im Mittelpunkt“, mit der Neugründung und der Inbetriebnahme der NBank,

(Dieter Möhrmann [SPD]: Wer hat denn die NBank gegründet, Herr Kollege?)

mit der Deregulierungsoffensive und mit der kompetenten und umfassenden Entbürokratisierung auf allen Ebenen. Ich zitiere wiederum die Bertelsmann-Studie, weil sie objektiv ist:

„Daher ist es im Interesse des Mittelstandes der richtige Weg, die Bürokratie zwischen Ems und Elbe zurückzudrängen. Landesgesetze werden regelmäßig befristet und laufen aus, wenn nicht ausdrücklich beschlossen wird, sie zu verlängern. Mut und Konsequenz der Verwaltungsmodernisierung sind lobenswert und in Deutschland vorbildlich.“

Wiederum ein eindrucksvolles Zeugnis für die Innenpolitik von Uwe Schünemann!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Durch den Bau des geplanten Tiefwasserhafens - darauf ist der Finanzminister bereits eingegangen -, dem großen Investitionsvorhaben der neuen Landesregierung - - -

(Wolfgang Jüttner [SPD]: War das auch eure Idee?)

- Ich will Ihnen mal eines sagen: Sie haben den politischen Beschluss zum Bau des Tiefwasserhafens getroffen; das ist unbestritten. Aber Sie haben ihn nicht im Haushalt dargestellt. Das ist Kängurupolitik: große Sprünge mit leeren Beuteln.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

(Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo übernimmt den Vorsitz)

Tiefwasserhafen Wilhelmshaven, Public Private Partnership beim sechsstreifigen Ausbau der A 1, bei der Planung und beim Bau der A 31 oder jetzt bei der Küstenautobahn A 22. Dazu wiederum die Bertelsmann-Studie - da Sie sie nicht gelesen haben, muss ich sie Ihnen vorlesen; ich zitiere von Seite 144 -:

„Der mäßigen verkehrstechnischen Erschließung Niedersachsens nimmt sich die Landesregierung entschlossen an. Der geplante und forcierte Wilhelmshavener Tiefwasserhafen soll Unternehmen ihren Beschaffungs- und Absatzmärkten näher bringen. Auch der Ausbau des Fernstraßennetzes steht wieder auf der Agenda. Und bei Autobahnprojekten hilft die Landesregierung dem Bund auf die Sprünge.“

Auch hier wiederum eine eindrucksvolle Bestätigung, in diesem Fall der Wirtschafts- und Verkehrspolitik unseres Ministers Walter Hirche!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, auch in der Arbeitsmarktpolitik haben wir Erfolge erzielt. Ich erspare es mir, Ihnen die ganze Bertelsmann-Studie vorzulesen, aber ich empfehle Ihnen dringend, sie zu kaufen und zu lesen, und zwar nicht nur das Vorwort; denn dann werden Sie die Fehler, die Sie heute Vormittag und heute Nachmittag gemacht haben, nicht wiederholen.

Also, auch bei der Arbeitsmarktpolitik bescheinigt uns die Bertelsmann-Studie, dass wir auf einem mühseligen, einem langen, aber entschlossenen Weg vom hinteren Feld der 16 Bundesländer weiter nach vorne sind.

Herr Jüttner hat heute in seiner Rede die Bildungspolitik eingespart, aus welchem Grund auch immer; ich will es einmal auf die Zeit zurückführen.

(Heinrich Aller [SPD]: Ausgespart hat er sie!)

Ich sage Ihnen eines: Wir, die Christdemokraten - und ich denke, unser Koalitionspartner, die Liberalen, auch -, sind sehr zufrieden, ja, wir sind stolz auf unsere Bildungspolitik, die wir in den letzten zweieinhalb Jahren in Niedersachsen mit Bernd Busemann umgesetzt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Niedersachsen ist beim letzten PISA-Ranking bereits um zwei Plätze nach oben geklettert, und zwar von Platz 11 auf Platz 9. Beim ersten landesweiten Deutschtest haben Niedersachsens Drittklässler - für viele unerwartet - gut abgeschnitten.

Alexander Dahl kommentiert heute in der *Neuen Presse*:

„Ein Zufallstreffer ist der Deutschtest für Busemann nicht. Der CDU-Politiker hat das Schulsystem gestrafft. Die überflüssige Orientierungsstufe, deren Zweck keiner mehr verstand, wurde abgeschafft. Die Grundschulen wissen seither genau, dass sie sich Schlendrian bei der Wissensvermittlung nicht mehr leisten können, da sie die Kinder schon nach der vierten Klasse gut gerüstet an die Haupt- und Realschulen und Gymnasien weiterreichen müssen.“

In wichtigen Fächern, etwa Deutsch, Mathematik oder den Fremdsprachen, hat Busemann mehr Unterrichtsstunden verordnet. Das mag einigen Schülern lästig sein, doch es hilft nichts: Die PISA-Studie hat gezeigt, dass Schüler in anderen Ländern Europas deutlich schlauer sind. Wissensdefizite lassen sich eben nur durch vermehrtes Lernen ausgleichen. Busemann ist da auf dem richtigen Weg.“

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wo Alexander Dahl Recht hat, hat er Recht.

Herr Jüttner, mit Blick auf das, was ich heute Morgen zum Mediengesetz gesagt habe - 1996, Ihr Schreiben an Frau Wettig-Danielmeier -, sage ich Ihnen: Wir wissen nicht, ob das ein Einzelfall oder nur die Spitze eines Eisberges war, weil wir über keine Parteienbeteiligungen verfügen. Wir kennen solche Strukturen ja gar nicht. Ich sage Ihnen nur eines: Hüten Sie sich davor, sich wegen des Kommentars heute in der *Neuen Presse* bei Frau Wettig-Danielmeier wieder zu beschweren. Das will ich Ihnen deutlich mit auf den Weg geben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben 553 Orientierungsstufen abgeschafft. Übrigens: Meine Generation hat die Orientierungsstufe besuchen müssen, nicht Ihre. Wir haben damals erlebt, was in den Klassen 5 und 6 los war. Ich bin froh darüber, dass meine Tochter die Orientierungsstufe nicht mehr besuchen muss. Auch das will ich Ihnen einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben die Oberstufenreform durchgeführt, das Zentralabitur und das Abitur nach zwölf Jahren eingeführt, Ganztagschulangebote mehr als verdoppelt, die Hauptschule gestärkt und, und, und. Wir haben mittlerweile 69 357 Lehrerstellen in Niedersachsen. Das ist die höchste Zahl an Lehrerstellen in der Geschichte unseres Bundeslandes. Das ist ein Erfolg. Natürlich haben wir hier und dort noch Probleme mit der Unterrichtsversorgung; das ist völlig unbestritten. Wir haben eine annähernd 100-prozentige Unterrichtsversorgung. Aber eines lassen wir Ihnen auch im dritten Jahr unserer Amtszeit nicht durchgehen: Hier in den Haushaltsberatungen im Landtag beschimpfen Sie uns, dass wir 2 500 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt haben, und vor Ort in den Kreistagen, in den Räten und in den Pressemitteilungen Ihrer Landtagsabgeordneten kritisieren Sie die mangelnde Unterrichtsversorgung. Das ist eine verlogene Politik, das ist eine unehrliche Politik, und das wissen die Menschen ganz genau.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Wolfgang Jüttner [SPD]: Abgerechnet
wird 2008, mein Lieber!)

Auch in der Bildungspolitik steht die alte Linke wieder auf. Herr Jüttner, mein Zitatenschatz von Ihnen ist noch nicht so umfangreich wie der von Herrn Gabriel. Gegen den und seine Interviews anzuhalten, da werden Sie es schwer genug haben. Aber auch bei Ihnen haben wir schon einiges

gefunden. Ich habe mir das extra noch einmal durchgelesen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Aurich!)

- Ja, genau, Aurich! Der *Ostfriesenkurier* brachte am 20. April 2004 einen Bericht über eine Bildungskonferenz des SPD-Unterbezirks in Aurich mit Wolfgang Jüttner. Überschrift: „Dreigliedriges Schulsystem auf den Müllhaufen der Geschichte.“ Das ist Ihre Politik.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Ihr Unterhaltungswert ist mäßig, Herr McAlister!)

Ich sage Ihnen eines: 90 % der Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen besuchen das dreigliedrige Schulsystem. Hunderttausende von Schülern besuchen diese Schulen mit ganz engagierten Lehrkräften. Sie haben kein Recht, diese Schulform so zu diffamieren. Das ist eine absolut inakzeptable Politik.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Unsere Kinder in Niedersachsen sind von 1990 bis 2003 im Bildungssystem schwer benachteiligt worden. Das PISA-Ranking war dafür immer ein besonderer Beweis. Was unsere Kinder jetzt brauchen, sind optimale Chancen, sich auf das Leben und das Berufsleben vorzubereiten. Dafür brauchen sie ein modernes, gegliedertes Schulsystem.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Modern?)

Was sie nicht brauchen, ist eine Landtagsopposition, die Schulstrukturen und Pädagogen diffamiert. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir setzen unsere konsequente Modernisierung Niedersachsens auch bei der inneren Sicherheit fort. Die Präsenz der Polizei wurde bereits gestärkt. Wir haben 500 zusätzliche Polizeianwärter eingestellt, 125 Beamte aus anderen Ländern übernommen und zusätzlich 200 Beamte in den Vollzugsdienst eingesetzt durch die Übernahme von Verwaltungskräften aus den aufgelösten Bezirksregierungen. Auch in 2006 werden weitere 100 Beamte hinzukommen. Ferner erreichen wir eine effektivere Verbrechensbekämpfung durch eine neue Organisationsstruktur mit sechs regionalen und einer funktionalen Polizeidirektion.

Auch hier wiederum: Unsere Politik in Niedersachsen hat nach zweieinhalb Jahren Erfolg. Die Zahl der Straftaten geht zurück - von 608 000 zum Ende der SPD-Regierung 2002 auf 587 000 Ende 2004. Ich zitiere ein weiteres Mal die Bertelsmann-Studie als objektive, unabhängige Instanz - Seite 148 -:

„Möglicherweise macht sich bereits positiv bemerkbar, dass in Wulffs Revier nun mehr Polizisten für Ordnung sorgen; denn zum Regierungswechsel belastete die niedrigste Polizeidichte aller Bundesländer die Sicherheitslage. Ein neues Polizeigesetz und eine Polizeireform zielen ebenfalls darauf ab, die Schlagkraft der Gesetzeshüter zu erhöhen.“

Ein besseres Urteil kann man unserem Innenminister in der inneren Sicherheit nicht ausstellen, und ein schlechteres können Sie gar nicht mit nach Hause nehmen, Herr Bartling.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich komme noch einmal zur Finanzpolitik zurück. Wir haben von Ihnen ein schweres Erbe übernommen. Das haben wir bisher in jeder Haushaltsberatung deutlich gemacht, und das lastet auch täglich auf uns. Sie haben die Gesamtverschuldung des Landes von 1990 bis 2003 verdoppelt. Wir haben am 2. Februar 2003 von Ihnen 43 Milliarden Euro an Schulden übernommen. Wir zahlen für die von Ihnen aufgetürmten Schulden pro Tag 7 Millionen Euro Zinsen.

(Heinrich Aller [SPD]: Da ist auch Albrecht dabei!)

Sie haben kritisiert, Herr Jüttner, wir hätten einen verfassungswidrigen Haushalt. Es ist doch völlig unbestritten, dass der Haushalt verfassungswidrig ist. Natürlich wollen wir die Nettokreditaufnahme niedriger machen als die Summe der Investitionen, und wir sind hierbei auch auf dem besten Wege. Wir versuchen, jedes Jahr die Nettoneuverschuldung um 350 Millionen Euro abzusenken, und wir tun das auch. Sie beschimpfen uns aber für jeden einzelnen Sparvorschlag, den wir unterbreiten. Was Sie hier vorgetragen haben, ist geradezu grotesk.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber eines ist völlig richtig: Wir können in Niedersachsen nur so erfolgreich sein, wie dies die Rahmenbedingungen in Deutschland insgesamt zulassen. Wir sind der felsenfesten Überzeugung, dass sich die Rahmenbedingungen in Deutschland ändern müssen.

Die Bilanz nach sieben Jahren Rot-Grün ist - das haben wir heute Morgen gehört, und das hören wir jeden Tag im Wahlkampf und abends in den Sendungen; wir lesen es in den Zeitungen -: Sieben Jahre rot-grüne Politik haben ausgereicht, um Deutschland zum Schlusslicht in Europa zu machen. Wir befinden uns nach wie vor in der dramatischsten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Das trifft den Bund, aber das trifft natürlich auch alle 16 Bundesländer. Das Versagen von Rot-Grün ist so eindeutig, dass dies sogar Ihr eigener Bundeskanzler erkannt und darum gebeten hat, Neuwahlen anzusetzen, weil er mit seiner jetzigen parlamentarischen Mehrheit nicht weitermachen kann.

Wir haben im Jahr 2004 den größten weltwirtschaftlichen Boom des letzten Vierteljahrhunderts, der letzten 25 Jahre, gehabt. In Deutschland hat ein solcher Boom jedoch nicht stattgefunden. In allen möglichen Ländern dieser Welt wächst die Wirtschaft stärker, wächst sie schneller als bei uns in Deutschland.

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr McAllister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Möhrmann?

David McAllister (CDU):

Nein, ich bin ohnehin gleich fertig. Das können wir nachher im persönlichen Gespräch klären.

Sie können auf Neuseeland schauen, Sie können auf Großbritannien schauen, Sie können auf Irland schauen, Sie können auf Dänemark, die Niederlande und Finnland schauen, Sie können sogar - da hat Herr Möllring Recht - auf Botswana schauen - alle haben es offensichtlich besser gemacht als wir. Eine derart lange Phase der Stagnation hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben.

Wir werden es auch in den letzten vier Tagen vor der Bundestagswahl jedem im Lande sagen: Jeden Tag gehen in Deutschland 1 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren. Wir haben die höchste Arbeitslosenquote in der Ge-

schichte. Alle 15 Minuten macht eine Firma in Deutschland Pleite. Das sind 40 000 Firmen im Jahr. Eine Million Kinder leben von staatlicher Unterstützung. Das ist die katastrophale Bilanz von Rot-Grün! Vor diesem Hintergrund stellen Sie sich hier hin, Herr Jüttner, verteidigen dieses Modell und rufen nach noch mehr Staat und noch mehr Abgaben. Was Sie vorgetragen haben, ist unglaublich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Wolfgang Jüttner [SPD]: Sie haben nicht zugehört! - Hans-Dieter Haase [SPD]: Das ist Verleumdung!)

Deshalb werben wir als Christdemokraten Seite an Seite mit unseren liberalen Freunden für einen Politikwechsel, für einen Richtungswechsel in Deutschland, für eine Reform im Arbeits- und Tarifrecht, für eine Reform der Sozialversicherungssysteme, für ein einfacheres und gerechteres Steuersystem mit niedrigeren Steuersätzen, für eine bessere Innovationspolitik und für weniger staatliche Bürokratie. Letztlich steht Deutschland in der Tat vor einer Richtungsentscheidung: Wollen wir mehr Eigenverantwortung, mehr Wettbewerb, mehr Wachstum, mehr Freiheit? Setzen wir wieder auf diese Kräfte, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut haben? Oder gehen wir den verhängnisvollen Weg von noch mehr Staat, noch mehr Bürokratie und noch weniger Eigenverantwortung? Das ist eine klare Richtungsentscheidung. Dafür stehen CDU und FDP auf der einen Seite und Rot-Rot-Grün auf der anderen Seite. Dazu sollen sich die Menschen gerne eine Meinung bilden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Abschließend zitiere ich noch einmal die Bertelsmann-Studie, und zwar Seite 149, noch einmal zu Niedersachsen:

„Gerade gegen noch erforderliche drastische finanzielle Einschnitte wird sich Widerstand regen. Dicke Bretter sind zu bohren, um überall wirtschaftlicher Aktivität Vorfahrt einzuräumen. Soll die Eigernordwand erklommen werden, muss die Landesregierung Widerständen begegnen, wie es die Niedersachsen-Hymne gebietet: sturmfest und erdverwachsen.“

Ich sagen Ihnen eines, Herr Ministerpräsident: Sie und die gesamte Landesregierung können sich auf die volle Rückendeckung der CDU- und, so denke ich, der FDP-Landtagsfraktion verlassen. Es wird ein harter Weg, es wird ein steiniger Weg, auch in diesen Haushaltsberatungen. Wir sind auf Ihre neue Oppositionsarbeit gespannt, Herr Jüttner. Ich bin auf ganz konkrete Änderungsvorschläge zum Haushalt mit entsprechenden Gegenfinanzierungsvorschlägen gespannt. Mal sehen, was da kommt. Ansonsten machen wir unsere Politik weiter. Wir nehmen unsere Verantwortung als Mehrheit in diesem Hause wahr, Politik auch in schwierigen Zeiten zukunftsgerichtet für Niedersachsen zu gestalten. Sie müssten jetzt einmal anfangen, Ihre Verantwortung als Opposition wahrzunehmen. - Herzlichen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP - Ina Korter [GRÜNE]: Wir können ja einen Kaffee trinken, solange die klatschen!)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Rickert von der FDP-Fraktion.

Klaus Rickert (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr McAllister, ich wage erst gar nicht den Versuch, Sie zu toppen. Erlauben Sie mir dennoch, die Position der FDP-Fraktion zum Haushalt 2006 kurz darzulegen.

Wir waren uns, als die Gesetzentwürfe für die heutige Landtagssitzung eingebracht wurden, der Gefahr bewusst, dass die Haushaltsdiskussion, die für das Land sehr wichtig ist, durch Wahlkampftrüben insbesondere der Opposition überlagert wird, damit die Konzeptionslosigkeit der Oppositionsparteien kaschiert werden kann. Wir brauchen aber diesen frühen Zeitpunkt, um in einem vernünftigen Verfahren für das kommende Jahr den Haushalt zu verabschieden und um den Fraktionen und Ausschüssen ausreichend Gelegenheit zu geben, über den Haushalt zu beraten.

Wir alle wissen, in welchem katastrophalem Zustand sich der Haushalt nach dem Regierungswechsel im Jahre 2003 befand und dass sich der Finanzminister Stück für Stück an das Konsolidierungswerk machen musste mit dem klaren Ziel: CDU und FDP gehen unbeirrt auf dem Weg, die Nettoneu-

verschuldung bis 2008 auf ein verfassungskonformes Maß zurückzuführen, voran.

Wenn wir über Verfassungskonformität reden und uns die Opposition vorhält, dass die kommenden Haushalte ebenfalls nicht verfassungskonform sein werden, so muss man zwangsläufig noch einmal auf die Vorgeschichte eingehen. Massive Steuerzufälle waren es, die die alte Landesregierung im November 2002 zwangen, mit einer Nettoneuverschuldung von fast 3 Milliarden Euro einen Nachtragshaushalt für 2002 und 2003 vorzulegen. Dazu sagte Herr Golibruch, der Grünen-Parlamentarier, in der Plenarsitzung vom 20. November 2002 unter anderem - ich zitiere -:

„Aber ein Großteil der Verantwortung für die Haushaltskrater liegt bei dieser Landesregierung. Sie haben über viele Jahre hinweg notwendige Einsparungen verschleppt, verschoben und vertagt.“

Weiter heißt es:

„Neun Jahre lang haben Sie es versäumt, an irgendeiner Stelle tatsächlich notwendige Einsparungen vorzunehmen! Das holt Sie jetzt ein.“

Meine Damen und Herren von der SPD, hätten Sie nur damals schon den GBD bemüht, dann wären Sie möglicherweise einen Schritt weitergekommen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Meinhold, es kennzeichnet die Grünen, dass profilierte Haushaltspolitiker, wie Metzger oder auch Herr Golibruch, in dieser Partei keine lange Zukunft haben.

Die Mitverantwortung der Grünen dabei hat er wohlweislich verschwiegen. Aber das Urteil über die Regierung Gabriel/Aller war vernichtend. Es gab im Ergebnis einen Schuldenstand von ca. 44 Milliarden Euro in 2003, für die wir allein 2,5 Milliarden Euro an Zinsen zahlen müssen, und das Ganze ohne Tilgung. Wir müssen also damit leben, dass dieser Schuldenstand noch wächst, es sei denn, wir führen die Nettoneuverschuldung in einem Schlag zurück. Das würde eine Einsparung von über 1 Milliarde pro Jahr nach sich ziehen. Der Finanzwissenschaftler Professor Homburg prognostiziert für das Jahr 2005 sogar, 2,5 Milliarden müssten eingespart werden, um die Verfassungs-

konformität kurzfristig herzustellen. Ich möchte Ihr Geschrei einmal hören, wenn wir das machten.

(Beifall bei der FDP)

Aufgrund des fehlenden Wachstums, der schlechten wirtschaftlichen Lage und der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland ist eine Steigerung bei den Einnahmen nicht zu erwarten. Meine Damen und Herren, ein Satz zur Arbeitslosigkeit: Den 5 Millionen Arbeitslosen in diesem Lande ist es völlig wurscht, ob die Bundesrepublik Deutschland im Ranking auf Platz 19 oder 20 steht. Sie wollen Arbeit haben. Den 5 Millionen Arbeitslosen ist es völlig wurscht, ob wir Exportweltmeister sind oder nicht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das Versagen der Bundesregierung haben wir mit schöner Regelmäßigkeit gespürt. Wachstumsprognosen und damit Steuerschätzungen mussten permanent nach unten korrigiert werden. Eine Verbesserung der Einnahmeseite durch Steuererhöhungen ist kontraproduktiv - wie sollte es anders sein? - und nicht gut für die Wirtschaft. Gegen eine Einnahmeverbesserung durch Subventionsabbau kann niemand etwas haben. Die Eigenheimzulage als Subvention kann man zur Diskussion stellen, wenn eine steuerliche Entlastung und Förderung als Alternative folgt. Wenn den Menschen allen wieder mehr netto in die Tasche gegeben wird, dann kann man solche Subventionen einsparen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es bleibt daher auch nichts anderes, und es ist auch vernünftig, die Ausgaben zu kürzen. Das geht nicht von heute auf morgen, es sei denn, man spart das Land kaputt. Ergo muss man die Nettokreditaufnahme sukzessive zurückführen. Die Ausgaben wurden schrittweise gesenkt. Zum Beispiel sanken die Ausgaben in 2005 im Vergleich zum Vorjahr um über 3 %. Alle Bereiche der Landespolitik mussten in den letzten zwei Jahren eine Vielzahl von Kürzungen hinnehmen, sodass alle Ressorts einen erheblichen Beitrag zur Konsolidierung geleistet haben. Dabei mussten bei den Personalkosten, die bekanntlich mehr als 45 % der Gesamtausgaben ausmachen, besonders harte Einschnitte hingenommen werden. Wir meinen deswegen, dass die Zumutbarkeitsgrenze hier erreicht ist.

Mit der Abschaffung z. B. der pauschalen Auszahlung des Landesblindengeldes wurde ein einkom-

mensabhängiger Tatbestand eingeführt. Dies ist ein Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik. Zuwendungen werden zukünftig verstärkt auf Basis der tatsächlichen Bedürftigkeit gewährt und nicht in Form eines Nachteilsausgleichs unabhängig vom Einkommen. Meine Damen und Herren, das Bedürftigkeitsprinzip sowie die dabei weitestgehende Abhängigkeit von Einkommen und Vermögen findet auch zunehmend Befürworter bei den Kommunen.

Wenn die Landesregierung beispielsweise vorschlägt, dass bei Polizeibeamten die Lebensarbeitszeit zu verlängern ist, so ist das angesichts der allgemeinen Diskussion durchaus akzeptabel. Einzig bei Polizeibeamten im Schichtdienst würden wir uns eine Berücksichtigung der hohen Belastung der Beamten wünschen.

Bei allen Einsparzwängen muss Niedersachsen dringend eine langfristige Orientierung beibehalten und zukünftige Wirtschaftsstrukturen stärken. Den strategischen Zielen für Wachstum und Zukunftsorientierung, Innovation, Mobilität, Internationalität und Flexibilität wird weiterhin Vorrang eingeräumt. Das gilt insbesondere für Projekte wie den Tiefwasserhafen Wilhelmshaven, den Forschungsflughafen Braunschweig oder auch Ansiedlungsprojekte wie INEOS. Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sind in der FDP, sind in den Regierungsfractionen in sehr guten Händen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Bei den Ausgabenkürzungen legen wir mit dem Haushalt 2006 eine Atempause ein. Immerhin haben die Konsolidierungsmaßnahmen der vergangenen Jahre eine Entlastung von rund 1,6 Milliarden Euro fortlaufend für das Haushaltsjahr 2006 erbracht. Es bleibt bei dem erklärten Willen, die Nettokreditaufnahme um 350 Millionen Euro zurückzuführen. Das würde in diesem Jahr ein Absinken auf 1,8 Milliarden Euro bedeuten. Dieses Ziel erreichen wir auch durch die Privatisierung von Landesvermögen. Die Veräußerung von Landesvermögen sehen wir als FDP-Fraktion nicht nur unter fiskalischen Gesichtspunkten, sondern auch unter ordnungspolitischen Aspekten.

(Beifall bei der FDP)

So haben wir der Veräußerung der niedersächsischen Spielbanken zugestimmt, weil wir der Meinung sind, dass Glücksspiel nicht zur staatlichen Daseinsvorsorge gehört.

(Zuruf von der FDP: Sehr richtig!)

Dies gilt auch für die Landeskrankenhäuser, weil wir glauben, dass es nicht Aufgabe des Staates ist, psychiatrische Kliniken zu betreiben. Allerdings haben wir beim Maßregelvollzug als staatlicher Hoheitsaufgabe noch Beratungsbedarf.

Ich halte es im Übrigen für hochgradig verwerflich, in diesem Zusammenhang unterschwellige Ängste vor der Privatisierung zu schüren. Darauf dürfen wir uns nicht einlassen. Ansonsten müssten Millionen deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Ängste ausstehen. Sollten diese Ängste tatsächlich vorhanden sein, müssen wir diese durch eine solide Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik bekämpfen.

(Beifall bei der FDP - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Gleichermaßen halten wir die Veräußerung der Rückflüsse aus herausgelegten Förderdarlehen der LTS in Höhe von 433 Millionen Euro für akzeptabel. Es macht wenig Sinn, angesichts fehlender Liquidität auf der einen Seite Kredite aufzunehmen und auf der anderen Seite Darlehensforderungen zu halten. In der Privatwirtschaft heißt in einer solchen Situation diese gängige Methode Factoring. Warum also nicht für das Land?

Unter dem gleichen Gesichtspunkt, nämlich der Liquiditätszufuhr, sehen wir die Veräußerung von Stammkapital der NORD/LB im Wert von 280 Millionen Euro an die HanBG. Wenn die HanBG für den Erwerb einer werthaltigen und interessanten Beteiligung - die NORD/LB hat ein vorzügliches Ranking und ist ein erfolgreicher, in Niedersachsen, aber auch in Europa angesehener Player - Kredite aufnimmt, dann ist das ein völlig normaler unternehmerischer Vorgang, wie er täglich in Kapitalbeteiligungsgesellschaften vorkommt.

Das gibt mir Gelegenheit, zum Thema Schattenhaushalte eine Anmerkung zu machen. Der Kern des Problems liegt in der Frage: Gehört es zu den Aufgaben der staatlichen Daseinsvorsorge, dieses oder jenes zu tun? - Die Situation ist doch ähnlich wie in mancher Kommune: Da beteiligen sich öffentliche Unternehmen am Bau von Sporteinrichtungen, dem Betrieb von Wohnungsbaugesellschaften usw. Dabei werden im Prinzip öffentliche Mittel der direkten Kontrolle durch die Räte oder Kreistage entzogen. Ich habe im Prinzip überhaupt nichts dagegen. Wenn allerdings Sie von der Opposition dies für verwerflich halten, dann lassen

Sie uns in die Diskussion einsteigen: Was gehört zu den Aufgaben des Staates? - Am Ende ist dann möglicherweise die vollständige Privatisierung die sauberste Lösung.

(Beifall bei der FDP)

Außer Kritik an der einen oder anderen Maßnahme habe ich von der Opposition noch keine konkreten Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung gehört. Das gilt insbesondere für die Ausgabenseite. Sie wissen genau, dass die Sanierung der Staatsfinanzen besonders durch Kürzungen bei den Ausgaben erfolgen muss; denn allein durch Einnahmesteigerungen geht das nicht. Das wäre auch der falsche Weg.

Ich bemerke übrigens, dass die haushaltspolitische Spitze der SPD-Fraktion nicht mehr im Raum ist. Wahrscheinlich kann sie konkrete Vorschläge nicht ertragen. Das würde sich auch nicht mit dem Linksruck vertragen, den Herr Jüttner hier gerade produziert hat, indem er das Motto „Sozial ist, was Arbeit schafft“ diskreditiert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der FDP)

Für diejenigen, die keine Arbeit haben, ist es zeitweilig unerträglich, ihren Lebensunterhalt vom Staat alimentiert zu wissen. Jeder Mensch will arbeiten, damit er das, was er verdient, auch nach eigenem Gusto ausgeben kann, ohne vom Staat abhängig zu sein.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Aus eigener Anschauung und Erfahrung, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich Ihnen sagen: Arbeit ist mehr als nur Broterwerb. Arbeit ist ein Stück Teilhabe an dieser Gesellschaft, ist Mit-in-dieser-Gesellschaft-Sein. Deswegen ist „Sozial ist, was Arbeit schafft“ genau das richtige Motto, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich komme noch einmal auf den Haushalt zurück. Wir nehmen mit Zustimmung zur Kenntnis, dass die Landesregierung den erfolgreich beschrittenen Weg zur Konsolidierung der Landesfinanzen fortsetzt. Wir unterstützen - ja, wir fordern - das Ziel, die Verfassungskonformität bis zum Ende der Legislaturperiode zu erreichen, und zwar nicht unsertwillen, sondern um der zukünftigen Generationen willen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Ich bedanke mich ausdrücklich bei dem Kabinett Wulff/Hirche für die geleistete Arbeit. Ich wünsche den Fraktionen in diesem Sinne konstruktive Haushaltsberatungen in den kommenden Wochen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Bevor ich dem Abgeordneten Wenzel das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, dass die Redner in dieser Debatte an dem Rednerpult keine Restredezeit angezeigt bekommen; diesbezüglich waren Irritationen entstanden. Ich sage deshalb nun die Restredezeiten an: Die CDU-Fraktion hat noch 13 Minuten, die SPD-Fraktion noch fünfeinhalb Minuten, die FDP-Fraktion noch 8 Minuten und 17 Sekunden, die Fraktion der Grünen verfügt noch über ihre kompletten 22 Minuten und 30 Sekunden, und die Landesregierung hat noch 15 Minuten Restredezeit.

Herr Wenzel, Sie haben jetzt das Wort für die Fraktion der Grünen.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ehrlichkeit hat etwas mit Ehre zu tun, Herr Wulff. Wie ist es jetzt um Ihre und die Ihres Finanzministers tatsächlich bestellt? - Sie behaupten - das ist die Kernaussage in den Reden, die Sie heute hier gehalten haben -: Die Neuverschuldung wird gegenüber dem Vorjahr gesenkt. - Was ist aber tatsächlich passiert? - Diese Landesregierung nimmt im Jahr 2005 über Schattenhaushalte 600 Millionen Euro an zusätzlichen neuen Krediten auf, die im Haushaltsplan nicht offiziell ausgewiesen sind. Die Neuverschuldung wird in Niedersachsen in diesem Jahr nicht gesenkt, sondern sie steigt gegenüber dem Vorjahr definitiv an. Trotz Verfassungswidrigkeit, trotz Rekordverschuldung, trotz anders lautender Wahlversprechen und trotz der Kürzungen beim Weihnachtsgeld, bei den Blinden und bei den Hochschulen.

Meine Damen und Herren, das alles sollte ja unterhaltsam sein, auch die schlechten Witze von Herrn Möllring, die manchmal schmerzensteuerepflichtig sind, oder die Zitatensammlung von Herrn

McAllister, die wir hier zum Besten bekommen haben.

(Heinz Rolfes [CDU]: Beim Erfinden neuer Steuern seid ihr gut! - David McAllister [CDU]: Die Schmerzensteuer gibt es noch nicht!)

- Vielleicht hilft Ihnen das ja noch in Ihrer Finanzlage, Herr McAllister. - Sie verkaufen uns hier ein sehr schlichtes Weltbild. Manchmal fühlt man sich an die alten Parolen wie „Freiheit oder Sozialismus“ erinnert.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Den Sozialismus haben wir heute gehört!)

So einfach funktioniert das aber nicht. Ich möchte nur wenige Zahlen zum Vergleich vortragen, damit wir wenigstens über dasselbe reden.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das Wirtschaftswachstum in den fünf Jahren nach der Wende von Herrn Kohl betrug 1,5 %. In den Jahren 1992 bis 1998 betrug es 1,5 %, und zwischen 1998 und 2004 auch 1,5 %. Woher Sie hier die Einschätzung nehmen, es habe angeblich eine Stagnation gegeben, die so lange wie noch nie andauere, bleibt Ihr Geheimnis.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zu Zeiten der Regierung Kohl hat es jedenfalls ähnliche Wachstumsraten gegeben. Wachstumsraten sind allerdings nicht mein einziger Maßstab. Sie mögen ein Hinweis sein, aber es hilft uns nicht so recht weiter, alles am Wirtschaftswachstum zu messen.

Zu den Arbeitslosenzahlen, die Sie hier immer wieder zum Besten geben: Sie sprechen von 5 Millionen. Im Juli 2005 sind es exakt 4,77 Millionen Arbeitslose. Darin sind 330 000 erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger mitgerechnet. Das ist ein statistischer Effekt, den Sie im Bundesrat mitbeschlossen haben. Wenn man zum Vergleich Ihre letzte Regierungszeit heranzieht: Während der Kohl-Regierung ist die Arbeitslosenzahl von 1,8 Millionen auf 4,28 Millionen angestiegen, davon im Westen damals 2,9 Millionen. Wenn man der Zahl vom Ende der Regierung Kohl die zusätzlichen ABM-Stellen zurechnet, die Sie damals extra für den Wahlkampf bereitgestellt hatten, dann kommt man auf eine Zahl von 4,43 Millionen Ar-

beitslosen. Im Juli lag die Zahl der Arbeitslosen bei 4,44 Millionen.

(Heinz Rolfes [CDU]: Wenn man die Ein-Euro-Jobs herausrechnet, auf was kommt man dann? - Rosstäuscher!)

Also: Diese Schauermärchen, die Sie uns hier erzählen - und dazu noch diese Geschichte von der Angst und dem Angstschüren, die Herr Rösler heute Morgen hier zum Besten gegeben hat -, sind schon etwas abenteuerlich.

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Wenzel, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rickert?

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Nein, ich möchte erst einmal meine Ausführungen zu Ende bringen. Am Ende meiner Redezeit gerne. - Diese Schauermärchen haben mit der Wirklichkeit nur sehr wenig zu tun.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Ihre ja?)

Meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, Sie täuschen die Menschen in Niedersachsen über das wahre Ausmaß der Verschuldung. Ehre, wem Ehre gebührt, aber Ihnen gebührt hier keine.

Meine Damen und Herren, für 2006 legt die Landesregierung uns jetzt einen Haushaltsentwurf vor, der im Wesentlichen aus zwei Komponenten besteht: Erstens neue Schulden - zusätzlich auch wieder über die bekannten Schattenhaushalte -,

(David McAllister [CDU]: Das sind keine Schattenhaushalte!)

zweitens wird das Tafelsilber verkauft. Um die Haushaltslöcher zu stopfen, muss über so genannte Vermögensaktivierungen fast eine Milliarde Euro aufgebracht werden. Für 433 Millionen Euro müssen Darlehensrückflüsse der Landestreuhandstelle zur Haushaltsdeckung verkauft werden. Das führt auch zu Folgekosten, da die Verpflichtungen aus Wohnungsbauprogrammen in den nächsten Jahren den Landeshaushalt belasten.

Die Landeskrankenhäuser sollen en bloc verschert werden, um das Haushaltsloch 2006 zu kitten. Damit greift der Finanzminister jenseits jeglicher Fachkenntnis in die psychiatrische Versorgung und den Maßregelvollzug ein. Eine Privatisie-

zung des Maßregelvollzuges würde vermutlich zukünftig zu höheren Haushaltsbelastungen führen. Das ist tatsächlich finanzpolitischer Irrsinn, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch die Domänenverkäufe müssen erneut zur Haushaltsdeckung erhalten. Dann wird noch eine vermeintliche Rücklage aus dem Jahresabschluss 2004 verbraucht. In Wirklichkeit handelt es sich doch um NORD/LB-Geld aus der nachträglichen marktgerechten Verzinsung des Förderkapitals der Landestreuhandstelle.

Nur etwas mehr als 1 % der Deckungslücke, die trotz Neuverschuldung im Haushalt 2006 klafft, hat diese Landesregierung in diesem Jahr über Einsparungen geschlossen bzw. sie will das tun. Wer dann noch behauptet, Niedersachsen setze den Konsolidierungskurs konsequent fort, der ist nicht nur nicht ehrlich, der ist auch noch mutlos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, sind die strukturellen Reformen zur Sanierung des Landeshaushaltes bereits abgeschlossen? Hat das Land so viel Vermögen, dass allein auf diesem Wege eine Sanierung möglich ist? Ist der Staatsbankrott, den Ihr Berater Herr Homburg vor kurzem an die Hauswand gemalt hat, schon abgewendet? - Mitnichten. Die Erklärung für diesen Haushaltsentwurf ist viel einfacher: In vier Tagen ist Wahltag. Da haben Sie das Fracksausen gekriegt. Ehrlichkeit gibt es, wenn überhaupt, nur noch in kleinen Häppchen. Im nächsten Jahr ist Kommunalwahl. Werden Sie dann furchtloser sein? - Ich befürchte: kaum. Und vor der Landtagswahl? Sind Sie dann unerschrockener als heute? - Das ist kaum zu erwarten, meine Damen und Herren. Weitere Reformen bei der Beihilfe? - Fehlanzeige! Kreis- und Regionalreform? - Fehlanzeige! Reform im Bereich der Versorgungskosten? - Auch hier stehen Sie auf der Bremse. Das Versorgungsnachhaltigkeitgesetz des Bundes, das die Veränderungen der Rentenversicherung auf den Bereich der Beamtenversorgung übertragen sollte, haben Sie im Bundesrat blockiert - erst jetzt zu Beginn der Sommerpause. Lebensarbeitszeit? - Alles nur Sprücheklopfereien, meine Damen und Herren! Sie pensionieren 50-jährige Beamte. Sie arbeiten 25 Jahre und bekommen 35 Jahre Ruhegeld. Das hält kein Gemeinwesen aus. Das funktioniert rein rechnerisch nach Adam Riese nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Was passiert auf der Einnahmeseite? - Nach der langjährigen Bundesratsblockade drohen jetzt Kirchhof-Chaos, Merkel-Murks und die Länderborniertheit der CDU-Ministerpräsidenten. Was gilt denn nun eigentlich? - Kirchhof will die Eigenheimzulage abschaffen. Die CDU will damit ihre Wahlversprechen finanzieren. Die Ministerpräsidenten aber stimmen just in der letzten Woche gegen die Abschaffung der Eigenheimzulage im Bundesrat. Kirchhof will die Pendlerpauschale abschaffen. Die CDU will sie kürzen, um den Spitzensteuersatz zu senken.

(David McAllister [CDU]: Es gilt das Regierungsprogramm! - Bernd Althusmann [CDU]: Glauben Sie allen Ernstes, wir vertrauen Ihnen noch einen Cent an?)

- Sie haben kein Vertrauen in den Wahlsieg, Herr Althusmann. Das ist es.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Ministerpräsidenten wollten noch bis vor kurzem alle diejenigen bei lebendigem Leibe steinigen, die so etwas auch nur gedacht haben.

(Bernd Althusmann [CDU]: Sie wollen das doch alles nur verfrühstücken!)

Dann kommt der Höhepunkt: Die Steuern auf Benzin sollen herunter, aber dann wieder herauf mit der Mehrwertsteuer.

(Bernd Althusmann [CDU]: Noch nie hatten wir so hohe Energiekosten!)

Ist das Bürokratieabbau, oder wie nennt man das? - Die CDU fährt in diesen Fragen steuerpolitisch Achterbahn, meine Damen und Herren. Erst war Kirchhof der Held, der Rächer der Mutlosen, einer für alle - für CDU und FDP. Jetzt hat er Redeversot. Die FDP hat ihn auf ihrem Parteitag nicht einmal mehr namentlich erwähnt. Und Sie, Herr Wulff, bringen im Kampf um die Umfragewerte von Merkel den Widersacher von Kirchhof, Herrn Merz, erneut ins Spiel. Aber worum geht es in der Sache? - Es geht um die Kirchhof'sche Streichliste, die nicht vorgezeigt werden darf. Was steht denn darauf? Warum ist diese Liste so geheim, so gefährlich?

(Zuruf von Heinz Rolfes [CDU])

Herr Rolfes, steht der Sparerfreibetrag auf der Liste? Ist der Behindertenpauschbetrag auf der Liste?

(Bernd Althusmann [CDU]: Was ist mit der Mehrwertsteuer auf Nahrungsmittel?)

Was ist mit der Übungsleiterpauschale, Herr Althusmann, mit dem Pflegepauschbetrag, mit der Absetzbarkeit der Ausbildungskosten, mit der Absetzbarkeit von Betriebskindergärten, mit der Besteuerung des Arbeitslosengeldes I? Sind das alles überflüssige Subventionen, Herr Wulff? Ja oder nein? - So viel Ehrlichkeit kann man vor der Wahl erwarten. Sie haben sicherlich noch Redezeit. Wir freuen uns, wenn Sie dazu Stellung nehmen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Vorschläge, egal ob von Kirchhof oder Merz, sind unsozial. Vor allen Dingen - das interessiert uns heute an dieser Stelle ganz besonders - kommen sie die öffentlichen Haushalte teuer zu stehen und damit auch den Landeshaushalt 2006.

Herr Minister Möllring, Sie glauben selbst nicht an einen Wahlsieg der Union, nicht an die eigenen Wahlversprechen und ihre Wirkung auf das Wirtschaftswachstum. Sonst hätten Sie doch nicht die Wachstumsprognosen in der mittelfristigen Finanzplanung nach unten korrigiert. Aber das nur am Rande.

Es gibt zwei potenzielle Wirkungen des CDU/Kirchhof-Programms: Beide würden zu drastischen Einnahmeausfällen im Haushalt des Landes Niedersachsen führen. Erstens. Der Steuerausgleich für die Finanzierung der für Chefärzte und Krankenschwestern gleich hohen Kopfpauschale würde das Land Niedersachsen Unsummen kosten. Zweitens. Auch die Flat tax von Kirchhof - gleiche Kopfsteuersätze für Schichtarbeiter und Manager - würde das Land Unsummen kosten.

Dann bliebe nur die von Frau Merkel angekündigte höhere Mehrwertsteuer. Merkel will die Einnahmen für die Senkung der Lohnnebenkosten. Aber die Begehrlichkeiten der CDU-Ministerpräsidenten sind groß. Auch in Niedersachsen gibt es nach Zeitungsberichten „neue Verwirrung um die Mehrwertsteuer“.

Meine Damen und Herren, jenseits der Frage, was mit den Einnahmen aus der höheren Mehrwertsteuer tatsächlich geschieht, bleiben die grundsätzlichen Probleme mit diesem Ansatz. Die höhere Mehrwertsteuer würde ohne jeden Ausgleich beispielsweise Arbeitslose, Studierende und Rentner belasten. Gleichzeitig würde die Mehrwertsteuer voll auf die Konjunktur durchschlagen und die Kaufkraft dämpfen. Der Einzelhandelsverband befürchtet einen deutlichen Kaufkraftverlust und appelliert eindringlich an die Union, auf die Mehrwertsteuererhöhung zu verzichten. Auch den Handwerkern würde das Leben schwer gemacht, weil der Anreiz zur Schwarzarbeit größer würde. Allein das, was Sie aus dieser Ecke zu hören bekommen haben, sollte Ihnen zum Nachdenken Anlass geben.

Meine Damen und Herren, Sie haben kein Konzept - nicht für den Bund und nicht für das Land.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Jetzt sind Sie in Niedersachsen seit 30 Monaten im Amt. Das ist keine besonders lange Regierungszeit,

(David McAllister [CDU]: Aber sehr erfolgreich!)

aber es gibt aber schon einen deutlichen Negativtrend, Herr McAllister. Ich habe vorhin schon einige Zahlen genannt. Irgendwelche Stiftungen, die sich da - - -

(Lachen bei der CDU)

- Wir nehmen lieber amtliche Zahlen. Wie wäre es denn damit, Herr McAllister? Wir scheuen da keinen Vergleich. Wir nehmen das Bundesamt für Statistik, wir nehmen das Landesamt für Statistik, wir nehmen amtliche Zahlen, die wir nebeneinander legen. Da zeigt sich, dass die Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen unter 25 Jahren in Niedersachsen im Vergleich zum letzten Jahr um 41 % angestiegen ist. Ich hätte gerne von Ihnen eine Vergleichszahl, was Ihre Bertelsmann-Stiftung dazu sagt, Herr McAllister. Wenn die bessere Zahlen haben, dann legen Sie sie bitte hier auf den Tisch. Ich kenne solche Zahlen nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Hirche hat eben versucht, etwas in Bezug auf die Insolvenzen klarzustellen. In Niedersachsen

meldeten im ersten Halbjahr dieses Jahres 11 % mehr Unternehmen Insolvenz an als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bundesweit ist die Zahl der Unternehmenspleiten aber rückläufig. Herr McAllister, wenn Sie auch dazu eine aktuelle Zahl von der Bertelsmann-Stiftung haben, dann legen wir sie gern daneben. Wir schauen uns das an. Das können wir noch heute Abend machen.

Meine Damen und Herren, die Armutsquote ist in Niedersachsen doppelt so stark gestiegen wie im Bundesdurchschnitt. 10 bis 15 % der Schulabgänger in Niedersachsen haben keinen Schulabschluss. Niedersachsen ist hier viertletztes Land in der Länderstatistik, Platz 12 von 16. Den Hochschulen werden mit dem Zukunftsvertrag bis zum Jahr 2010 160 Millionen Euro entzogen. Dafür müssen dann die Studierenden bluten.

Auch zur Umweltpolitik der Landesregierung, meine Damen und Herren, fällt einem nichts mehr ein. Selbst der Landesvorsitzende des Naturschutzbundes hat letzten Samstag erklärt: Es gibt erhebliche Probleme in etlichen Bereichen. - Sie wissen das. Sie kennen unsere Kritik. Ich möchte das an dieser Stelle nicht weiter ausführen.

In Sachen Finanzen wird der Ministerpräsident, Herr Wulff, mit diesem Haushalt 2006 zum größten Schuldenkönig in der Geschichte des Landes Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD)

Mein Kollege Jüttner hat erfreulicherweise auf das Zitat aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* hingewiesen, die sehr deutlich macht, dass wir mit diesem Urteil in diesem Land nicht allein stehen.

Herr Wulff, Sie hätten mehrfach die Gelegenheit zur Kooperation mit dem Bund gehabt. Sie haben im Bundesrat Entlastungsvorschläge im Umfang von mehr als 17 Milliarden Euro abgelehnt. Sie haben bei solchen Entscheidungen die Interessen Ihrer Partei vor die Interessen der Menschen dieses Landes gestellt. Tatsache ist, meine Damen und Herren, dass der Haushalt noch immer verfassungswidrig ist und dass er laut Ihrer Mittelfristigen Planung sogar bis 2009 verfassungswidrig bleiben soll. Wie Sie richtigerweise klargestellt haben, kann man 2007 nicht dazu zählen, weil Sie da die Einlage mit den 700 Millionen bei der NORD/LB machen; das ist ein Sondereffekt, den Sie sich tatsächlich nicht zurechnen können, zumal wir Ihnen mit dem Nachtragshaushalt noch über die Hürden geholfen haben, damit Sie das Geld noch rechtzeitig

vereinnahmen konnten, was aus den Zinsrückflüssen geflossen ist. Das können Sie gerne noch einmal erläutern. Dann können Sie vielleicht auch meine Zahlen korrigieren. Wenn die Bertelsmann-Stiftung bessere Zahlen in Bezug auf die Insolvenzen, die Jugendarbeitslosigkeit und die Gesamtverschuldung vorgelegt hat, wäre ich dankbar, wenn wir das hier gleich noch zu hören bekämen.

Meine Damen und Herren, weil der Haushalt jetzt offenbar sogar bis 2009 verfassungswidrig sein soll, werden wir prüfen, ob man die Landesregierung durch eine Klage vor dem Staatsgerichtshof zur Verantwortung ziehen kann. Wir werden prüfen, ob man die Landesregierung auf diesem Wege zwingen kann, die Sparvorschläge des Bundes konstruktiv aufzugreifen, um eine extreme Neuverschuldung zu unterbinden und Kürzungen bei den Ärmsten der Armen, bei den Blinden, Obdachlosen und psychisch Kranken, zu verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Machen Sie mal einen Vorschlag, Herr Wenzel!)

Herr Wulff, die Menschen erkennen mehr und mehr: Eine schlechtere Regierung kann keine bessere Politik machen. Schwarz wählen und sehen kommt teuer zu stehen. - Herzlichen Dank für das Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Minister Möllring hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Ich mache es ganz kurz. Herr Wenzel, Sie können auf Seite 19 der Mipla der Säulengrafik deutlich entnehmen, dass im Jahre 2009 die eigenfinanzierten Investitionen höher sind als die geplante Nettokreditaufnahme. Damit wird das Erfordernis von Artikel 71 100-prozentig erfüllt. Im Jahre 2008 - das hatte ich bei der Einführung und auch auf den Pressekonferenzen schon gesagt - haben wir noch eine Differenz von etwa 90 bis 100 Millionen Euro. Das liegt innerhalb der Prognose aber in einem derart marginalen Bereich, dass wir uns zutrauen, auch dies noch zu ändern. 2008 sind wir in der erwähnten Grafik noch nicht ganz in dem Bereich, wo wir sein wollen. 2007 liegen wir deutlich

darüber. Ich wollte auf diese Grafik nur hingewiesen haben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Jetzt hat Herr Jüttner noch einmal das Wort. Bitte, Herr Jüttner!

Wolfgang Jüttner (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur auf einen Sachverhalt aufmerksam machen, den Herr McAllister nicht ganz korrekt wiedergegeben hat. Er hat gesagt, der Hafen in Wilhelmshaven sei nicht finanziert gewesen. Ich weise darauf hin, dass dieses Projekt ausweislich der ausgedruckten Mipla in unserer Zeit voll in der Mipla enthalten war, also durchfinanziert ist. Ich bitte, die Sachverhalte hier in Zukunft korrekt darzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Jetzt hat der Abgeordnete Althusmann das Wort. Bitte schön, Herr Althusmann!

(Zuruf von der CDU: Kläre ihn jetzt mal auf!)

Bernd Althusmann (CDU):

Herr Jüttner, Sie sind ja neu im Amt des Fraktionsvorsitzenden. Sie hätten es aber eigentlich wissen können. Ich zitiere aus der Mittelfristigen Planung, und zwar Seite 1 - dies stand im Übrigen in allen Mittelfristigen Planungen, auch in jenen aus Ihrer Regierungszeit -:

„Die Mittelfristige Finanzplanung hat im Gegensatz zu dem förmlich durch Gesetz festgestellten Haushaltsplan ausschließlich Informations- und Programmcharakter.“

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Wir sind am Ende der Beratungen und kommen jetzt zur Ausschussüberweisung. Zunächst zu Tagesordnungspunkt 5. Der Gesetzentwurf soll zur

federführenden Beratung dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen sowie zur Mitberatung allen Fachausschüssen überwiesen werden. Wer so verfahren möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenmeinungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist einstimmig so entschieden worden.

Wir kommen jetzt zur Ausschussüberweisung zu Tagesordnungspunkt 6. Der Gesetzentwurf soll zur federführenden Beratung dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen sowie zur Mitberatung dem Ausschuss für Inneres und Sport, dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kultur, dem Kultusausschuss sowie dem Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr überwiesen werden. Wer möchte so verfahren? Gibt es andere Meinungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist auch hier einstimmig so entschieden worden.

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 7:

Zweite Beratung:

Programmierte Wählertäuschung: Christian Wulff muss mit Ehrlichkeit und Offenheit vor die niedersächsischen Wählerinnen und Wähler treten und finanzielle Wirkungen für den Landeshaushalt vor der Bundestagswahl benennen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/2010 - Empfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 15/2179

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in der Drucksache 2179 lautet auf Ablehnung. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir treten in die Beratung ein. Ich erteile Herrn Kollegen Aller das Wort. Bitte schön, Herr Aller.

Heinrich Aller (SPD):

Frau Präsidentin! Ich möchte zunächst noch kurz auf die Ausführungen von Herrn Althusmann eingehen. Es ist tatsächlich so, dass die Mipla nur Planungscharakter und informativen Charakter hat. Einen Haushalt können Sie immer nur dann beschließen, wenn er von der Regierung vorgelegt und vom Landtag dann beraten worden ist. Das ist nichts Überraschendes.

(Bernd Althusmann [CDU]: Nein, Sie hätten es im Haushaltsjahr 2002 absichern können!)

Auch Ihre Planungen aus dem letzten Jahr werden durch den jetzigen Haushalt korrigiert. Das ist das übliche Verfahren. Versuchen Sie also bitte nicht, das, was Herr Jüttner hier dargestellt hat, in das Gegenteil zu verkehren.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, mit dem Antrag betreffend programmierte Wählertäuschung haben wir im Mai ein Thema aufgegriffen, das mit Blick auf die Bundestagswahl neu in die Debatte gekommen ist. Es geht um die Mehrwertsteuererhöhung, die damals bekannt geworden ist. Was damals nicht erkennbar war, ist, dass Herr Kirchhof durch Frau Merkel als neue Variante in die steuerpolitische Debatte eingeführt werden sollte. Unser Ziel war es, dass die Landesregierung aus ihrer Sicht darstellt, wie sich die Mehrwertsteuererhöhung auswirken könnte und wie sich vor allen Dingen auch das steuerpolitische Gesamtkonzept der schwarzgelben Mochtegernregierung in der Wirklichkeit entwickeln könnte. Die Fragen, die wir aufgeworfen haben, sind alle nicht beantwortet worden. Die Antworten wären sicherlich auf das Interesse der Niedersachsen gestoßen. Heute können wir feststellen, dass in Bezug auf den Komplex Mehrwertsteuer überhaupt keine Antwort gegeben worden ist. Ich habe bisher von Herrn Möllring lediglich die Meldung gehört, man könnte die Auswirkungen nur richtig beurteilen, wenn ein Gesamtkonzept für die Steuern vorläge.

Nun könnte man annehmen, dass diese Landesregierung und die Fraktionen der FDP und CDU im Landtag, die ja mit dem Anspruch von mehr Ehrlichkeit, mehr Offenheit und mehr Transparenz angetreten sind, diesem Gedanken kurz vor der Wahl auch nachgegangen wären. Dem ist nicht so.

Es ist nicht dargestellt worden, wie sich die unterschiedlichen Aspekte von Subventionsabbau, Mehrwertsteuerkomponente und Kopfpauschale, die wir aufgegriffen haben, auf den niedersächsischen Haushalt auswirken würden und welche Effekte sich insbesondere in der mittelfristigen Finanzplanung ergeben würden, Herr Althusmann. Es steht also fest: Die Diskussion, die wir heute führen, ist eher spekulativ. Sie muss sich aber an dem ausrichten, was Sie im Wahlkampf dargestellt haben.

Zunächst zur Mehrwertsteuer. Die Mehrwertsteuer soll - so habe ich es verstanden - von der CDU um 2 % erhöht werden. Die FDP hat gesagt: Das kommt nicht in die Tüte. Deshalb ist zu diesem Thema folgerichtig auch keine Antwort von dieser Landesregierung zu erwarten. FDP und CDU könnten wahrscheinlich gar nicht übereinkommen, wenn es um eine konkrete Aussage über die Effekte auf Bundesebene und Landesebene geht. Herr Möllring hat sich nun aber ganz kurzfristig geäußert und gesagt, das Aufkommen aus der Mehrwertsteuererhöhung, wenn sie denn käme, müsste natürlich dem Bund zufließen, weil die Lohnnebenkosten gesenkt werden müssten. Damit wären in diesem Bereich die Haushaltseffekte gleich null. Hier hat die Landesregierung wieder das getan, was sie beim Subventionsabbau getan hat: Sie hat schon Signale ausgesendet, die gegen den Landeshaushalt gerichtet sind.

(Zuruf von Heinz Rolfes [CDU])

- Herr Rolfes, man muss insofern davon ausgehen, dass die Mehrwertsteuer um mehr als 2 % erhöht werden muss, damit sich überhaupt ein Effekt für den Landeshaushalt ergibt. Wir wollen die Mehrwertsteuer gar nicht erhöhen, Herr Rolfes. Sie aber wollen es tun, dann aber sozusagen nichts für das Land abholen. Das ist der eigentliche Widersinn Ihrer Veranstaltung.

Nimmt man das, was zurzeit auf dem Tisch liegt, dann ergibt sich - darauf ist in der Haushaltsdebatte eben schon hingewiesen worden -, dass die Mehrwertsteuererhöhung dreifach negativ zu beurteilen ist. Zum einen trifft sie voll die kleinen Leute, die keine Steuererleichterungen oder Lohnnebenkostenabsenkungen für sich reklamieren können. Wir haben es ausgerechnet: Eine Familie mit zwei Kindern würde rund 3 500 Euro verlieren, eine Krankenschwester 475 Euro und ein Rentnerehepaar 324 Euro. Das sind richtige Nettoverluste. Das ist Umverteilung pur, weil ein Besserverdienender gleichzeitig rund 4 000 Euro mehr zur Verfügung hätte. Das wissen Sie, aber Sie leugnen es dennoch.

(Heinz Rolfes [CDU]: Sie sind zwar Lehrer, aber Mathe gehört wohl nicht dazu!)

Zweitens müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass das, was Frau Merkel und Herr Kauder noch vor wenigen Wochen gesagt haben, nämlich dass die Mehrwertsteuererhöhung Gift für die Konjunktur

sei, tatsächlich richtig ist. Wenn Frau Merkel und Herr Kauder Recht haben, muss man das hier auch festhalten. Warum Frau Merkel die Kurve hin zur Mehrwertsteuererhöhung gekriegt hat, ist aber klar: Alle politischen Versprechungen - bis hin zur Kopfpauschale - sind nicht durchfinanziert und stehen deshalb auch nicht als echte politische Alternativen zur Debatte. Deshalb die Mehrwertsteuererhöhung und der Versuch, durch den Kahlschlag bei den Steuerfreibeträgen, bei den Zulagen für Schicht-, Wochenend- und Sonntagstätigkeiten sowie bei der Pendlerpauschale die Gegenfinanzierung für das zu erreichen, was Sie im Programm zur Senkung des Spitzensteuersatzes dargestellt haben.

Fasst man diese Elemente zusammen, stehen Sie von CDU und FDP in Niedersachsen vor der etwas prekären Frage: Wie verhält sich das steuerpolitische Konzept der CDU eigentlich zu dem, was Kirchhof gesagt hat? Und wie verhält sich das steuerpolitische Konzept der CDU zu dem der FDP und zu Kirchhof? Nach meinem Dafürhalten ist das ein Gebräu aus steuerpolitischen Ansätzen, Herr Möllring, aber auf gar keinen Fall ein Gesamtkonzept für eine vernünftige Steuerpolitik im Lande.

(Beifall bei der SPD)

Sie verunsichern die Menschen. Sie verunsichern die Wirtschaft. Dadurch machen Sie den Wirtschaftsstandort Deutschland madig auch für die Sicht von außen.

Nimmt man das zusammen, meine Damen und Herren, dann würde ich heute folgende Bilanz ziehen: Diese Landesregierung hat sich entweder nicht getraut, die Zahlen offen zu legen - das kann man verstehen -, oder sie hat es nicht gekonnt, wegen des Dissenses zwischen FDP und CDU. Ich glaube, sie hat es auch nicht gewollt, weil sie vor der Wahl nicht auf Zahlen festgenagelt werden möchte, die nach der Wahl mit dem verglichen werden, was dann auf den Tisch kommt.

Nun gehe ich davon aus, dass Sie die Wahl nicht gewinnen. Aber wenn das Schlimmste einträte und Sie gewönnen, dann stünde das Thema Mehrwertsteuer von heute auf morgen wieder auf der Tagesordnung, und Sie müssten sich dann mit den Gegenargumenten auseinandersetzen.

Was für diese Landesregierung aber viel schlimmer ist - das sage ich auch mit Blick auf das, was der Kollege Wenzel hier ausgeführt hat -, ist: Wenn dabei herauskommt, dass Sie auch bei den Steu-

ersubventionen wieder eine Kehrtwende machen, dann muss man Ihnen vorhalten, dass Sie in den vergangenen Jahren bewusst und vorsätzlich auf Erleichterungen im Landeshaushalt verzichtet haben, die eine Schuldenaufnahme in Niedersachsen und massive Einschnitte in soziale Programme nicht notwendig gemacht hätten.

Wie Sie es drehen und wenden, Herr Rolfes: Sie haben seit Mai die Hosen gestrichen voll, den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land die Wahrheit zu sagen, und Sie werden das natürlich auch fünf Tage vor der Wahl nicht tun.

(Beifall bei der SPD)

Nach dem 18. werden wir Sie Punkt für Punkt anhand der Dinge auszählen, die Sie heute nicht kommentieren und auch nicht darstellen wollen.

(Heinz Rolfes [CDU]: Wo ist denn der Haushalt der Bundesregierung?)

- Es geht nicht um den Haushalt der Bundesregierung. Es geht um das, was diese Landesregierung als Anspruch formuliert hat: Offenheit, Ehrlichkeit und Transparenz. In allen drei Punkten haben Sie versagt.

(Beifall bei der SPD)

Der von der FDP hier eingeführte Freiheitsbegriff hat nur dazu geführt, dass Sie die Debatten über den Landeshaushalt von Wahrheit und Klarheit befreien wollen. Das, meine Damen und Herren, ist Ihnen allerdings gelungen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Das Wort hat der Finanzminister Möllring.

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Allers, mit Ihrem Antrag werfen Sie uns programmierte Wählertäuschung vor und fordern uns auf, mit Ehrlichkeit und Offenheit vor die niedersächsischen Wählerinnen und Wähler zu treten und die finanziellen Wirkungen für den Landeshaushalt vor der Bundestagswahl zu benennen. Ich habe einmal nachgelesen. Als Sie noch Finanzminister waren, haben Sie in der 118. Plenarsitzung am 23. Oktober 2002 ausgeführt:

„Im Übrigen: Angesichts der Bundestagswahl, die ja vor der Tür stand, wäre es völlig sinnlos gewesen, einen Nachtrag aufzustellen.“

Ich stelle fest: Wir haben unmittelbar vor der Bundestagswahl, die ja vor der Tür steht, einen Haushaltsplan nicht nur aufgestellt, sondern auch vorgelegt und zur Diskussion gestellt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns bezüglich Offenheit und Ehrlichkeit.

In der damaligen Diskussion ging es außerdem um das Steuervergünstigungsabbaugesetz. Ich hatte seinerzeit darauf hingewiesen, dass die SPD und die Grünen im Bundestag die Mehrwertsteuer auf Nahrungsmittel, auf Tiernahrungsmittel, auf Schnittblumen, auf Topfblumen und auf anderes mehr erhöhen wollten. Im Anschluss daran hat Herr Möhrmann hier gesagt, das sei kein Problem. Ich zitiere ihn wörtlich, damit mir hier niemand etwas unterstellt. Er sagte in der 118. Plenarsitzung am 23. Oktober 2002:

„Aber ich will hier an dieser Stelle erklären, dass Herr Möllring als Finanzexperte keine Ahnung hat, wie unser Umsatzsteuersystem funktioniert; denn die Umsatzsteuer trägt nicht der herstellende Betrieb, sondern der Endverbraucher.“

(Ursula Körtner [CDU]: Herr Möhrmann ist eben Lehrer!)

- Stimmt! - Das haben Sie damals gesagt, als Sie die Mehrwertsteuer erhöhen wollten. Im Moment aber sieht es bei Ihnen wieder einmal ein bisschen anders aus.

Grundsätze dieser Landesregierung sind Verlässlichkeit und Klarheit. Deshalb sage ich noch einmal: Diese Landesregierung hat keine eigenen Pläne für eine Erhöhung des Umsatzsteuersatzes. Deshalb haben wir auch keinerlei diesbezüglichen Erwartungen in den Haushaltsplanentwurf aufgenommen; denn wenn wir etwas nicht erhöhen wollen, können wir auch keine Erhöhung aufweisen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vielmehr sieht das Regierungsprogramm von CDU und CSU vor - das hätten Sie allerdings auch selbst nachlesen können; es ist nicht Sache der

Landesregierung, dies hier vorzutragen, ich tue es zu Ihrer Erleichterung aber trotzdem -, den Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung ab dem 1. Januar 2006 um zwei Prozentpunkte von 6,5 % auf 4,5 % zu senken. Im Gegenzug - das haben wir vor der Wahl offen gesagt; Sie aber versuchen jetzt, das mit einigen fehlerhaften Plakaten auszunutzen - soll der Mehrwertsteuersatz von 16 % auf 18 % erhöht werden. Der ermäßigte Steuersatz von 7 % soll aus Gründen der sozialen Balance jedoch erhalten bleiben. Das, was bisher mehrwertsteuerfrei ist, z. B. die Miete, soll auch mehrwertsteuerfrei bleiben.

Angesichts der jüngsten Ankündigungen von Herrn Minister Eichel gegenüber der Presse, dass er den ermäßigten Umsatzsteuersatz für Waren und Dienstleistungen zum Teil wieder aufheben wolle, müssen Sie sich schon fragen, was Herr Eichel da eigentlich redet. Abgesehen davon trüfe eine solche Erhöhung gerade sozial Schwächere, weil die Grundaussgaben eines Haushaltes eben - wie die Miete - steuerfrei gestellt oder aber - wie z. B. Nahrungsmittel, Zeitungen, Fahrkarten für den ÖPNV und Tiernahrungsmittel - mit einem verminderten Steuersatz von 7 % belegt sind. Darüber kann man natürlich diskutieren. Aber dann müssen Sie das den Wählern auch ehrlich sagen. Mit Ehrlichkeit und Verlässlichkeit haben diese Äußerungen jedenfalls nur wenig zu tun.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Eichel lässt in seinem Ministerium ja jetzt die Leute suchen, die diese Papiere geschrieben haben. Es hat eine Weisung an die Abteilungsleiter und die Unterabteilungsleiter gegeben, das alles einmal zusammenzuschreiben. Heute aber ist von dieser Weisung nichts mehr bekannt. Wenn ich an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Weisung herausgebe - - -

(Zurufe von der SPD: Wo gab es diese Weisung?)

- Das brauchen Sie nur in der Zeitung zu lesen. Die hat es gegeben.

(Werner Buß [SPD]: Die werden Sie ja wieder haben! Das kennen wir ja von Ihren Disketten!)

- Herr Buß, Herr Buß, Herr Buß, Herr Buß. Nein, nein, nein. - Es steht unwidersprochen in allen Zeitungen, dass es diese Weisung gab, Entsprechendes zusammenzutragen. Wenn es sie nicht

gegeben haben sollte, wird man das sicherlich aufklären können.

Ich weiß nur nicht, warum man diejenigen sucht, die getan haben, was ihre Beamtenpflicht ist. Es ist ja nicht das erste Mal. Eichel sollte ja schon einmal 30 Milliarden Euro zusammenschreiben. Er hatte einen Kabinettsauftrag, und in diesem Kabinettsauftrag stehen alle diese Punkte darin.

Sie müssen sich schon entscheiden, ob Sie Eichel kritisieren wollen oder uns. Wir sagen in unseren Wahlprogrammen offen, was wir nach der Wahl machen wollen. Sie aber versuchen, zu verschleiern. Aber da Herr Eichel selbst dann nicht Finanzminister bliebe, wenn ein Riesengewinn geschehen und Rot-Grün die Mehrheit bekommen würde, kann das alles dahingestellt bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Was die Eigenheimzulage, die Sie ja immer abschaffen wollten, angeht, verstehe ich nicht Ihre Kritik daran, dass man darüber diskutiert, sie in Stufen zurückzuführen und in andere Formen überzuführen.

Zur Pendlerpauschale können Sie im Regierungsprogramm von CDU und CSU ablesen, dass vorgesehen ist, vom 1. Januar 2007 an für neugeborene Kinder bis zum 12. Lebensjahr einen Kinderbonus in Höhe von 50 Euro monatlich als Beitragsermäßigung in die Rentenversicherung einzuführen und diese durch die Abschaffung der Eigenheimzulage zu finanzieren. Das ist eine sozialpolitische Frage.

(Zuruf von der CDU)

- Er hat gesagt, wir sollten es vor der Wahl sagen. Wir haben es sogar gedruckt. Es steht auch im Internet. Er kann sich das von seinen Referenten vortragen lassen. Ich kann ihm auch noch ein CDU-Parteiprogramm zuschicken. Offensichtlich ist er selbst nicht in der Lage, da ranzukommen. Die dauerhafte Senkung der Steuersätze wird darüber hinaus einen Ausgleich für den Wegfall der nur für acht Jahre gewährten Zulage bieten.

Bei der Lohn- und Einkommensteuer wollen wir - also die CDU/CSU, nicht die Landesregierung - den Eingangssteuersatz auf 12 % und den Spitzensteuersatz auf 39 % senken. Das wären die niedrigsten Steuersätze in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Im Gegenzug wird allerdings im gleichen Umfang eine Zahl von Steu-

erbefreiungen, Steuervergünstigungen und Ausnahmetatbestände eingeschränkt oder gestrichen. Eingeschränkt wird z. B. die Pendlerpauschale, die bis maximal 50 Entfernungskilometer auf 25 Cent - immerhin noch 50 Pfennig - reduziert werden soll. Das ist vor dem Hintergrund der sinkenden Steuersätze meines Erachtens angemessen und vertretbar.

Natürlich soll nach einem Wahlsieg von CDU/CSU und FDP in der nächsten Legislaturperiode gemeinsam ein neues Steuergesetzbuch für Einkommensteuer und Unternehmenssteuer verabschiedet werden. Ziel ist vor allem - auch das ist kein Geheimnis - Vereinfachung, Transparenz und damit Gerechtigkeit. Zugegeben: Effekt der Steuervereinfachung wird sicherlich nicht der Bierdeckel als neues Steuererklärungsformular sein. Wir wollen nämlich ganz weg vom Papier. Wir wollen keine dicken Bierdeckelfilze, sondern eine elektronische Steuererklärung, die optisch auf eine Seite passen soll. Das ist für den normalen Arbeitnehmer durchaus möglich, und wir, CDU/CSU und FDP, werden dieses Ziel gemeinsam erreichen. Wir wollen eine papierlose Steuererklärung. Sie wissen, dass der Bierdeckel lediglich das Synonym für eine einfache Steuererklärung ist.

Zur Gesundheitsprämie. Wir können uns nicht mehr leisten, als wir erwirtschaften. Das ist bekannt, Herr Allers. Die steuerpolitischen Probleme sind daher nicht die einzige Baustelle, an der die neue Regierung arbeiten müssen. Es hat sich gezeigt, dass alle bisherigen Gesundheitsreformen nur für wenige Jahre in der Lage waren, die Finanzsituation der gesetzlichen Krankenversicherung zu stabilisieren. Auch in der Gesundheitspolitik müssen daher die Finanzierungsgrundlagen neu geordnet werden, natürlich unter Berücksichtigung einer fairen Lastenverteilung. Der Weg dazu ist die sozialverträglich gestaltete solidarische Gesundheitsprämie. Die Arbeit an diesem Modell ist im Gange, und Frau von der Leyen steht dafür, dass es sozial gerecht wird.

(Heinrich Allers [SPD]: Oh ja!)

Sie sehen also: Das Regierungsprogramm 2005 bis 2009 von CDU und CSU gibt auf alle Ihre Fragen, die Sie bereits drei Monate vor der Bundestagswahl in Ihrem Entschließungsantrag gestellt haben, Antworten. Sie sehen auch, dass bisher kein Politiker von CDU und CSU von den Aussagen im Regierungsprogramm von CDU und CSU abgerückt ist. Ich gehe fest davon aus, dass wir

dieses Programm im Falle eines Wahlsieges auch so umsetzen werden. Damit werden wir ebenso wie nach der Übernahme der Regierungsverantwortung in Niedersachsen auch im Bund eine klare und verlässliche Politik bekommen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Nächster Redner ist der Kollege Rickert von der FDP-Fraktion. Herr Rickert, Sie haben das Wort.

Klaus Rickert (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das, was ich beim vorherigen Tagesordnungspunkt befürchtet habe, ist jetzt eingetroffen: Der Wahlkampf hat uns erreicht. Ich hoffe, die Zuschauer auf den Tribünen sind nicht enttäuscht. Sie waren sicherlich daran interessiert zu hören, wie in diesem Parlament über landespolitische Themen gerungen wird. Stattdessen müssen sie sich Wahlkampfparolen anhören.

(Heidrun Merk [SPD]: Das haben Sie doch vorhin auch gemacht!)

Das tut mir außerordentlich Leid, auch für Sie, Frau Merk. Aber wie es uns die Tagesordnung vorgibt und der Ältestenrat beschlossen hat, müssen wir hier das eine oder andere zu diesem Antrag sagen.

Es geht um „Programmierte Wählertäuschung: Christian Wulff muss mit Ehrlichkeit und Offenheit vor die niedersächsischen Wählerinnen und Wähler treten und finanzielle Wirkungen für den Landeshaushalt vor der Bundestagswahl benennen.“ Als ich diese Überschrift las, ahnte ich noch nicht, dass ich heute hier eine finanztheoretische Debatte über die Auswirkungen möglicher Mehrwertsteuererhöhungen führen muss.

Eine Analyse ist furchtbar schwer, da noch kein Wahlergebnis vorliegt und noch keine Koalitionsverhandlungen zwischen Frau Merkel und Herrn Westerwelle stattgefunden haben. Erst am Ende dieser Koalitionsverhandlungen wird man sehen, wie das ausgeht. Und wer die Mehrwertsteuererhöhung ähnlich kritisch sieht wie ich, der muss am nächsten Sonntag eben reichlich FDP wählen.

(Beifall bei der FDP - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Sie haben bislang bei

Mehrwertsteuererhöhungen noch immer mitgemacht! - Zuruf von Heidrun Merk [SPD])

- Frau Merk, ich kann Ihre Empörung ja nachvollziehen. Die Kritik, die ich eingangs geäußert habe, trifft dann wahrscheinlich auch mich. Aber diese Gelegenheit - das muss ich offen zugeben - darf man sich als Politiker nun einmal nicht entgehen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen ist es heute auch noch nicht möglich, auf die Auswirkungen einzugehen. Ich bin allerdings davon überzeugt, dass die andere Politik, die wir machen werden, zukunftsorientierter sein wird. Sie wird mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätze und natürlich auch ein ehrliches und gerechtes Steuersystem bringen. Das wird auch gut sein für Niedersachsen.

Da wir jetzt über verschiedene sehr vereinfachte Steuermodelle diskutieren, darf ich mir noch eine Bemerkung erlauben, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die FDP war die erste und einzige politische Kraft in diesem Land, die überhaupt den Mut gehabt hat, ein Steuervereinfachungssystem auf die Tagesordnung zu bringen.

(Beifall bei der FDP)

Ich erhebe zwar keinen Urheberanspruch für den Inhalt, stelle aber fest, dass wir zumindest den Mut hatten, die Diskussion in diese Richtung zu eröffnen.

Wir wollen natürlich, dass der Industriestandort Deutschland nach dem 18. September wieder attraktiver wird und dass mehr Arbeit nach Deutschland kommt. Wir sind uns aber auch darüber im Klaren - ich habe das bei der Haushaltsdebatte bereits ausgeführt -, dass es ein „Weiter so“ nicht geben wird. Es werden also Anforderungen an jeden Einzelnen gestellt werden, und es wird Einschnitte für jeden Einzelnen geben müssen. Aber wir haben ein klares Ziel: Wer arbeitet, soll mehr verdienen als der, der nicht arbeitet, und am Ende sollen die Bürger netto mehr in den Taschen haben. Das ist für uns ganz selbstverständlich. Mit Lamentieren und kämpferischem Besitzstandswahren kommen wir einfach nicht weiter. So viel zur Ehrlichkeit. Den Rest werden wir am Sonntagabend sehen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Meine Damen und Herren, ich habe von der Landtagsverwaltung erfahren, dass versucht wird, die Schaltung der Uhr zu reparieren. Wir hoffen, dass sie morgen, spätestens übermorgen, wieder in Ordnung sein wird. Wenn Sie einverstanden sind, werde ich jeweils schon zwei Minuten vor Ablauf der Redezeit die Glocke betätigen, damit Sie einen Orientierungspunkt haben.

Der nächste Redner ist Herr Wenzel. Bitte schön, Herr Wenzel, Sie haben das Wort.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich kurz fassen und auch gleich den nachfolgenden Antrag der SPD-Fraktion zum Erhalt der Steuerfreiheit von Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschlägen mit einbeziehen.

Wir haben das alles heute schon ausführlich debattiert, teilweise in der Aktuellen Stunde und auch während der Haushaltsberatungen. Es bleibt festzustellen, dass die Landesregierung nicht bereit ist - das möchte ich an dieser Stelle noch einmal festhalten -, mit offenen Karten zu spielen, dass sie nicht bereit ist klarzustellen, was sie wirklich will und welche Auswirkungen die steuerpolitischen Überlegungen, die von Schwarz-Gelb verkündet werden, auf Niedersachsen haben werden.

Das größte Problem dabei ist - auch das haben wir erwähnt -, dass es in Wirklichkeit gar kein Konzept gibt. Ob Visionen, Bierdeckel, der vielstimmige Chor der Ministerpräsidenten oder das so genannte Regierungsprogramm - richtig durchdacht und durchgerechnet ist das von den Mächtigen bis heute nicht.

Aber eines steht fest, egal ob Merkel, Kirchhof oder meinetwegen auch Merz: Bei allem, was geplant wird, heißt es am Ende, unter dem Strich, immer: Die Besserverdienenden werden stärker entlastet. Und das ist für dieses Land nicht der richtige Weg.

Da Niedersachsen arm ist, bedeutet das auch weitere Ausfälle bei den Steuereinnahmen, wie es Finanzminister Möllring in seinem Ansatz in der mittelfristigen Finanzplanung bereits antizipiert hat. Bezahlen müssen das dann die Schulen, die Hochschulen, die Kindergärten, die Beschäftigten und all die kleinen und sinnvollen Initiativen, soweit

man denen überhaupt noch irgendetwas wegnehmen kann. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Als nächster Redner hat der Kollege Rolfes von der CDU-Fraktion das Wort.

Heinz Rolfes (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Aller hat gerade viele Fragen gestellt. Hätte er einmal das Regierungsprogramm der CDU gelesen, dann wären ihm viele Fragen schon beantwortet worden. Ich habe hier leider nur die Kurzfassung unseres Regierungsprogramms, aber das möchte ich ihm überreichen. Da ist für jeden etwas drin: schöne Bilder, schöne Texte.

(Der Redner übergibt Heinrich Aller [SPD] eine Broschüre)

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe bereits in der ersten Beratung gesagt, dass dieser Antrag im Grunde völlig überflüssig ist, weil er sich auf ein Regierungsprogramm bezieht, das die konkreten Auswirkungen auf Niedersachsen im Einzelfall beleuchtet. Wir haben in Niedersachsen immer den Beweis erbracht, dass wir unsere Politik ehrlich, mutig und klar umsetzen. Genau das werden wir in Berlin nach der gewonnenen Bundestagswahl auch machen.

(Beifall bei der CDU)

Die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land haben es verdient, dass nach sieben Jahren rot-grüner Politik und rot-grünem Stillstand das, was programmatisch vorgesehen ist, sehr schnell umgesetzt wird.

Wir werden es anders machen als Sie. Wir haben unser Mehrwertsteuerkonzept nicht so versteckt, wie beispielsweise Herr Eichel seine 30 Milliarden-Euro-Sparliste versteckt hat. Bei dieser Gelegenheit: Herr Eichel hat in seinem Haushalt eine Deckungslücke von 55 Milliarden Euro. Er hat den Auftrag, 30 Milliarden Euro einzusparen. Nun wird nach den einzigen, die im Ministerium arbeiten, gefahndet. Das sind die Allerschlimmsten; denn ihre Arbeit könnte ja zu einem Ergebnis führen, das man noch vor der Wahl vorzeigen muss. Die

Auswirkungen, die diese Einsparungen auf das Land und auf die Bürgerinnen und Bürger haben würden, sollen aber gerade nicht vorgezeigt werden. Das gehörte aber zur Ehrlichkeit eines Wahlkampfes dazu.

Geben Sie doch einmal eine Antwort auf die Frage, ob der ermäßigte Mehrwertsteuersatz angehoben werden soll! Geben Sie doch einmal eine Antwort auf die Frage, bei welchen Waren und Dienstleistungen dieser ermäßigte Mehrwertsteuersatz wegfallen soll! Daraus ergibt sich eine Belastung gerade für die kleinen Leute.

Und wenn wir hier schon eine Sozialneidkampagne führen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Die rot-grüne Beschäftigungspolitik mit ihrem Abbau von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen hat dazu geführt, dass wir nur noch 26,1 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte haben. Diese sollen durch ihren Krankenversicherungsbeitrag aus der Lohnsumme nun über 70 Millionen Bundesbürger versichern. Dass ein solches Konzept auf Dauer nicht halten kann, ist doch völlig klar. Deshalb ist es auch gerechtfertigt, mit zukunftsweisenden Programmen deutlich zu machen, dass man die Sozialversicherungssysteme auf vernünftige Füße stellen muss, dass man die Lohnzusatzkosten senken muss. Das ist doch auch völlig unstrittig, das kann man auch nicht mit einer Sozialneidkampagne verdecken.

Die Sozialpolitik der SPD und der Grünen aber sieht so aus: Sie wollen einer bestimmten Gruppe von Bürgern einen Euro geben. Dazu nehmen Sie allen Bürgern zunächst einmal zwei Euro weg. Danach verbraten Sie einen Euro in der Verwaltung, und dann geben Sie den Bürgern den anderen Euro nach einem komplizierten Verteilungsmechanismus wieder zurück. Dass man mit einer solchen Logik jedes Sozialversicherungssystem gegen die Wand fährt, ist doch völlig klar.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben eben vom Finanzminister gehört, wie er die Auswirkungen beurteilt und was er zu den einzelnen Konzepten sagt. Wir haben dabei auch kein Problem mit dem „Professor aus Heidelberg“, wie Schröder ihn bezeichnet. Der Professor aus Heidelberg ist im Grunde ein Erfolgsfall.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das merken wir! Da sinken die Umfragewerte!
- Gegenruf von Bernd Althusmann [CDU]: Die steigen gerade wieder!)

Es gibt ein klares Programm, und das wird umgesetzt. Es wird eine klare Diskussion über Steuervereinfachungen geben. Ich finde, dieser Diskussion sollten Sie sich stellen, anstatt die Ergebnisse und Trümmer Ihrer Politik hochzuhalten. Denn das wahre Problem in diesem Land ist nicht der so genannte Professor aus Heidelberg, sondern der Lehrer aus Kassel.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dieser Lehrer aus Kassel hat glatte 160 Milliarden Euro - wenn ich dieses Jahr mit dazu nehme - an neuen Schulden aufgebaut. Dieser Lehrer aus Kassel hat in seinem Haushalt eine Deckungslücke von 270 Milliarden Euro. Den Rest hat er gefüllt, indem er Einnahmen aus Veräußerungserlösen, 110 Milliarden Euro, mit verbraten hat. Es ist doch wohl logisch, dass man den Anträgen, die Sie im Bundesrat stellen und mit denen Sie irgendetwas abschaffen wollen, um es für eine verdeckte Steuererhöhung zu nutzen und dann anschließend im Haushalt zu verbraten, nicht zustimmen kann. Da muss schon ein vernünftiges Konzept vorgelegt werden.

Ihr Antrag zeigt, dass Sie im Grunde davon ausgehen, dass wir die Bundestagswahl am Sonntag gewinnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit diesem Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen sollten wir auch noch die letzten Tage abarbeiten. Denn wer uns nicht zutrauen würde, dass wir am Sonntag gewinnen, wer nicht schon längst aufgegeben hätte, der hätte einen solchen Antrag gar nicht erst gestellt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nehmen Sie Ihren Antrag wieder mit, und versuchen Sie, den Leuten das katastrophale Ergebnis Ihrer Politik zu erklären. Schröder wollte sich daran messen lassen, wie viele Arbeitsplätze er geschaffen hat, wie sehr er die Arbeitslosigkeit abgebaut hat. Hartz wollte die Arbeitslosigkeit halbieren. Die Arbeitslosenzahlen sind aber stetig gestiegen. Und bei den Beschäftigungszahlen werden sogar die Ein-Euro-Jobs mitgerechnet. Würden die Ein-Euro-Jobs jedoch zu den Arbeitslosenzahlen gerechnet, würde deutlich, dass 7 Millionen Menschen in Deutschland einen Arbeitsplatz suchen. Angesichts dessen ist es wohl an der Zeit, dass diejenigen, die bisher bewiesen haben, dass sie es nicht können, abgelöst werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich hätte mich mit diesem Antrag nicht zu beschäftigen brauchen, aber ich habe es gerne gemacht. Wir gehen mit dem größten Selbstvertrauen in die letzten drei bis vier Tage. Am Sonntagabend werden wir sehen, wer die langen Gesichter macht. Wir werden es nicht sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Das Wort hat noch einmal der Kollege Aller. Herr Aller, Sie haben noch zwei Minuten Redezeit.

(David McAllister [CDU]: Der Lehrer aus Seelze!)

Heinrich Aller (SPD):

Herr Rolfes, ich will nicht über die langen Gesichter reden, sondern drei Punkte ansprechen:

Erstens. Lesen Sie doch einmal die Passage nach, in der Sie Herrn Eichel angegriffen haben. Sie haben gesagt, dass er seinen Haushalt durch Veräußerungserlöse ausgeglichen hat.

(Zuruf von der CDU: Hat er doch!)

Dann sehen Sie sich einmal das gleiche Kapitel im Landeshaushalt an. Dann haben Sie über die Schuldenaufnahme geredet. Vergleichen Sie bitte einmal das, was Eichel macht, mit dem, was diese Landesregierung macht. Und wenn Sie nun einen dicken Strich darunter machen, werden Sie feststellen, dass der Anteil der Veräußerungserlöse in Niedersachsen höher ist als im Bund.

(Heinz Rolfes [CDU]: Nein!)

Bei der Nettokreditaufnahme sind wir unter dieser Regierung inzwischen sogar Spitzenreiter, und das werden wir nach Ihrer mittelfristigen Finanzplanung auch bleiben.

Zweitens. Die Anfrage, die wir im Juni gestellt haben, betraf die Auswirkungen der Kopfpauschale auf den Landeshaushalt. Diese Umrechnung - die Hälfte, ein Zehntel und dann runtergerechnet auf unseren Landeshaushalt - muss irgendwo ihre Entsprechung im Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung haben. Dafür gibt es keine Deckung, also müssen Sie die Steuerdebatte auf sich wirken lassen.

Drittens haben wir beim Subventionsabbau über die Eigenheimzulage geredet. Ich sage Ihnen voraus, dass das, was Herr Wenzel und was wir angekündigt haben, eintreffen wird. Sie haben sich im Bundesrat konsequent, wiederholt und vorsätzlich geweigert, beim Steuersubventionsabbau mitzuhelfen und damit dem Landeshaushalt zu helfen.

(Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

Wenn Sie das jetzt mit ähnlichen Argumenten tun, dann geben Sie nachträglich zu, dass Sie damals eine falsche Politik gemacht haben - zulasten und gegen die Interessen des Landes Niedersachsen. Das ist eine ganz wichtige Aussage für die kommenden Diskussionen, möglicherweise auch vor dem Staatsgerichtshof.

Herr Rolfes, weil Sie sich ja immer so sozial geben:

(Reinhold Hilbers [CDU]: Er ist sozial!)

31,5 Millionen Menschen zahlen zwar die Mehrwertsteuererhöhung um zwei Prozentpunkte nach Ihrem Muster mit, aber haben keinerlei Entlastung bei den Lohnnebenkosten.

(Vizepräsidentin Silva Seeler übernimmt den Vorsitz)

Das ist die entscheidende Botschaft, die Sie selber hätten bringen können. Sie verschweigen sie aber, deshalb ist es nichts mit Ehrlichkeit und Offenheit dieser beiden Koalitionsfraktionen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Minister Möllring. Ich erteile ihm das Wort.

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben sich schon wieder darauf bezogen, dass wir einige Steuervergünstigungen nicht mitgetragen haben. Ich hatte dazu schon auf Ihren Entwurf des Steuervergünstigungsabbaugesetzes verwiesen. Ich darf hier einmal vortragen, was Sie darin alles vorgeschlagen haben:

Die Senkung der degressiven Abschreibung für Gebäude von 5 % auf 3 % für die ersten acht Jahre und auf 2 % für die nächsten 38 Jahre. - Bei der

Eigenheimzulage käme das auch noch einmal negativ.

Die Anhebung der Entgelte bei Vermietung und Verpachtung für vollen Werbungskostenabzug. - Auch da wieder eine Belastung im Wohnungsbau.

Die Neuregelung der Versteuerung privater Veräußerungsgewinne, die Verifikation der Kapitalerträge für die Besteuerung durch Kontrollmitteilung - ich will das nicht alles vortragen.

Nun aber zur Umsatzsteuer, und da wird es problematisch, weil Herr Möhrmann ja gesagt hat, das sei deshalb kein Problem, weil es der Endverbraucher tragen müsse. Wenn man von 7 % auf 16 % hochgeht, trifft das den Endverbraucher, der sich mit ja mit Grundnahrungsmitteln ausstatten muss, natürlich sehr viel höher.

(Walter Meinhold [SPD]: Darum geht es doch gar nicht, das wissen Sie doch! Es geht um Ihre Erhöhung!)

Jetzt sage ich aber einmal, was Sie vorhatten und von dem Herr Aller eben beklagt hat, dass wir es verhindert haben. Ich gehe nämlich davon aus, dass das, was damals gescheitert ist, jetzt wieder auf den Tisch kommt. Sonst hätte Herr Eichel ja sagen können, das lasse ich alles weg und erhöhe eben andere Ermäßigungen.

Jedenfalls wollte er bei den Grundnahrungsmitteln von 7 % auf 16 % hochgehen. Das hätte natürlich eine sehr große Verteuerung zur Folge.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Außerdem: die Umsatzbesteuerung gartenbaulicher Erzeugnisse, also der Blumen und Zierpflanzen. - Das können Sie alles nachlesen.

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Nein.

Die Umsatzbesteuerung landwirtschaftlicher Vorprodukte wie lebende Tiere. Das sind die Tiere, die zum Schlachter gebracht werden.

Die Umsatzbesteuerung landwirtschaftlicher Vorprodukte, Samen, Früchte und Sporen zur Aussaat. Auch das verteuert natürlich die Produktion.

Die Umsatzbesteuerung landwirtschaftlicher Vorprodukte, Stroh und Spreu von Getreide sowie Futterpflanzen.

Der übernächste Posten: Auch das, was dann durch das Tier durchgegangen ist, wollen Sie mit einer höheren Mehrwertsteuer belegen; denn Sie wollen die pflanzlichen und tierischen Düngemittel auf den vollen Mehrwertsteuersatz bringen. - Und so weiter, und so fort.

Die Umsatzbesteuerung zahntechnischer Leistungen. Das allein sollte 400 Millionen Euro bringen. Das heißt, diejenigen, die zum Zahnarzt gehen, sollen diese 400 Millionen zusätzlich aufbringen.

(Heinrich Aller [SPD]: Zahntechnik ist etwas anderes als Zahnarzt!)

- Richtig, Zahntechnik ist nicht Zahnarzt. Zahntechnik ist: Wenn Sie einen neuen Zahn eingesetzt bekommen, muss der Zahntechniker ihn herstellen. Wenn der dann 16 % Mehrwertsteuer statt 7 % abführen muss, dann ist richtig, was Herr Möhrmann sagt: Was geht das den Zahnarzt an? Es trifft letztlich denjenigen, der behandelt wird, nämlich den Kunden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Meine Damen und Herren, wir sind am Schluss der Beratung und kommen zur Abstimmung. Wer der Ausschussempfehlung zustimmen will, den Antrag abzulehnen, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 8:

Zweite Beratung:

Steuergerechtigkeit erhalten - Für den Erhalt der Steuerfreiheit von Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschlägen
Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/2008 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 15/2180

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses lautet auf Ablehnung.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Lenz von der SPD-Fraktion.

(Ui! und weitere Zurufe von der CDU)

Günter Lenz (SPD):

Danke, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Vorschusslorbeeren. Aber warten Sie noch ein bisschen ab, da kommt noch was.

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

Sehr geehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Lenz, warten Sie noch ein bisschen, bis bei der CDU-Fraktion etwas mehr Ruhe eingetreten ist.

Günter Lenz (SPD):

Nun hören Sie doch erst einmal zu, Herr Rolfes! - Herr Rolfes, ich erzähle doch auch nicht hier über die Luxusreisen von dem Ministerpräsidenten auf Kosten von Volkswagen in die Vereinigten Arabischen Emirate. Also halten Sie sich mal ein bisschen zurück an der Stelle!

(Erregte Zurufe von der CDU)

Halten Sie sich mal ein bisschen zurück! - Ja, ja.

(Anhaltende erregte Zurufe von der CDU)

- Offensichtlich haben wir Sie da an einer empfindlichen Stelle getroffen, oder was?

(Pfui! bei der CDU - Anhaltende erregte Zurufe von der CDU - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Lenz, warten Sie einen Augenblick! Herr Lenz, warten Sie bitte einen Augenblick!

(Anhaltende erregte Zurufe von der CDU - Minister Hartmut Möllring redet auf die Präsidentin ein)

- Herr Möllring, Sie haben hier nicht in die Verhandlungsführung einzugreifen. Setzen Sie sich bitte auf Ihren Platz!

(Minister Hartmut Möllring: Der Landesregierung hier Lustreisen zu unterstellen, ist eine Unverschämtheit!)

Günter Lenz (SPD):

Haben wir es jetzt?

(Anhaltende erregte Zurufe von der CDU)

- Ja, so ist das. Ich kann nachvollziehen, dass Sie sich darüber aufregen. Mir geht es ähnlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Lenz, Sie warten bitte, bis hier Ruhe eingetreten ist! - Herr Lenz!

Günter Lenz (SPD):

Ja?

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Sie warten, bis hier Ruhe eingetreten ist! - So, jetzt haben Sie das Wort.

Günter Lenz (SPD):

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt zum eigentlichen Thema. Wer dieser Tage aufmerksam durch die Straßen geht und die Wahlplakate der Parteien betrachtet, dürfte insbesondere von Plakaten der FDP angetan sein,

(Jörg Bode [FDP]: Das ist richtig!)

insbesondere wenn er Spitzenverdiener ist, Herr Bode. Unter anderem gibt es ein Plakat mit Guido Westerwelle, auf dem steht „Weniger Steuern, mehr Arbeit“.

(Zustimmung von Jörg Bode [FDP])

Vor vier Jahren hieß das Motto noch: „Mehr netto und mehr Arbeit“.

(Zurufe von der CDU)

Die FDP hat offensichtlich das Motto etwas modifiziert, damit es auch jeder verstehen kann. Denn was war noch einmal der Unterschied zwischen netto und brutto?

(Beifall bei der SPD)

Für eine Schichtarbeiterin und einen Schichtarbeiter ist dieses Plakat jedoch der blanke Hohn.

(Beifall bei der SPD)

Die FDP will die Steuerfreiheit auf Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit sofort abschaffen. Bei der CDU will man sich immerhin etwas mehr Zeit nehmen. Innerhalb von sechs Jahren soll die Steuerfreiheit gänzlich abgeschafft sein. Meine Damen und Herren, für die Betroffenen bedeutet es nicht „mehr netto“, sondern massive Einkommensverluste.

(Zurufe von der CDU)

Hier einmal ein paar Beispiele für die Belastung von Betroffenen beim Wegfall der Steuerbefreiung von Schichtzuschlägen: Ein Chemiearbeiter mit angenommenem Monats-Bruttoeinkommen von 3 488 Euro in der Steuerklasse III würde, wenn Ihre Pläne Wirklichkeit werden, einen monatlichen Verlust von 327 Euro haben. Eine Krankenschwester mit einem Bruttoeinkommen von 2 286 Euro in der Steuerklasse IV hätte einen monatlichen Einkommensverlust von 103 Euro. Ein Stahlarbeiter bei einem angenommenem Einkommen von 2 675 Euro in der Steuerklasse I würde gar einen Verlust von 248 Euro hinnehmen müssen. Das heißt, Ihre Politik ist eine schallende Ohrfeige für 8 Millionen Leistungsträger in dieser Republik.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Täglich beweisen Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ihre Bereitschaft zur Flexibilität. Sie arbeiten an Wochenenden, an Feiertagen und in der Nacht.

(Zuruf von der CDU: Ungenügend! - Hinsetzen! - Unerhört! - Also, jetzt reicht's aber! - Weitere erregte Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, kommen Sie doch mal etwas zur Ruhe!

(Zurufe von der CDU: Nein! Nein!)

Sie haben gleich Gelegenheit, sich zu dem Thema zu äußern. Ich weiß gar nicht, warum Sie so rumschreien.

Jetzt hat sich Herr Aller zu einer Zwischenfrage gemeldet. Herr Aller!

Heinrich Aller (SPD):

Ich habe mich nicht zu einer Zwischenfrage gemeldet. Ich habe eben in der ersten Reihe gesessen und konnte den Redner nicht verstehen. Der Lärm von der rechten Seite des Hauses war so groß, dass keine vernünftige Debatte möglich ist. Ich möchte, dass dafür gesorgt wird, dass hier wenigstens Beratungslautstärke herrscht, die die Teilnehmer auch in den Stand versetzt, dem Redner zu folgen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Ich bitte jetzt um etwas mehr Ruhe. Das gilt auch für die Regierungsbank, auch für die CDU, auch für Herrn Koch.

(Wolfgang Ontijd [CDU]: Das ist eine Frechheit! Entschuldigen Sie sich mal!)

Günter Lenz (SPD):

Herr Ontijd, ich muss mir die Frechheiten seit zehn Wochen gefallen lassen.

(Erregte Zurufe von der CDU)

- Ja, das ist so. Glauben Sie, dass einem das Spaß macht?

(Zurufe von der CDU)

- Na also!

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Lenz, wenn Sie davon ausgehen, dass Ihnen Unrecht geschieht, steht es Ihnen noch lange nicht an, dass Sie Unrecht an andere verteilen. Ich hatte zum Schluss Ihrer Rede gesagt, dass die Unterstellung, dass die Landesregierung oder der Ministerpräsident eine Lustreise gemacht hat - - -

Günter Lenz (SPD):

Nein, das habe ich nicht gesagt.

(Doch! und weitere erregte Zurufe von der CDU)

- Entschuldigen Sie, Frau Präsidentin, ich habe - - -

(Anhaltende erregte Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Lenz, mit dem Präsidium wird hier nicht diskutiert.

Günter Lenz (SPD):

Entschuldigen Sie, Frau Präsidentin, ich habe nicht von - - -

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Lenz, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf. Es steht Ihnen nicht zu, die Sitzungsleitung des Präsidiums in irgendeiner Form zu kritisieren.

Sie können jetzt in Ihrer Rede fortfahren, und ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen, hier ruhig zu sein.

Günter Lenz (SPD):

Täglich beweisen Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Bereitschaft zur Flexibilität. Sie arbeiten an Wochenenden, Feiertagen und in der Nacht. Produktionsabläufe in der Stahl-, Chemie-, Glas- und Papierindustrie und in weiteren Industrien benötigen Arbeit rund um die Uhr an 365 Tagen, Tendenz steigend, ebenso Krankenhäuser, öffentlicher Nah- und Fernverkehr, Stadtwerke und Wasserwerke sowie Energiewirtschaft und Tourismus. Diese hohe Einsatzbereitschaft der Beschäftigten ist positiv für die Wirtschaftsleistungen des Standortes Deutschland und seine großen Export-erfolge.

Sie führt für die betroffenen Beschäftigten aber auch zu erheblichen gesundheitlichen Belastungen. Jeder, der jahrelang oder jahrzehntelang Schicht- oder Nachtarbeit geleistet hat, kann davon ein Lied singen. Die Familie leidet unter Schichtarbeit, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird durch die Arbeit an Sonn- und Feiertagen massiv eingeschränkt.

Deswegen steht die SPD für die Beibehaltung der Steuerfreiheit. Menschen, die bereit sind, diese Belastungen auf sich zu nehmen, müssen entlastet und nicht belastet werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Argumente, es sei nicht Aufgabe der Steuerpolitik, sondern der Tarifvertragsparteien, die Nachteile von Schichtarbeit finanziell aufzuwiegen, ist für die Betroffenen der blanke Hohn. Glauben Sie, dass die Gewerkschaften in der Lage sind, in den nächsten Jahren Lohnsteigerungen von 17, 18 oder 20 % durchzusetzen?

(Wolfgang Ontijd [CDU]: Das gilt nur für Betriebsräte!)

Ihre Absicht, durch betriebliche Bündnisse die Tarifautonomie und die Flächentarifverträge zu zerstören, würde doch eher das Gegenteil bewirken. Auch das ist ja erklärte Politik von Ihnen.

Auch die Arbeitgeber sollten beizeiten begreifen, dass diese Politik die Arbeitskosten in Deutschland erhöht und nicht senkt, wie sie immer vorgeben. Denn wären Zuschläge morgen nicht mehr steuerfrei, dann wären sie auch sozialversicherungspflichtig, und das würde auch den Arbeitgeberanteil entsprechend erhöhen.

Also, meine Damen und Herren, Finger weg von der Steuerfreiheit! Steuerfreiheit erhalten! Stimmen Sie gegen die Beschlussempfehlung des Ausschusses! - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Hans-Christian Biallas [CDU]: Und Sie setzen sich schnellstens hin!)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat Herr Althusmann das Wort zur Geschäftsordnung.

Bernd Althusmann (CDU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Lenz, Sie sind vor kurzem von über 7 000 Mitarbeitern von VW ausgepiffen worden,

(Zurufe von der SPD: Zur Geschäftsordnung!)

und inzwischen weiß ich auch warum. Sie haben das auch zu Recht verdient. So, wie Sie sich hier gerade eben aufgeführt haben, ist das eine Schande für das Parlament.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zurufe von der SPD)

Sie haben hier eine unwahre Behauptung hinsichtlich einer Luxusreise des Ministerpräsidenten aufgestellt. Wir werden das sofort klären, damit hier auch nicht in irgendeiner Form auch nur der Anschein zurückbleibt, Sie hätten mit Ihren unglaublichen und unsäglichen Behauptungen Recht gehabt. Wir werden diese Sitzung unterbrechen, der Ältestenrat wird sofort einberufen werden, und der Ministerpräsident wird dort sofort Stellung dazu nehmen. Und Sie überlegen sich in der Zwischenzeit, ob Sie sich dafür nicht endlich einmal entschuldigen sollten.

(Starker, anhaltender Beifall bei der
CDU und bei der FDP)

Lassen Sie mich - auch wenn es nicht meine Aufgabe ist, Ihnen persönlich Ratschläge zu erteilen - noch Folgendes sagen:

(Anhaltende Zurufe bei der SPD)

Ich denke, Herr Kollege Lenz, Sie können die Minuten, die Ihnen noch verbleiben,

(Heidrun Merk [SPD]: Diese Dramaturgie ist ja unerhört!)

auch dazu nutzen, zu überlegen, ob Ihre Art und Weise überhaupt eines Abgeordneten im Parlament würdig ist. - Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der
CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat sich Herr Jüttner zur Geschäftsordnung gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

(Friedhelm Biestmann [CDU]: Nicht
noch verteidigen!)

Wolfgang Jüttner (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, Herr Althusmann ist der Letzte, der uns hier Vorschriften machen kann.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Er hat in den letzten Wochen nachgewiesen, mit welchem Zynismus er Kollegen hier behandelt.

(Bernd Althusmann [CDU]: Wo denn?
- Weitere Zurufe von der CDU)

- Ausweislich des Protokolls, Herr Kollege.

Zweitens. Der Kollege Lenz steht seit einer Reihe von Wochen unter massivem öffentlichen Beschuss

(Lothar Koch [CDU]: Richtig!)

für Tätigkeiten, die er zusammen mit seinem beruflichen innerbetrieblichen Mandat ausübt. Das muss er aushalten; so ist das in einer Mediengesellschaft. Ich finde aber, der Kollege Lenz kann erwarten, dass er in diesem Parlament korrekt behandelt wird - auch von Ihnen, meine Damen und Herren auf den Regierungsbänken.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Sie haben ihm gegenüber ein Minimum an kollegialem Respekt an den Tag gelegt

(Lachen und Zurufe von der CDU und
von der FDP)

und damit signalisiert, dass Sie ihn auf der gleichen Ebene behandeln wollen, wie er andernorts behandelt wird, wogegen er sich nicht wehren kann.

Wenn ich ihn richtig verstanden habe, dann hat er lediglich darauf hinweisen wollen, dass das, was er als Mitglied des Aufsichtsrats aus beruflichen Gründen macht, augenscheinlich auch andere Mitglieder des Aufsichtsrats, einschließlich des Ministerpräsidenten, machen, und er hat das mit dem öffentlich viel diskutierten Begriff „Luxusreise“ getan.

(Zuruf von der Regierungsbank: Das
ist doch der Gipfel!)

Wer die Ironie und die darin enthaltene Betroffenheit nicht erkannt hat, der tut mir Leid. Aus meiner Sicht gibt es hier keine Veranlassung, etwas zu unternehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN - Erregte Zurufe von der
CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat sich Frau Helmhold zur Geschäftsordnung gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde, wir sollten ein bisschen auf dem Teppich bleiben.

(Zurufe von der CDU)

Nach der Begrüßung, die Sie dem Kollegen Lenz hier vorne bereitet haben, sind Sie, finde ich, die Letzten, die diese Angelegenheit jetzt so hoch hängen sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich finde, es ist durchaus möglich, diese Angelegenheit, den Vorwurf einer Luxusreise, im Ältestenrat zu behandeln. Ich halte allerdings das Verfahren, jetzt die Sitzung zu unterbrechen und eine Sondersitzung des Ältestenrates einzuberufen, für absolut überzogen.

(Zurufe von der CDU)

Lassen Sie uns das in der nächsten ordnungsgemäßen Ältestenratssitzung klären.

(Friedhelm Biestmann [CDU]: Jetzt und sofort wird das geklärt! - Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Althusmann, ich hatte Sie eben gebeten - - - Vielleicht haben Sie es nicht gehört. Aber als ehemaliger Bundeswehroffizier sollten Sie doch in der Lage sein, Ihre Fraktion so im Griff zu haben,

(Zurufe von der CDU)

dass sie die Kollegen nicht dermaßen unflätig am Rednerpult empfängt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat sich Herr Bode zur Geschäftsordnung gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Jörg Bode (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Jüttner, nach diesem unsäglichen Auftritt des Kollegen Lenz zu Beginn seiner Rede

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Was?)

haben Sie soeben eine Chance vertan, dafür zu sorgen, dass die SPD-Fraktion hier wieder die richtigen Verhältnisse herstellt, sich distanziert und sich entschuldigt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich bedauere es sehr, dass Sie diese Chance vertan haben, aber Sie sind ja auch noch neu im Amt.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Sie sind hier neu im Vergleich zu mir!)

Wir werden dies sofort klären. Wir werden diesen Vorwurf, der ungeheuerlich ist, sofort klären, sofort den Ältestenrat einberufen, den Ministerpräsidenten anhören und klarstellen, was an diesem Vorwurf dran ist bzw. ob nichts dran ist. Das muss sofort erfolgen. So viel Zeit müssen wir uns nach diesem Auftritt nehmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Ich lasse jetzt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen, die Sitzung zu unterbrechen und den Ältestenrat einzuberufen. Wer dies beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Ich unterbreche die Sitzung und der Ältestenrat tritt sofort zusammen.

Unterbrechung: 18.06 Uhr.

Wiederbeginn: 18.48 Uhr.

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Meine Damen und Herren, der Ältestenrat hat inzwischen getagt. Wir fahren jetzt mit der Sitzung fort. Ich bitte alle Abgeordneten, Platz zu nehmen. Der Abgeordnete Lenz hat sich nach § 76 der Geschäftsordnung zu einer persönlichen Bemerkung zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Günter Lenz (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Hiermit erkläre ich, dass ich meine unberechtigten Vorwürfe gegen den Ministerpräsidenten zurücknehme.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie waren nicht Teil meines Redemanuskripts. Das war spontan aufgrund der massiven Unmutsäußerungen, die mir von einem Teil des Parlaments entgegenschlugen. Dafür entschuldige ich mich. - Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat sich Herr Althusmann von der CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Bernd Althusmann (CDU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat Verständnis für jeden Abgeordneten, der unter einem besonderen öffentlichen Druck steht. Herr Kollege Lenz, wir nehmen Ihre Entschuldigung ausdrücklich an, und wir hoffen auf einen fairen und sachlichen Fortgang der Plenarsitzung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Wir fahren jetzt mit der Debatte zu Tagesordnungspunkt 8 fort. Herr Rickert von der FDP-Fraktion hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Klaus Rickert (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wahlkampf Teil 3. Ich möchte es eigentlich kurz machen: Ich war viele Jahre meines Lebens verantwortlicher Geschäftsführer in einem Unternehmen der Metallindustrie - übrigens eines von den so genannten Exportweltmeistern, die ihre Exportweltmeisterschaft insbesondere dadurch erreicht haben, dass sie sehr viele Arbeitsplätze haben abbauen und Fertigungsinhalte ins Ausland haben verlagern müssen. Das war bitter, hat dann aber zu diesem Erfolg geführt. Das am Rande.

Wenn es um Tarifierhöhungen ging, dann stand der Betriebsratsvorsitzende vor mir. Er war bei 200 Mitarbeitern als Einziger freigestellt. Er war in etwa in Lohngruppe 10, 20 % unter dem VW-Tarif. Wenn wir über die anstehenden Tarifverhandlungen diskutierten, dann sagte ich zu ihm: Herr Sowieso, 4 % sind viel zu viel, das ist für das Unternehmen entschieden zu viel. Denken Sie bitte dar-

an: Die 4 % belasten unsere Abgabepreise. Das entsteht durch Lohnnebenkosten, Sozialversicherung, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, die ganzen Arbeitgeberbeiträge und dann der absoluten Lohnkostenzusatz. Das macht uns wettbewerbsunfähiger. Denken Sie an die Parameter! Das ist für uns und auch für Ihren Arbeitsplatz wichtig. - Darauf sagte mir der Betriebsratsvorsitzende: Herr Rickert, ich habe auch noch Parameter. Dazu zählt z. B. die Steuer. Wenn die Löhne steigen, steigen automatisch die Steuern. Jetzt will ich Ihnen einmal etwas sagen - er greift in seine Gesäßtasche, holt sein Portemonnaie heraus -: Herr Chef, hier drin sind meine Parameter. Darum geht es mir.

Das wollte ich Ihnen an diesem Beispiel verdeutlichen. Das sind unsere Intentionen: Ein gerechtes Steuersystem, vernünftige Sozialversicherungssysteme - möglichst als Abbau der Lohnnebenkosten -, netto mehr in die Taschen der Arbeitnehmer. Das ist der ganze Sinn des Tuns. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt erteile ich Herrn Althusmann von der CDU-Fraktion das Wort.

Bernd Althusmann (CDU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir hatten heute Morgen, angeregt durch den Kollegen Gabriel, eine Debatte zu dem Thema „Mehrwertsteuererhöhung“ und zu einigen anderen Aussagen, die er vor einigen Jahren noch anders tätigte, als er sie heute tätigt. Aber es gibt ja noch mehr führende Sozialdemokraten, auch so genannte Hoffnungsträger, die sich zu dem Thema „Mehrwertsteuer“ oder auch zu dem Thema „Steuerfreiheit von Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlägen“ schon einmal geäußert haben. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur Herrn Wowereit aus Berlin nennen, lieber Herr Kollege Lenz, der noch am 24. Juni ausweislich der *Süddeutschen Zeitung* erklärt hat: Wir dürfen dabei auch nicht vor der eigenen Klientel zurückschrecken. Als Beispiele nannte er u. a. die Pendlerpauschale, die Subventionen für Steinkohle und Windkraft sowie die bisher steuerfreien Nachtzuschläge. - So ganz einzig scheint sich also Ihre Partei oder verschiedene Personen in Ihrer Partei, vielleicht auch die so ge-

nannten Netzwerker - oder wer auch immer -, da nicht zu sein.

Ich möchte in diesem Zusammenhang die vorbereitete 50-seitige Rede beiseite legen und noch einmal auf die Historie dieser Steuerfreiheit eingehen. Dabei wird vielleicht auch deutlich werden, dass man sehr wohl - wie die CDU in ihrem Konzept beschrieben hat - darüber nachdenken kann, ob man diese über sechs Jahre auslaufen lässt und dann dadurch ersetzt, dass man den Menschen am Ende mehr in der Tasche belässt.

Die Steuerbefreiung für Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge stammt aus dem Jahr 1940. Sie war vom Reichsfinanzminister eingeführt worden, weil viele arbeitsfähige Männer im Kriegseinsatz waren und die kriegswichtige Arbeit zu Hause kaum zu leisten war. So führte das NS-Regime die Anreize für Nacht- und Feiertagsarbeit ein. Nach dem Krieg wurde das Privileg im Übrigen in Deutschland mit der Begründung beibehalten, die Arbeiter müssten für die gesundheitlichen Belastungen insbesondere der Nachtarbeit entschädigt werden.

Die aktuelle Gesetzeslage stammt vom 6. November 2003. Demnach sind die Zuschläge steuerfrei, sofern ein Stundenlohn von 50 Euro, ein Monatslohn von 8 000 Euro oder ein Jahreslohn von 100 000 Euro nicht überschritten wird. Man wollte die Steuerfreiheit bei einkommensstarken Gruppen entscheidend begrenzen. Das hat im Übrigen einen Hintergrund, was bei diesen Debatten gerne einmal in den Hintergrund gedrängt wird. Es handelte sich nämlich um die Frage, ob die Sportvereine in Deutschland das, was sie ihren Fußballspielern an Gehalt gezahlt haben, als steuerfreie Nachtzuschläge gezahlt haben. Genau das wollte man damals begrenzen. Insofern war der Sinn und Zweck dieser Maßnahme sehr wohl richtig.

Nun aber zu der Frage, ob zukünftig diese steuerfreien Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge tatsächlich gebraucht werden. Es handelt sich um eine Subvention, die mit der Besteuerung der Leistungsfähigkeit des Einzelnen überhaupt nichts zu tun hat; denn für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Einzelnen spielt es überhaupt keine Rolle, wann das Geld verdient wird. In diesem Zusammenhang wird immer wieder das Beispiel mit der Krankenschwester und dem Chefarzt hervorgebracht: Durch den Fortfall der Steuervergünstigung würde der Chefarzt mehr verdienen oder davon profitieren und die Krankenschwester eben nicht. - Was sagen Sie aber zu der Verkäuferin, die in

Deutschland heute zu anderen Arbeitszeiten für viel weniger Geld arbeiten muss und diese Steuervergünstigung, diese Subvention, die über das Steuerrecht und eben nicht über das Arbeitsrecht geregelt wird, nicht erhält?

Der bekannte Sachverständige der Bundesregierung, Herr Pfeffekoven, hat dazu am 26. September 2003 unter der Überschrift „Fehler mit System“, nachzulesen in der Zeitung *Die Welt*, gesagt:

„Die Steuerfreiheit für bestimmte Zuschläge bei Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit ist ein eindeutiger Verstoß gegen die Forderung, dass alle Einkommen unabhängig von der Quelle erfasst und in der Summe besteuert werden müssen. Die übliche Argumentation, damit solle sichergestellt werden, dass bestimmte Berufsgruppen, vor allem Krankenschwestern, für ihren wichtigen Dienst angemessen entlohnt werden, diese Tätigkeit also finanziell attraktiv bleibe, ist völlig abwegig. Solche Überlegungen dürfen in der Steuerpolitik keine Rolle spielen.“

Meine Damen und Herren, ich sage das ganz bewusst. Mit diesen Beispielen wird nämlich immer wieder versucht, deutlich zu machen, dass die Union mit ihrem Steuerprogramm, das wir im Gegensatz zu Ihnen für die kommende Wahl vorgelegt haben - - - Man fragt sich schon: Wir haben einen Experten wie Herrn Kirchhof, wir haben Herrn Merz, und wir haben noch einige andere. Aber wen haben Sie eigentlich? Wer soll eigentlich bei Ihnen in den nächsten Jahren für Steuer- und Finanzpolitik verantwortlich zeichnen?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Karl-Heinz Klare [CDU]: Das ist Herr Eichel!)

Aber das sei nur am Rande bemerkt.

Meine Damen und Herren, was diesen Antrag angeht, kann ich bei dem Kollegen Rolfes nahtlos fortsetzen, der vorhin schon deutlich gemacht hat, dass man solche Anträge nur dann stellt, wenn man sicher ist, dass wir die Bundestagswahl gewinnen; denn anderenfalls würden Sie uns ja nicht auffordern, entsprechend zu handeln. im Prinzip hätten Sie diesen Antrag aber gar nicht stellen müssen. Denn der Finanzminister hat in der Antwort auf die Frage 19 für die Fragestunde am

30. April 2004 dem Abgeordneten Aller, der bekanntermaßen immer dazu spricht, einiges ins Stammbuch geschrieben:

„Nach den aktuellen Vergütungstabellen erhält eine 30-jährige Krankenschwester im Landesdienst in der Vergütungsgruppe V a, Stufe 5, ledig, ohne Kinder, Steuerklasse 1, die durchschnittlich 40 Nachtarbeitsstunden und zwei Sonn- und Feiertagsdienste mit jeweils acht Stunden pro Monat leistet, im Januar 2005 eine Monatsbruttovergütung von 2 498,48 Euro und eine Nettovergütung bei Steuerfreiheit der genannten Nacht- und Sonntagsarbeitszuschläge in Höhe von 1 494,63 Euro. Ein Arbeitnehmer mit einem vergleichbaren Einkommen ohne steuerbegünstigte Zulagen ... erhält ... 1 434,60 Euro.“

Der Nettoverlust würde sich in diesem speziellen Fall somit auf 60,03 Euro pro Monat belaufen, also rund 60 Euro. Für den Ausgleich dieses Verlustes von rund 60 Euro hat die CDU/CSU vorgeschlagen, über sechs Jahre die Steuerfreiheit abzubauen, den Menschen Klarheit und es den Tarifpartnern in die Hand zu geben, ob sie weiterhin steuerfreie Zuschläge zahlen wollen oder nicht. Meine Damen und Herren, in sechs Jahren 60 Euro über die Tarifsteigerung auszugleichen, die es nachweislich immer noch gibt, dürfte normalerweise im Bereich des Möglichen sein; denn - ich komme wieder auf die Zahlen zu sprechen, die Ihnen inzwischen eigentlich vorliegen müssten; insofern erübrigt sich Ihr Antrag - Sie müssten die Bruttovergütung um exakt 143,32 Euro innerhalb von sechs Jahren erhöhen. Das wären summa summarum rund 6 %, die Sie in sechs Jahren anheben müssten, d. h. jedes Jahr 1 % Lohnsteigerung.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Zusätzlich!)

Schon hätten Sie die steuerfreien Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge wiederum ausgeglichen.

Meine Damen und Herren, das ist ein Grundprinzip: Regeln wir das über das Arbeitsrecht, regeln wir das über die Arbeitsbedingungen, geben wir das in die Hand der Vertrags- bzw. Tarifparteien und geben wir ihnen die Möglichkeit, das zu regeln, oder muss hier ungerechtfertigterweise für alle diejenigen, die es nicht bekommen haben, eine Steuersubvention und ein Sondertatbestand

geschaffen werden? - Es nützt nichts, wenn wir als Steuer- und Finanzpolitiker in Deutschland an jeder Ecke fordern, endlich das Steuerrecht aufzuräumen, endlich deutlich zu machen, dass wir weniger Steuersubventionen brauchen, dass wir weniger Ausnahmetatbestände haben müssen. Schauen Sie sich nur einmal den § 3 b des Einkommensteuergesetzes an. Dort werden Sie unter der Nr. 2 insgesamt 70 Unterpunkte für Ausnahmetatbestände des Steuerrechts finden, wo man etwas geltend machen kann oder nicht.

Insofern ist Herr Professor Kirchhof nicht irgendein Professor, sondern er ist sehr wohl derjenige, der sich darüber Gedanken gemacht hat, wie man das Steuerrecht vereinfachen kann. Er wird genau das Steuerrecht umsetzen, das wir im Regierungsprogramm der CDU/CSU beschlossen haben. Dann wird es steuerpolitisch einfacher, dann geht es in Deutschland wieder aufwärts und dann gibt es auch wieder Arbeitsplätze. Insofern ist der nächste Sonntag ein guter Tag für Deutschland.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Der nächste Redner ist Herr Minister Hirche.

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Meine Damen und Herren! Ich möchte den letzten Satz von Herrn Althusmann wiederholen: Der nächste Sonntag wird ein guter Tag für Deutschland sein; denn die Folge wird sein, dass wir nicht nur, aber eben auch über ein anderes Steuersystem, über eine echte Steuerentlastung mehr Geld in den Taschen der Bürger und in den Taschen der Betriebe lassen, damit die Bürger entscheiden, wo sie vorsorgen oder konsumieren, damit die Betriebe entscheiden, wo sie investieren, wo sie neue Absatzmärkte schaffen.

Es macht ja wenig Sinn, sich im Landtag einzelne Rechenmodelle vorzuhalten. Ich kann nur empfehlen, zum Beispiel in den *Focus* von dieser Woche zu schauen, der zur Überraschung vieler deutlich macht, dass mit dem FDP-Steuermodell - das muss ich auch in Richtung der Kollegen der CDU sagen -, dem Solms-Modell, die stärkste Entlastung von Arbeitnehmern, auch von Geringverdienern, auch bei Wegfall der Entfernungspauschale,

auch bei Wegfall der Nachtzuschläge, zu erreichen ist.

Herr Lenz, das, was Sie hier vortragen, stimmt nicht, weil Sie außer Acht lassen, dass andere Modelle - dann muss man alle Elemente sehen - insgesamt Entlastungen bringen. Sie werfen der FDP geradezu vor, dass zu viel Entlastung entstünde und dass der Staat dann nicht genügend Geld hätte. Wir aber sagen, dass der Staat dieses Geld wieder einsparen kann, wenn Subventionen an anderer Stelle gestrichen werden. Meine Damen und Herren, da kommen wir genau auf den Grundsatz, den Herr Althusmann angesprochen hat. Es geht darum, im Sinne von Transparenz und demokratischer Nachprüfbarkeit endlich ein einfaches, niedriges und gerechtes Steuersystem zu schaffen. Deswegen ist die Gemeinsamkeit zwischen CDU und FDP - bei allen Unterschieden in kleinen Dingen - eine Entlastung, sodass mehr in den Taschen der Bürger bleibt, weil die Bürger besser als der Staat wissen, was zu machen ist.

Herr Lenz, Sie haben sich anschließend bei dem Thema Nachtzuschläge besonders in die Irre führen lassen, einmal abgesehen davon, dass ich schon heute Morgen darauf hingewiesen habe, dass das u. a. Ihr Noch-Fraktionskollege Gabriel als eine gute Möglichkeit betrachtet hat, um zu einer gleichen Steuerbelastung zu kommen, gleichgültig, wann und wie viel man arbeitet. Viele andere aus der SPD haben das auch gesagt. Dann pumpen Sie sich nicht so auf und sagen Sie nicht, dass wäre der Weltuntergang! Nein, das ist eine ganz normale Diskussion, bei der man unterschiedlicher Auffassung sein kann. Das konzidiere ich Ihnen ja. Aber wenn das heutige System von Nachtzuschlägen zum Beispiel dazu führt, meine Damen und Herren, dass ein Unternehmen, das seine Produktion auch in zwei Schichten organisieren könnte, gezwungen wird, an einem Dreischichtsystem mit Nachtzulagen festzuhalten - zu lasten der Produktionskosten, zu lasten der Preise, die man von den Kunden verlangt, sodass auch die Produkte teurer angeboten werden, lieber Herr Lenz; Sie wissen genau, worüber ich rede -, dann bedeutet das, dass der Staat, weil er hier eine Begünstigung vornimmt, eine Wirtschaftslenkung betreibt, und zwar zu lasten des Unternehmens und der Verbraucher. Das kann und darf nicht funktionieren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Deshalb bitte ich dringend - zumindest hier im Landtag; wir können ja nicht vermeiden, dass unsere Kollegen von allen Parteien das gelegentlich im Fernsehen etwas anders darstellen -, das jeweilige Bild nicht zu überzeichnen.

Meine Damen und Herren, am Ende geht es um die schlichte Frage: Sollen die Steuereinnahmen des Staates so hoch bleiben, wie sie heute sind? Ihre Antwort darauf ist: Ja. Unsere Antwort ist: Der Staat muss auf Einnahmen verzichten. Der Staat muss schlanker werden. Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Die Bürger und die Betriebe brauchen das Geld, um entweder für die Zukunft vorzusorgen oder heute für den Konsum zu sorgen. Meine Damen und Herren, diese Variante ist demokratischer und zukunftsorientierter als das Beharrende, das geradezu rückwärts gewandt Konservative, das hier bei der SPD zu spüren ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt erteile ich Herrn Hagenah das Wort.

Enno Hagenah (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Vorsitzende unserer Fraktion hat gesagt, dieses Thema müsste man zu später Stunde eigentlich nicht noch auswalzen. Nachdem ich jetzt aber Herrn Hirche und Herrn Althusmann in dieser Art und Weise mit Verdrehungen der tatsächlichen Zusammenhänge zwischen mehr und weniger Einnahmen des Staates und mehr und weniger Geld bei den Arbeitnehmern hier vorne erlebt habe, hält es mich nicht mehr auf meinem Platz.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Althusmann, wenn Sie uns hier erzählen wollen, dass für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn Sie sich wirklich durchsetzen würden und die Bürgerinnen und Bürger sich am nächsten Sonntag für Ihre Alternative mit einem Abbau der Arbeitnehmerrechte, mit einem Herunterfahren der Tarifautonomie entscheiden würden - wobei zusätzlich noch die Inflation hinzukommt, die auch von außen in unser Land kommt, u. a. durch die Energiepreise -, in den nächsten sechs Jahren das Wegbrechen ihrer bisherigen Vorteile durch die Steuerentlastung bei den Nachtzuschlä-

gen über Tarifabschlüsse wieder wettgemacht würde, dann glaubt Ihnen das hier kein Mensch. Das ist dann wirklich eine Märchenstunde hier im Landtag.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vielmehr bedeutet der Abbau dieser Steuervergünstigung für Arbeitnehmer nichts weiter als einen Einkommensverlust für die Arbeitnehmer. Und wie wirkt sich dieser Einkommensverlust aus? - Er wirkt sich auf die Binnenkonjunktur aus. Sie ist ein Problem in unserem Land. Die Außenkonjunktur brummt. Wir sind Exportweltmeister. Sie aber stellen sich dem Problem der Binnenkonjunktur und der Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überhaupt nicht. Nein, Sie arbeiten an der Verunsicherung der Menschen und Sie nehmen ihnen noch Geld aus dem Portemonnaie, indem Sie ihnen die steuerfreien Nachtzuschläge nehmen wollen. Damit killen Sie die Binnenkonjunktur. Ihre Rezepte bedeuten für die Leute im doppelten Sinne einen Einkommensverlust und auch einen Arbeitsplatzverlust. Glauben Sie denn, dass die Arbeitgeber, die ja auch dadurch belastet werden, dass Sie ihnen die Steuervergünstigung der Nachtzuschläge nehmen - sie müssen dann ja möglicherweise mehr auf den Lohn draufpacken -, mehr Arbeitnehmer einstellen? - Nein! Herr Hirche hat ja schon die Parole ausgegeben, dass dann statt eines Dreischichtenmodelles ein Zweischichtenmodell gefahren werden soll. Was wäre denn die Folge? - Weniger Arbeitsplätze!

(Bernd Althusmann [CDU]: Wer sagt denn so etwas?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von FDP und CDU, Ihre Konzepte werden bei den Nachtzuschlägen richtig schön zugespitzt und zeigen, in welche Richtung es geht. Sie sind mit Ihren Vorschlägen Killer der Binnenkonjunktur. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der SPD ablehnen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! -

Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Die Beschlussempfehlung ist damit angenommen worden.

Das war der letzte Tagesordnungspunkt für heute. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Bis morgen! Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 19.09 Uhr.